

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 05 94, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
 Westfälische Rundfunk- und Fernsehgesellschaft AG, Postf. 10 05 94, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
 304-1 / Anzeigenannahme Krefeld 10 05 94 / 10 15 94 / Vertriebsabteilung
 Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 100 Dr.
 Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 140,00 Din., Luxemburg 22,00 Lit.
 Niederlande 2,40 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 12,00 S., Portugal 100 Esc.
 Schweden 6,50 Skr., Schweiz 1,20 Sfr., Spanien 125 Ptas., Tschechoslowakei 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Wahlchancen: Jüngste demokratische Erhebungen über die Wählaussichten in Berlin, im Saarland und Nordrhein-Westfalen signalisieren gute Chancen für Dieppens und Zeyher. (S. 4)

Anreise abgelehnt: Die DDR-Verweigerung dem Ostberliner Schriftsteller Lutz Rathenow die Teilnahme an der Lesungsreihe „Bremen literarisch“. Rathenow teilte mit, die Ablehnung stehe offenbar im Zusammenhang mit seinem Buch „Boden 411“, das in der DDR auf Kritik gestoßen war.

Beziehungen: Nach Einschätzung des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Fehrenbach ist die Bundesregierung nach anfänglichen Schwierigkeiten an einer Normalisierung der Beziehungen zum DGB interessiert. (S. 10)

FDP: Die FDP soll schärfer die Unfähigkeit der Grünen zum politischen notwendigen Kompromiß und deren gefährlichen Kurs in der Außen- und Friedenspolitik herausstellen, fordert FDP-Geschäftsführer Haussmann. (S. 10)

Entscheidung: Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen will am 4. Februar entscheiden, ob die erste atomare Wiederaufarbeitungsanlage der Bundesrepublik Deutschland in Draggah (Niedersachsen) oder in Wackersdorf (Bayern) errichtet wird.

Spionageprozeß: Das oberste Gericht in Hanoi verurteilte in Ho-Tsching-Minh-Stadt fünf von 21 Angeklagten in einem „Ho-Chervat“-Prozeß zum Tode. (S. 7)

Rüstungsansgaben: Auf Empfehlung einer von Ministerpräsident Nakasone eingesetzten Kommission soll Japan seine Verteidigungsausgaben erhöhen. Angesichts einer „veränderten militärischen Lage“ sollte die bislang beachtete Ein-Prozent-Grenze des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung überschritten werden.

Krise in Israel: Der Likud-Block hat den Koalitionspartner, die Arbeiterpartei, aufgefordert, nach dem Rücktritt des Ministers Peretz die Regierungskrise zu beenden. (S. 7)

Golfkrieg: Irakische Maschinen bombardierten erneut einen Tanker nahe dem iranischen Ölhafen Kharg.

Teheran: Die vier Entführer des kuwaitischen Verkehrsflugzeuges werden in Teheran vor Gericht gestellt, kündigte die iranische Presseagentur Irna an. Ein Termin wurde nicht genannt.

Vorwurf: Ein Mitarbeiter der Botschaft Irans in Bonn soll den Sprengstoff für den Anschlag auf Unterkünfte von US-Marines in Beirut besorgt haben, berichtet „Reader's Digest“. (S. 7)

Karlsruhe: Kohl handelte bei Nachrüstung korrekt

Es bedarf keines Stationierungs-Gesetzes / Klage der Grünen „unbegründet“

XING-HU KUO/DW, Karlsruhe
 Die Zustimmung der Bundesregierung zur Nachrüstung mit den amerikanischen Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles ist mit dem Grundgesetz vereinbar. Die Bundesregierung habe die Rechte des Grundgesetzes nicht dadurch verletzt, daß sie ohne ein förmliches Gesetz dieser Nachrüstung zugestimmt habe. Mit dieser Entscheidung wies der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts gestern eine entsprechende Organklage der Bundestagsfraktion der Grünen zurück. In dem in Karlsruhe mündlich vom BVG-Präsidenten Professor Wolfgang Zeidler vorgetragenen Urteil heißt es, der Antrag der Grünen sei „unbegründet“. Die dem Bundesgesetz nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 und Artikel 24 Absatz 1 Grundgesetz zustehenden Kompetenzen seien durch diesen Beschluß der Regierung „nicht verletzt oder gefährdet“ worden.

Im einzelnen erklärt das höchste deutsche Gericht (nur der Verfassungsrichter Mahrenholz stimmte der Entscheidung des Zweiten Senats des BVG nicht zu), die Zustimmung der Bundesregierung zu dieser Stationierung sei „kein Vertragsschließungsakt“ nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes, nach dem Verträge, die die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, der Zustimmung in Form eines Bundesgesetzes bedürften. Dies sei in der umstrittenen Frage der Stationierungs-Zustimmung „weder unmittelbar noch entsprechend anwendbar“.

Das BVG verweist darauf, daß die „Begrenzung der den gesetzgebenden Körperschaften durch diese Vorrichtung eingeräumten Mitwirkungsrechte“ gerade ein „Element der Gewaltenteilung“ sei. Eine „Erweiterung dieser Befugnisse“ auf andere als die im Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 genannten Akte wäre ein „Einbruch in zentrale Gestaltungsbereiche der Exekutive“.

Die grundsätzliche Zuordnung der Akte des auswärtigen Verkehrs zum Kompetenzbereich der Exekutive beruhe „auf der Annahme, daß institutionell und auf Dauer typi-

schweise allein die Regierung in hinreichendem Maße über die personellen, sachlichen und organisatorischen Möglichkeiten verfüge, auf wechselnde äußere Lagen zügig und sachgerecht zu reagieren und so die staatliche Aufgabe, die auswärtigen Angelegenheiten verantwortlich wahrzunehmen, bestmöglich zu erfüllen“, heißt es in der Entscheidung.

Das BVG teilt auch nicht die Auffassung der Grünen - sie waren in Karlsruhe durch Otto Schily und Waltraud Schoppe, die Bundesregierung durch Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) und den Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, vertreten - daß durch die Zustimmung zur Stationierung neuer Raketen Rechte des Bundesstaates verletzt oder gefährdet worden seien, wonach die Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenschaltende Einrichtungen nur durch Gesetz erfolgen könne. Nach Artikel 24 Absatz 1 Grundgesetz habe der „Gesetzgeber zu entscheiden, ob und in welchem Umfang“ Hoheitsrechte übertragen würden. In diesem

Fortsetzung Seite 10

schwerwiegen allein die Regierung in hinreichendem Maße über die personellen, sachlichen und organisatorischen Möglichkeiten verfüge, auf wechselnde äußere Lagen zügig und sachgerecht zu reagieren und so die staatliche Aufgabe, die auswärtigen Angelegenheiten verantwortlich wahrzunehmen, bestmöglich zu erfüllen“, heißt es in der Entscheidung.

Das BVG teilt auch nicht die Auffassung der Grünen - sie waren in Karlsruhe durch Otto Schily und Waltraud Schoppe, die Bundesregierung durch Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) und den Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, vertreten - daß durch die Zustimmung zur Stationierung neuer Raketen Rechte des Bundesstaates verletzt oder gefährdet worden seien, wonach die Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenschaltende Einrichtungen nur durch Gesetz erfolgen könne. Nach Artikel 24 Absatz 1 Grundgesetz habe der „Gesetzgeber zu entscheiden, ob und in welchem Umfang“ Hoheitsrechte übertragen würden. In diesem

Fortsetzung Seite 10

Hessen-SPD setzt auf die Grünen

Druck auf Börner / „Quadratur des Kreises“ in der Landtagsfraktion

D. GURATZSCH/DW, Wiesbaden
 In der hessischen SPD wächst der Druck auf Ministerpräsident Holger Börner, nach Wegen zur Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Grünen zu suchen. Wie gestern der Sprecher der SPD, Zinnkann, bestätigte, hat der südheßische SPD-Vorstand schon am vergangenen Freitag in einem zunächst nicht bekanntgegebenen einstimmigen Beschluß die SPD-Mehrheitsregierung aufgefordert, an der „Architektur einer neuen Politik“ festzuhalten.

Die von SPD und Grünen gesetzte „Gegengewichte“ zu Bonn hätten über Hessen hinaus Hoffnung geweckt und ermutigt. Landesvorsitzend und Landtagsfraktionschef „alles ihnen Mögliche tun, gegebenenfalls auch über Teilhaushalte und Vorschaltgesetze nachdenken, damit der begonnene politische Weg einer Zusammenarbeit mit den Grünen wieder geöffnet wird“. Neuen Verhandlungen mit den Grünen bei einem Scheitern des Haushalts hatte auch schon der Stellvertreter Börners, Finanzminister Hans Krollmann, gefordert.

Nach Einschätzung des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Ernst Welteke, sei bei der Suche nach Lösungen der politischen Krise um den hessischen Landeshaushalt 1985 aber „nach wie vor alles offen“. Die SPD werde ihre Verhandlungen mit CDU und FDP im Januar fortsetzen, kündigte Welteke gestern nach einer knapp zweistündigen Fraktionsitzung der 51 sozialdemokratischen Abgeordneten in Wiesbaden an. Auch mit den Grünen solle noch gesprochen werden.

In der Sondersitzung seien unterschiedliche Meinungen geäußert worden, ohne einen Trend anzudeuten, sagte Welteke. Die Grundstimmung der hessischen SPD entspreche der „Quadratur des Kreises: Grünen nicht nachgeben; FDP hat uns vor zwei Jahren verraten: Große Koalition - sehr euch das in Bonn an“. Zu Überlegungen, die Grünen könnten ihre harte Haltung gegenüber den Sozialdemokraten aufgeben, wenn die SPD einen Zeitplan für den schrittweisen Verzicht auf die Kernenergie präsentiere, meinte er, das signalisiere

re Bewegung bei der Umweltpartei. Eine solche Position „muß man sich genau angucken, darüber kann auch gesprochen werden“. Wenn die Grünen den Ausstieg aus der Atomenergie wollten, die von der SPD als „Übergangsenergie“ betrachtet werde, müßten sie notwendige Haushaltsmittel bewilligen.

Nach Weltekes Darstellung hat der SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsident, Holger Börner, die sozialdemokratischen Parlamentarier während der Sitzung über seine Treffen mit den Landesvorsitzenden von CDU und FDP, Walter Wallmann und Wolfgang Gerhardt, informiert. Bei den Begegnungen am Montag in Wiesbaden sei von den Liberalen die Bereitschaft zur Verabschiedung eines im Sinne der FDP geänderten Staatsvertrages worden. Dagegen habe die Union deutlich gemacht, daß sie eine Beteiligung an der Landesregierung anstrebe. Mit den Gesprächen, die zu keinen erkennbaren Ergebnissen geführt hätten, wollte sich am Dienstagabend auch der SPD-Landesvorstand befassen.

Gesetzentwurf über Steuerreform zugestimmt

HEINZ HECK, Bonn
 Das Bundeskabinett hat gestern dem Gesetzentwurf über die Steuerreform zugestimmt. Das Gesetz, das eine zweistufige Steuerentlastung 1986 und 1987 über 21 Milliarden Mark (einschließlich Kirchensteuer) vorsieht, soll bis zur Sommerpause 1985 verabschiedet sein.

In der ersten Stufe werden vorrangig Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen und Familien mit Kindererlastung. Die Steuerentlastung beträgt rund elf Milliarden Mark. Die Kindererlastung werden von 432 auf 2484 Mark je Kind und Kind und die Grundfreibeträge von 421/2424 auf 4536/9972 Mark für Alleinstehende/Verheiratete erhöht. Hinzu kommt eine Senkung des Steuertarifs um etwa 3,7 Milliarden Mark.

1988 kommt durch Tarifkorrektur eine weitere Entlastung von rund 9,2 Milliarden Mark hinzu. Die Kirchensteuereinnahmen gehen infolge der Steuerreform 1988/89 um insgesamt rund 1,05 Milliarden Mark zurück (WELT vom 14. 12.).

Schicksal der Flüchtlinge bleibt ungewiß

DW, Bonn
 Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist gestern zum Auftakt eines dreitägigen offiziellen Besuchs in der CSSR mit dem tschechoslowakischen Außenminister Bohuslav Choupek zusammengetroffen. Im Mittelpunkt der Unterredungen standen die Ost-West-Beziehungen vor dem Hintergrund der für Januar vorgesehenen amerikanisch-sowjetischen Gespräche in Genf. Genscher hat, wie aus Delegationenkreisen verlautete, über die kürzliche NATO-Tagung berichtet, während Choupek den östlichen Standpunkt in Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung betont habe. Unterdessen herrschte weiter Ungewißheit über das Schicksal der 70 „DDR“-Bewohner, die in der Prager Botschaft Zuflucht gesucht haben, um die Ausreise in den Westen zu erreichen. Genscher wird außerhalb des offiziellen Besuchsprogramms kurz vor seinem Heimflug am Donnerstag mit den „DDR“-Flüchtlingsen sprechen. Seite 2: entspricht inhaltlich

IG Metall gegen politische Streik-Ziele

DW, Düsseldorf
 Die IG Metall geht auf Distanz zur britischen Bergarbeitergewerkschaft National Union of Mineworkers (NUM). Aus der Unterstützung britischer Bergarbeiterfamilien könne nicht geschlossen werden, daß sich der Vorstand der IG Metall mit den politischen Zielen der NUM identifiziere, heißt es in einem vom IG-Metall-Vorsitzenden Hans Mayr unterschriebenen Brief an die britische Gewerkschaft. Zu einer „Nationalen Informations- und Koordinierungskonferenz“ am 12. Januar 1985 in Essen werde die IG Metall keine Delegierten entsenden. „Es ist auch niemand autorisiert, im Namen der IG Metall dort zu reden beziehungsweise Erklärungen abzugeben.“ Auch der DGB-Vorsitzende Ernst Breit wies darauf hin, daß die Essener Konferenz, zu der ein „Koordinationsbüro britische Bergarbeiter“ mit der Anschrift „Gewerkschaft, Erziehung und Wissenschaft, Stadtverband Wuppertal“, eingeladen habe, keine DGB-Veranstaltung sei.

DER KOMMENTAR

Ein Schlußpunkt

ENNO von LOEWENSTERN

Alfred Emmerichs Klage ist verständlich. Der SPD-Bundestagsabgeordnete fürchtet, daß nach dem Karlsruher Urteil in der Stationierungsfrage die Pershing II und Cruise missiles höhere „Weihen der Verfassungsmäßigkeit“ erhalten hätten, was den politischen Kampf gegen die Nachrüstung erschwere. So kann man es, wie immer man die Wahl einschätzen mag, jedenfalls in der Sache einschätzen. Den Bürgern der Bundesrepublik ist vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden, daß die Nachrüstung ohne verfassungswidrigen, die eigene Souveränität preisgebenden Übergriff erfolge. Und: daß jegliche Anhaltspunkte dafür fehlen, daß mit der Zustimmung zur Stationierung Angriffsabsichten verbunden wären - falls dies wirklich noch jemandem ins Stammbuch geschrieben werden mußte.

Da hat sich also eine Kampagne unter dem prüfenden Blick der Richter als Schamischläger erwiesen. Ihre Luftigkeit wird an den Einwänden des einzigen Richters erkennbar, der gegen das Urteil gestimmt hat: Liebe man die Stationierung ohne förmliches eigenes Gesetz zu, meinte Ernst Gottfried Mahrenholz, so könnte die Bundesregierung demnächst auch andere Hoheitsrechte auf die NATO oder auf die USA als Bündnispartner übertragen, falls dies

ins Verteidigungskonzept der NATO passe. Tatsächlich hat die Bundesregierung kein neues Hoheitsrecht auf die NATO oder die USA übertragen, sondern es ist bei den bisherigen Regelungen geblieben. Die Stationierung von Atomwaffen auf unserem Boden zu unserem Schutz war und ist im NATO-Vertrag (im Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland) Geschäftsgrundlage, ebenso die Tatsache, daß der Präsident der Vereinigten Staaten über den Einsatz bestimmt. Hier hat sich nichts geändert außer der Qualität der Waffen, aber die Qualität der Waffen pflegt sich im Laufe der Jahre zu ändern; auch das ist Geschäftsgrundlage des Bündnisvertrags.

Bleibt also letztlich die nicht nur juristische, sondern - da hat Emmerichs durchaus recht - die auch politische Klarstellung für den Bürger, daß die Strategie der Abschreckung nicht gegen die Verfassung des demokratischen Rechtsstaates verstößt. Wobei das, was hierzu über das Thema Gewaltenteilung gesagt wurde, ebenfalls bedacht werden darf. Es ist mehr als ein technischer Hinweis darauf, welche Säulen des Rechtsstaats im vorliegenden Fall wofür zuständig sind. Es läßt sich indirekt daraus auch etwas ableiten zur Frage, ob diese Säulen von der Straße her unter Druck gesetzt werden dürfen.

Ali Agca: Der Papst ist wie ein Bruder, er ist so gut

A. CALABRO, Rebibbia
 Dieser Mann ist zu bekannt geworden, auf zu üble Art: Mehmet Ali Agca, der Türke, der am 13. Mai 1981 auf dem Petersplatz zu Rom den Papst zu ermorden versuchte. Sein Kopf wirkt ein wenig zu groß im Verhältnis zu seinem mit der Zeit abgemagerten Körper. Er trägt den zuckerfarbenen Pullover, den alle Welt kennt. Das Gespräch mit ihm, das die WELT exklusiv in Deutschland verbreitet, führte die Journalistin Antonietta Calabro von der italienischen Zeitschrift „Il Sabato“. Es schildert die Begegnung Ali Agcas mit Papst Johannes Paul II. und die Wandlung, die sich in dem Attentäter vollzogen hat - nach seinen eigenen Worten.

„Bei meinem Besuch im Gefängnis von Rebibbia“, berichtet Antonietta Calabro, „sah ich seine Karteikarte ein. Sie ist leer. Keine Besuche eingetragen. Ich fürchte, er könne sich verflüchtigen wie er angekommen ist. Noch nie hat jemand mit Mehmet Ali Agca sprechen können. Ich erkläre ihm, wer ich bin, daß - wenn er einverstanden ist - der Gegenstand unserer Unterhaltung ein anderes Gespräch sein wird, nämlich das mit dem Papst. Der Besuch des großen Verzeihens. Er ist einverstanden.“

Calabro: Herr Agca, wie haben Sie reagiert, als Sie erfahren, daß Johannes Paul II. Sie besuchen wollte?

Agca: Ich war sehr glücklich. Unser Gespräch war sehr offen, sehr menschlich. Dafür bin ich dem Papst dankbar.

Calabro: Wie haben Sie erfahren, daß er kommen würde?

Agca: Ich erfuhr es aus dem Fernsehen.

Calabro: Haben Sie darum gebeten, ihn zu sehen?

Agca: Sagen wir ja: Ich hoffe, ihn früher oder später treffen zu können. Daß er mich besuche, hat mich nicht überrascht. Ich war schon zwei Jahre in Italien, hatte Gelegenheit gehabt, die Mentalität des Papstes zu verstehen, der wirklich menschlich ist. So war auch unsere Begegnung ganz und gar menschlich, persönlich, außerhalb jedes juristischen und politischen Kalküls. Das möchte ich ausdrücklich unterstreichen.

Calabro: Welche Bedeutung messen Sie Ihrer Begegnung mit dem Papst bei? Heute, nachdem ein Jahr vergangen ist?

Agca: Ich habe die Hoffnung, daß der Vatikan der Sache des Friedens in der Welt dienen kann. Wenn man die Wahrheit der Fakten anerkennt, ist die Menschheit einem endgültigen Zusammenbruch nahe. Nur der Papst und der Vatikan können diesen Zusammenbruch verhindern. Meiner Meinung nach hängt der Friede wieder von Moskau noch von Washington ab.

Calabro: Ja, aber was hat das mit Ali Agca zu tun?

Agca: Ich gebe zu, daß es vielen seltsam erscheint. Aber wenn sie die Fakten verstehen...

Fortsetzung Seite 10



ZITAT DES TAGES

„Wenn Sie mit uns der Ansicht sind, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf, dann führen Sie ein Ende der unmenschlichen Kriegsführung gegen einzelne Deutsche an Mauer und Stacheldraht herbei.“

Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß in einem Appell an den „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker. FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

VW: Der Volkswagen-Konzern hat mit einem Umsatzsprung von 40 auf 45 Milliarden DM 1984 das Ertragsziel in den vergangenen Jahren überbunden. In den USA wuchs der Verkauf gegenüber dem Vorjahr um 16,4 Prozent auf 250 000 Einheiten. (S. 14)

Elektrohandwerk: Nach einem nominalen Umsatzzuwachs von 1,5 Prozent auf 20,5 Milliarden DM 1984 rechnet die Elektroindustrie aufgrund der schlechten Lage in der Bauwirtschaft, der Sparpolitik der öffentlichen Hand und einer wachsenden Konkurrenz mit einem „schweren Jahr“ 1985. (S. 11)

Opex: Ihren Richtpreis für Rohöl in Höhe von 29 Dollar pro Barrel will die Opex verteidigen. Auf ihrer Genfer Konferenz sucht sie ihren neuen Konsens, um den Ölpreisverfall zu stoppen. (12)

Börse: Am Aktienmarkt setzte sich eine freundliche Tendenz durch. WELT-Aktienindex 158,1 (157,7). Auch am Rentenmarkt hat sich die Stimmung deutlich gebessert. BHF-Rentenindex 102,867 (102,843), Performance-Index 112,397 (112,307). Dollar-Mittelkurs 3,0944 (3,0965) Mark. Goldpreis je Feinunze 308,25 (315,00) Dollar.

KULTUR

Film: Erstlingsfilme stehen auf den Programmen der deutschen Kinos. Doch im Gegensatz zu früher ist politisches Sendungsbeußtsein verschwunden. So konnte etwa der Film „Abwärts“ von Carl Schenkel, dessen Bekanntheit zur Unterhaltung vor Jahren als Sakrileg galt, Triumphe feiern. (S. 19)

Tod eines Schauspielers: Der Volksschauspieler Rudolf Platte ist gestern im Alter von 90 Jahren in Berlin gestorben. Platte, Darsteller zahlreicher Charakterrollen im Film, Fernsehen und auf der Bühne, debütierte 1925 als Schloßpächter in der „Düsseldorfer Freiheit“. Bekannt wurde er vor allem als Komiker. (S. 19)

SPORT

Tennis: Nach vor Abschluß der beiden letzten Einzel hat Schweden das Davis-Cup-Finale gegen die USA gewonnen. Die Schweden führen mit 3:0. (S. 9)

Ski: Überraschend siegte die Schweizerin Vreni Schneider beim Weltcup-Riesenslalom in Santa Catarina. Maria Eppler-Beck wurde Dritte. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Stefan Morsch gestorben: Der an Bluthkrebs leidende 16jährige Stefan Morsch aus Birkenfeld an der Nahe ist in Seattle/USA gestorben. Dem Jungen war Anfang August im Fred-Hutchinson-Krebsforschungszentrum als erstem Deutschen Knochenmark eines fremden Spenders eingepflanzt worden. (S. 20)

Verwirrung: Der Entführungsfall Wagner bereitet der Münchener Polizei weiterhin Kopfschmerzen. Nachdem der Polizeipräsident Wagner als Drahtzieher der „Entführung“ bezeichnet hatte, soll er nun wieder Opfer sein. (S. 20)

Wetter: Stark bewölkt mit Regen. Um vier Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Moskau Weg. Pekings Weg - Leitartikel über den Weltkommunismus S. 2
- Die neuen Medien:** Der Staatsvertrag - Schlacht um Macht und Money - Von Erich Vogt S. 3
- Landesbericht Berlin:** Gefahr der Überalterung scheint gebannt - Von H. R. Karutz S. 4
- Raumfahrt:** Discovery-Flug beunruhigt Moskau - Technische Überlegenheit der USA S. 5
- Forum:** Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6
- US-Außenminister Schultz:** Mehr Realismus in Europa - Zufrieden mit der Reise S. 7
- Fernsehen:** Die Schreibtschmürder - Paul Mommertz' TV-Spiel „Wannseekonferenz“ S. 8
- Schaak:** Kasparow überraschte beim Titelkampf im siebten Zug mit einer Neuerung S. 9
- Geburtsst:** Der Literat Armin Eichholz ist 70 Jahre alt - Wer seinen Augen traut S. 19
- Umfänge:** Heimcomputer erleben Umsatzboom - Wer den Wahl-nachtsmarkt beherrscht S. 20

Börners Nein wirkte wie ein Tiefschlag

Beim Medien-Staatsvertrag unterlief SPD eigene Position / „Schwierig für Rau“

PETER PHILIPPS, Bonn
 In der Bonner SPD-Zentrale wurde bereits unmittelbar, nachdem man den ersten Schock über das unerwartete öffentliche Nein von Hessens Ministerpräsident Holger Börner zum Medien-Staatsvertrag überwunden hatte, eine der eigenen, offenen Planken entdeckt. „Dies wird schwierig für Johannes Rau.“ Der bayrische Ministerpräsident bestätigte postwendend, wie richtig diese Prognose in Richtung auf die WDR-Politik der nordrhein-westfälischen Regierungschefs war. Er werde mit Nachdruck dafür werben, daß öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten nicht mit privaten Anbietern gemeinsam ein Programm über den künftigen Direktstellenstellen senden und damit der ARD Konkurrenz machen könnten.

Börners öffentliches Nein - geäußert wenige Stunden nach einer ge-

genläufigen Erklärung des Bonner SPD-Vorstands und überraschend, nachdem der Hesse am Morgen noch lange in der Bundeshauptstadt mit Parteichef Willy Brandt zusammengeessen hatte - bringt die sozialdemokratischen Medien-Politiker in große Probleme: Verhandlungsführer Klaus von Dohnanyi hat damit in der Runde der Ministerpräsidenten heute keine Verhandlungsbasis mehr gegenüber den Unions-Regierungschefs, wurde in der „Baracke“ erkannt, auch wenn der bayrische Staatssekretär Stoiber gestern die Bereitschaft zu einer weiteren „Verhandlungsrunde“ signalisierte.

Bisher hatten die Sozialdemokraten immer auf die Rechtsauffassung gepoht, daß ein Staatsvertrag über die Medien und die Satelliten-Nutzung „von allen“ unterschrieben werden müsse. Plötzlich könnten sie in

die Situation gezwungen werden, daß sie diese eigene Position aufgeben, und sich damit völlig in deren Hand begeben“ müßten.

Das öffentliche Nein Börners hat wie ein Tiefschlag im Ollenhauer-Haus gewirkt, zumal es völlig unvorbereitet abgelesen wurde. In Bonn kann man es sich nur so erklären, daß der hessische Politiker, mit seinen Regierungs- und Koalitions-Problemen überhäuft, nicht auch noch Ärger mit der eigenen Basis insbesondere in Hessen-Süd anzetteln wollte, die bereits seit langem den gefundenen Medien-Kompromiß ablehnt. In der Bonner Baracke wird schon mit dem Gedanken gespielt, als letzte Lösung einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, auf dem der Medien-Kompromiß dann „unter großem Krach durchgepaukt“ wird.

Seite 2: Das letzte Gefecht

Die »Berlin« kommt zurück: Rund um die halbe Welt, durch den Indischen Ozean und den Suez-Kanal nach Venedig.



Nach zweijährigem Kreuzfahrtendienst in fernöstlichen Gewässern kehrt die »Berlin« auf einer großartigen Reise zurück von Singapur unter anderem nach Penang, zu den Andamanen, nach Sri Lanka, Cochin, Bombay, Djibouti, Jemen, Aden, Sanaa, Athen und Venedig.

Es ist vielleicht keine Jungfernfahrt, aber eine Kreuzfahrt, die ein Datum in der deutschen Kreuzfahrttradition markiert: schließlich kehrt ein Schiff dieser Qualität und dieses Anspruches nicht alle Tage nach Europa zurück.

Die Reise der »Berlin«, 35 Tage, ab DM 6.700,- kann auch in zwei Segmenten durchgeführt werden: Singapur-Bombay, 16 Tage, von 8-24.1985, ab DM 4.890,-; Bombay-Venedig, 21 Tage, von 22.1-15.3.1985 ab DM 4.890,-.

Im nächsten Jahr wird die »Berlin« in den beliebtesten Fahrtgebieten des Mittelmeeres, des Schwarzen Meeres, der Norwegischen Fjorde und der Ostsee während der dort günstigsten klimatischen Bedingungen kreuzen.

PETER DEITMANN REDEKREIS
 Am Donnerstag 19. 12. 1984 in Frankfurt am Main
 Telefon (0 69) 60 41

Schreiben Sie uns einen Coupon - und die »Berlin« ist schon auf dem Weg zu Ihnen. Oder Sie besuchen uns auf der Reise.

Name _____
 Adresse _____
 PLZ _____

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Entspricht inhaltlich

Von Ernst Cramer

Man muß den nachstehenden etwas komplizierten Satz langsam auf der Zunge zergehen lassen: „Insgesamt entspricht der Besuch“ – des Außenministers Hans-Dietrich Genscher in Prag – „nach den Auffassungen der Bundesregierung inhaltlich dem, was Herr Gorbatschow in London die Förderung gutnachbarlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit in Europa durch Vertiefung des europäischen Entspannungsprozesses und der Schaffung fester zweiseitiger Beziehungen auf der Grundlage der Schlüsse von Helsinki genannt hat.“

Dieses Zitat ist der Schlüsselpunkt einer Erklärung, die der Regierungssprecher Peter Boenisch am Montag in Bonn abgab. Zur Begründung von Genschers peinlicher Reise in die Tschechoslowakei wird also eine Äußerung eines Mitglieds des Moskauer Politbüros, Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und potentiellen Nachfolgers von Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko herangezogen. Es wird so getan, als verstünden die Machthaber im Kessel unter gutnachbarlichen Beziehungen, unter Entspannung, unter Zusammenarbeit dasselbe wie wir im Westen; als wäre die tägliche Verletzung der Helsinki-Vereinbarung in Fragen der Menschenrechte durch alle kommunistischen Länder eine Quantität négligable.

Jahrelang hatte man den sozialliberalen Regierungen in Bonn unter den Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt zu Recht vorgehalten, ihre angebliche Ostpolitik sei in Wirklichkeit nichts anderes als eine Hinnahme der Westpolitik des Kremls. Die damals propagierte Entspannung habe per saldo dem kommunistischen Osten wesentlich mehr Vorteile gebracht als dem Westen, von den betroffenen Menschen ganz zu schweigen. Mit geringfügigen Variationen wurde aber diese Politik der Entspannung, zu der auch immer wieder Vorleistungen gehörten, auch von der derzeitigen Regierung fortgesetzt. Genscher führte ganz einfach weiter, was er auch jahrelang vorher praktiziert hatte. Und Helmut Kohl griff nicht ein.

Die englische Premierministerin ist da ganz anders. Über ihren Gast aus Moskau sagte sie: „Herr Gorbatschow vertritt sein System. Ich vertrete meines. Auf dieser Basis haben wir vernünftig miteinander gesprochen.“ Nur auf einer solchen Basis kann man auch miteinander reden.

Grüne Vergiftung

Von Dankwart Guratzsch

Was die Grünen veranstalten, läßt sich längst nicht mehr als „Kinderkrankheiten“ verniedlichen. Der Kampf zwischen „Realpolitikern“, die mit anderen Parteien zusammenarbeiten wollen, und „Fundamentalisten“, die eine solche Zusammenarbeit an überhöhten Forderungen scheitern lassen möchten, geht, wie der Frankfurter Grünen-Bundestagsabgeordnete Joschka Fischer sagt, an die „Grundlagen der Partei“.

Auf dem Bundesparteitag in Hamburg vor einer Woche haben die „Reals“ zwar noch einmal die „Autonomie“ der Landes- und Kreisverbände gerettet. Aber als der Bundesvorstand gewählt wurde, schaffte es nur ein einziger „Realpolitiker“, wenigstens als Beisitzer hineinzukommen. Das heißt, daß die Programmarbeit noch stärker als bisher von Leuten der „Z-Fraktion“ aus den alten K-Gruppen, von Fundamentalisten und „Traditionssozialisten“ bestimmt wird. Leute, für die nach Meinung des Frankfurter „Realo“ Grünen Daniel Cohn-Bendit „Bolschewist“ noch ein Ehrentitel ist.

Die „Reals“ fühlen sich mit Methoden aus der K-Gruppen-Praxis ausmanövriert. Die „Fundis“, so ihr Vorwurf, lancieren „kadergeschulte Leute“ in Schlüsselpositionen, verordnen „Parteiläusen“, handeln „autoritär“, „zentralistisch“, „sektierisch“ oder praktizieren, wie jetzt bei der Listenaufstellung für die Kommunalwahl in Frankfurt, mit der Drohung einer Parteispaltung, „Erpressung“ und „politische Vergewaltigung“.

Das einzige überregional bedeutende „realpolitische“ Bündnis, die rotgrüne Zusammenarbeit in Hessen, ist gescheitert. Das Bild der Partei beginnen Leute zu prägen, die den Abriß der Hochhäuser, die Stilllegung der U-Bahnen und die absolute „autofreie Stadt“ fordern. Auch die „sozialen Bewegungen“ werden zur Belastung. Wenn, wie bei der Demonstration in Hanau am Wochenende, kein Massenaufgebot mehr zustande kommt, aber mitmarschierende Chaoten den Nimbus der „gewaltfreien Aktion“ zerstören, verlieren die Grünen sogar bei den eigenen Leuten die Aura des Hoffnungsträgers. Der Bundestagsgründer Fischer könnte sich als Prophet erweisen: „Wir enden im radikalökologischen Selbstmord.“

Das letzte Gefecht

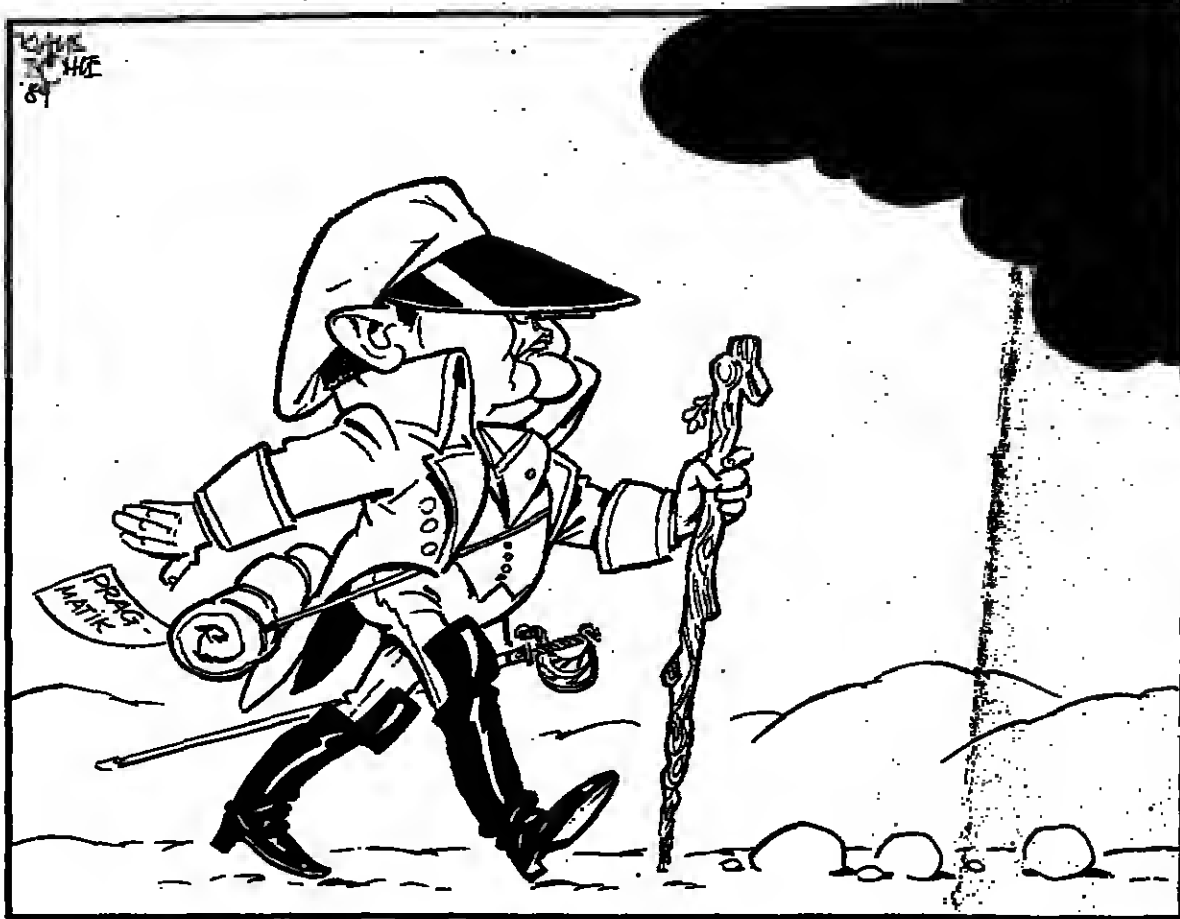
Von Eugen Wolmarshof

Es ist ein weiteres Beispiel von unzähligen. Im Auslandsstudio des Dritten WDR-Fernsehens kamen bei einer Sendung über Afghanistan praktisch nur kabulhörige bzw. moskauhörige Stimmen zu Worte. Die Sprecher der afghanischen Widerstandes protestieren. Aber unser Monopolfunk läßt sich prinzipiell von keinem Protest anfechten, weil er, und er allein, die deutsche Kultur wahr.

Die Kultur eines Volkes drückt sich freilich nicht in Sendungen à la Dallas aus, sondern in seinem Verhältnis zur Freiheit. Wenn nun diese Art von Kabul-Fernsehen nur Teil einer allgemeinen Diskussion wäre, so müßte man sich gewiß ihrer schämen, man könnte aber auf die Gegenstimmen hinweisen. Hier kann man das nicht. Der deutsche Äther wird von einer einheitlichen Stimmen- und Stimmungsmache beherrscht.

Und das Monopol will dafür sorgen, daß auch weiterhin möglichst keine anderen Stimmen gehört werden. Jene SPD- und Grünen-Kreise, die Bömer daran hindern, selbst den jämmerlichen Staatsvertragsentwurf von Bremerhaven in obendrein „modifizierter“ Form zu unterschreiben, pokern hoch. Sie wollen offenbar durch Hinauszögern eine Lösung durchsetzen, bei der dem freien Fernsehen endgültig die Luft genommen wird – durch Auflagen aller Art, die die Öffentlich-Rechtlichen nicht treffen; vor allem aber, indem noch mehr Werbung für sie abgesaugt wird.

Risikolos ist das Unternehmen nicht. Hinter dieser Blockadeakt der SPD- und sonstigen Linken steht die durchaus richtige Einsicht, daß kein Staatsvertrag und keine „Bestands- und Entwicklungsgarantie“ den öffentlich-rechtlichen Funk retten kann, wenn erst die freien Sender die freien Bürger erreichen. Offenbar hofft man blindlings: Zeit gewonnen, alles gewonnen. Aber das freie Fernsehen kommt im neuen Jahr, mit oder gegen Bömer. Und je börsartiger der Freiheit der anderen entgegengearbeitet wird, desto deutlicher wird auch dem Bundesverfassungsgericht vor Augen geführt, daß es hier nicht um eine kulturell höherstehende Sendeform geht, sondern um einen Machtkampf unter der Gürtellinie.



Student nach Prag

KLAUS BÖHLE

Moskaus Weg, Pekings Weg

Von Carl Gustaf Ströhm

Die kommunistische Weltbewegung, soweit sie sie als einheitliches Gebilde überhaupt noch gibt, ist zwischen die Mühlen der beiden Giganten geraten. Während in China die herrschende Reformgruppe um Deng Xiaoping im Parteitag „Volkszeitung“ erklären ließ, Marx, Engels und Lenin könnten nicht auf alle Fragen der Gegenwart eine plausible Antwort geben, registriert man in Moskau eine genau entgegengesetzte Tendenz. Im Kreml herrscht offenbar die Meinung, man werde mit Hilfe eines einzigen Mannes die Antwort auf alle oder zumindest auf die meisten Fragen finden. Es handelt sich um den Mann, den Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag 1956 als Massenmörder entlarvt hat: Josef Stalin.

Wie weit sich der Abschied von den „Klassikern“ des Marxismus-Leninismus in China bereits durchgesetzt hat, sei dahingestellt; auch in Peking gibt es einen dogmatischen und einen opportunistischen Flügel, die beide die Reformen bremsen könnten. Aber ganz läßt sich die Entideologisierung nicht mehr zurückdrehen. Ein Marxismus-Leninismus, der nicht „alle“ Fragen zu beantworten vermag, ist als allein gültige „wissenschaftliche“ Lehre aufgehoben.

China macht also den Versuch, sich von den Fesseln einer die Entwicklung bremsenden Ideologie zu befreien. Die Sowjetunion dagegen wird heute von der Sehnsucht nach einer festgefügt Ideologie heimgesucht. Und von der Sehnsucht nach einem „starken Mann“, der einstmal die Macht und Größe des Imperiums verkörperte.

So berichten jugoslawische Kommunisten mit tiefem Unbehagen von einer in Moskau um sich greifenden Rehabilitierung Stalins als Heerführer, als Parteiführer, als einer der „großen Revolutionäre“ von 1917. Schriftsteller, deren Namen bisher kaum jemand kennt, attackieren plötzlich ihre berühmten Kollegen, die während der „Entstalinisierung“ Kritik am sowjetischen Diktator gewagt hatten. Der XX. Parteitag und der „Entstalinisierer“ Chruschtschow verschwinden im Gedächtnisloch des Sowjetkommunismus.

Der neue Kult nimmt ähnlich groteske Formen an wie zu Lebzeiten Stalins. Da berichtet in der Zeitung „Sowjetskaja Kultura“ der

neunzigjährige Iwan Papanin, seinerzeit Leiter einer sowjetischen Arktis-Expedition: „Ich erinnere mich gut an die Lehren, die mir Genosse Stalin erteilte.“ Stalin als Polarforscher! In einem Fernsehfilm nimmt ein Fabrikdirektor am Telefon militärische Haltung an, als die Stimme Stalins aus dem Hörer klingt.

Es ist seltsam, wie eine Bewegung und ein Imperium, die einst im Namen der „lichten Zukunft der Menschheit“ angetreten waren, sich auf die Flucht in die Vergangenheit begeben. Dabei kann die Re-Stalinisierung zwar in der Sowjetunion zweifellos gewisse Kräfte mobilisieren: nämlich alle jene, die in einer Politik der harten Hand die Lösung der Probleme sehen. Zugleich aber ist der Rückgriff auf Stalin eine zweischneidige Angelegenheit. Immerhin leben noch Millionen von Menschen, die entweder persönlich von Stalins Repressionen betroffen wurden oder deren Angehörige im Gulag verschwanden.

Noch ungünstiger muß die Verherrlichung Stalins in den osteuropäischen Staaten oder auch in den kommunistischen Parteien des Westens wirken. Da wie dort war man heilfroh, den „weisen Lehrer“ los zu sein. In manchen osteuropäischen Ländern stehen heute Kommunisten an führender Stelle, die selbst Opfer des Stalinismus waren. Was etwa mag der ungarische Parteichef Janos Kadar empfinden, der in der Zeit des Stalinismus Haft und Mißhandlungen erlitten mußte?



Zufucht bei einem Toten: Stalin (mit Lenin) FOTO: KEYSTONE

te? Was empfinden die polnischen Kommunisten, wenn der Name des „großen Heerführers“ lobend genannt wird, der einst gemeinsam mit Adolf Hitler die polnische Nation teilte?

Für die jugoslawischen Kommunisten stellt Stalins Aufwertung die Frage, ob damit nicht auch die sowjetischen Beziehungen zu Belgrad in eine neue Phase treten könnten. Schließlich betrachtet die jugoslawische KP ihren Kampf gegen Stalin und gegen den Stalinismus als Grundelement, ja, als Rechtfertigung ihrer besonderen Politik.

Bleibe es nur bei historischen Erinnerungen aus Anlaß des 40. Jahrestages des Sieges über den Faschismus, so wäre das bedenklich genug. Aber in einem totalitären System bleibt eine solche Entwicklung nicht auf halbem Wege stehen. Schon liest man in der parteitheoretischen Moskauer Zeitschrift „Kommunist“ ein Lob auf Stalins Wirtschaftspolitik, die das genaue Gegenteil von Reform, Lebensstandard, Konsum und Marktwirtschaft war. Auf einer ideologischen Konferenz in Prag holten die Sowjets das Projekt einer kommunistischen Weltkonferenz wieder hervor. Es wurde von einigen moskau-treuen Parteien begeistert aufgegriffen, von anderen dagegen, etwa der japanischen KP, als schlecht getarnter Disziplinierungsversuch abgelehnt.

Das Wiederaufleben Stalins erfolgt zu einer Zeit, da sich nicht nur in China, sondern auch in Osteuropa viele kommunistische Führer überlegen, ob das aus der Sowjetunion importierte Gesellschafts- und Wirtschaftssystem samt seiner Ideologie überhaupt noch eine Zukunft haben kann. Die Führungsmacht der „sozialistischen Gemeinschaft“ hietet ihren Verbündeten und Vasallen aber keine Führung, sondern nur den Rückgriff auf Dogmen und auf eine Persönlichkeit an, die beide den Menschen kein Paradies auf Erden beschert haben. Eine Zukunftsperspektive, die mehr als erzwungene Loyalität bewirken kann, ist das kaum. Und wer einen Toten – noch dazu so einen Toten – heraufbeschwören muß, der zeigt wenig Vertrauen in die Lebenden.

IM GESPRÄCH Herminio Iglesias

Zum Auftakt eine Spaltung

Von Manfred Neuber

In Argentinien versucht der umstrittene Gewerkschaftsfunktionär Herminio Iglesias, im amorphen Lager der Peronisten die Rolle des maßgeblichen Sprechers zu übernehmen und sich mit Unterstützung anderer Parteien zum Oppositionsführer aufzuschwingen.

Als kürzlich das Bündnis der Peronisten mit drei oppositionellen Gruppierungen auf Betreiben Iglesias' besiegelt wurde, strömten mehr als hunderttausend Anhänger in den Luna Park von Buenos Aires. Diese neue Formation könnte zu einer ersten Herausforderung für Präsident Radl Alfonsín und seine radikale Bürgerunion werden.

Mit Iglesias paktiert die Bewegung des Expräsidenten Arturo Frondizi, die konservative Volkspartei des ehemaligen Vizepräsidenten Vicente Solano Lima und die Linke Volksfront des nationalistischen Schriftstellers Jorge Abelardo Ramos. Frondizi und Solano Lima gingen schon früher Allianzen mit den Peronisten ein.

In der eigenen Partei hat Iglesias viele Widersacher. Er wird für die Niederlage bei der Wahl im Oktober 1983 verantwortlich gemacht, weil er enge Kontakte zum diskreditierten Militärregime unterhielt. Man bewundert seinen die Massen begeisternden Stil und fürchtet seine scharfe Zunge. Iglesias gilt als entschiedener Antikommunist.

Bewerkstelligt Iglesias das Heraufziehen einer neuen Mehrheit in Argentinien? Zunächst braucht er den Beistand der drei Blockparteien, um sich dank des gesteigerten politischen Gewichts in der peronistischen Bewegung durchzusetzen. Gelingt ihm das, können sich die Helfer anderer Couleure eine Teilhabe an der Regierung nach einem Wechsel in Buenos Aires versprechen.

Während andere peronistische Politiker nach ihrer Wahlschlappe eine abwartende Haltung zu Alfonsín einnahmen, spielte sich Iglesias mit aktiver Opposition in den Vordergrund. So tritt er auch jetzt gegen das von der Regierung mit Chile ausgehandelte Abkommen zur Beilegung ihres Grenzstreites am Beagle-Kanal. Auf diesem Kurs versagen ihm die neuen



Fehlchlag beim Beagle-Kanal: Iglesias FOTO: DIEWELT

Koalitionspartner allerdings die Gefolgschaft. Statt dessen fand sich Iglesias in einer Front mit Admiral Isaac Francisco Rojas, ehemals Vizepräsident, General Roberto Camps, früher Polizeichef von Buenos Aires, und General Luciano Benjamin Menéndez, dem Besetzer von Port Stanley auf den Falkland-Inseln.

Iglesias' Ambitionen kam die desolante Lage an der Spitze der Peronisten zugute. Die offizielle Präsidentin der „Gerechtigkeitspartei“, Isabella Perón, kann von Spanien aus keine wirksame Lenkung ausüben. Zwar gilt das hierarchische Führerprinzip bei den Peronisten, was jedoch Fideleokämpfe und politische Lähmung nicht verhindern kann. Iglesias wurde zum Generalsekretär der Partei gewählt. Aber 310 von 629 Delegierten verließen am Sonntag den Jahreskongress der Partei, um sich in einem eigenen Parteitag zu versammeln. Unter anderem spielte der Führungsstil von Iglesias eine große Rolle in der Kritik.

Der stärkste Einfluß auf die peronistische Bewegung geht nach wie vor vom gewerkschaftlichen Dachverband CGT aus. Iglesias kommt aus den Syndikaten. Sein Wechsel auf die Zukunft könnte in einer Neuaufgabe des Zusammenspiels zwischen peronistischen Gewerkschaften und nationalistischen Militärs bestehen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Bundestag

Sie schreibt zur aufgeschobenen Rotation Schöly:

Für den Prominenten wird die Rotation also nicht ganz, aber doch ein bißchen außer Kraft gesetzt. Nicht bedacht haben die Grünen dabei wohl, daß sie mit diesem Beschluß die Rotation grundlegend verändert und damit abstrudeln geführt haben. Die Mär von der beliebigen Ersetzbarkeit eines Politikers ist zusammengebrochen. Denn was Schöly recht ist, dürfte seinen Fraktionskollegen billig sein. Andere Abgeordnete haben gewiß auch gute inhaltliche Gründe, ihre Arbeit in den Ausschüssen des Bundestages fortsetzen zu wollen.

Ruhr-Nachrichten

Die Dortmunder Zeitung schreibt zum 8. Mai 1985:

Diesen Tag ohne Zwiespaß zu begeben wird kaum möglich sein. Denn vor 40 Jahren wurden die Deutschen nicht nur vom Nazismus befreit, sondern sie erlitten auch die demütigendste Niederlage ihrer Geschichte. Die Kapitulation setzte dem Sterben und Vernichten auf dem Schlachtfeld ein Ende, doch für viele Deutsche begannen mit Gefangenschaft, Verschleppung, Vertreibung und Hunger neue Zeiten des Leidens. In der Folge des 8. Mai wurde den Deutschen die Chance eines Wiederanfangs zuteil. Aber sie mußten auch erfahren, wie die Nutzung dieser Chance eine Teilung nicht zu überwinden vermochte, die bis heute schmerzhaft andauert – und die nicht zuletzt auch Ursache

dafür ist, daß des 8. Mai 1945 hüben ganz anders als drüben gedacht werden wird.

RHEINISCHE POST

Das Düsseldorf Blatt geht auf die Moskau-Reise Minoffs ein:

Der levantinische Großmeister eines kleinen Staates führt einer zweigeteilten Welt vor, wie man alle fünf Jahre die Fronten wechseln und dabei noch kräftig kassieren kann. Malteser Premier Dom Minoff flog gestern nach Moskau... Ein Verteidigungsbündnis mit Tripolis führt Minoff zwangsläufig zu einem engeren Anschluß an den großen Bruder in Moskau. Im Kreml sieht man ihn nicht ungern, auch wenn man weiß, daß der listenreiche Malteser ein höchst unsicherer Kantonist bleiben wird. Ein zweites Grenadä im Mittelmeer zu schaffen, ohne selbst voll in Erscheinung zu treten, muß ein verlockendes Spiel für die Sowjets sein.

MAINPOST

Die Würzburger Zeitung meint zum Medien-Staatsvertrag:

Es ist verständlich, daß um den Medien-Staatsvertrag hart gepokert wird. Jedes Bundesland will möglichst viele und gute UKW-Frequenzen und Satellitenkanäle für die nach seinem Mediengesetz zu schaffenden neuen Programme. Und die Frage, wie hoch künftig die Einnahmen der öffentlich-rechtlichen Anstalten sind, hat direkte Auswirkungen auf die Chancen der privaten Programmbieter. Weil aber hart gepokert wird, sollte man auch nicht jedes Wort allzu ernst nehmen. Am Ende ist eine Einigung doch wahrscheinlich.

Anti-Amerikanismus und neudeutsche Naivität

Die Care-Pakete geraten in Vergessenheit / Von Curt Riess

Das Phänomen des Anti-Amerikanismus befällt in zunehmendem Maße Teile Westeuropas, wobei es sich genau genommen um eine Anti-US-Welle handelt, weil weder die Kanadier noch die Lateinamerikaner davon betroffen sind. Dabei wird mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt, daß die Amerikaner nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa von Hitler befreit haben, oder doch zumindest entscheidend an dieser Befreiung mitwirkten.

Demgegenüber schenken die anti-amerikanischen Kräfte ihr Gehör den Russen, die predigen, sie seien die Befreier, wobei sie verschweigen, was der Hitler-Stalin-Pakt (der Ribbentrop-Molotow-Pakt) zum Zweiten Weltkrieg beigetragen hat.

Auf den ersten Blick scheinen die Vereinigten Staaten populär in Europa, sogar in der Sowjetunion, zu sein. Überall, wo man sie kaufen kann, trägt man Blue Jeans, überall trinkt man Coca Cola. Überall, auch in den Ostblockstaaten, spielt man Jazz und tanzt Rock 'n' Roll.

Überall spielt man amerikanische Filme; zumindest im Westen sind sie erfolgreicher als etwa deutsche oder französische. Eine solche Liste könnte ad libitum verlängert werden, sie führt jedoch nicht zum Kern des Problems. Denn der Anti-Amerikanismus ist keine Auseinandersetzung mit dem American way of life, sondern eine Gefühlswallung gegen die Prinzipien der Washingtoner Politik. In westeuropäischen Zeitungen merkt man immer wieder, wie wenig die Schreiber von ihr halten. Nun, der offizielle Anti-Amerikanismus der Sowjetunion ist begrifflich: Da die Kommunisten die Welterschaft erringen wollen, müssen ihnen die USA viele Dornen im Auge sein.

Der wachsende Anti-Amerikanismus in der Bundesrepublik ist dagegen nur schwer nachvollziehbar. Hat man hier vergessen, was die Amerikaner in den ersten Nachkriegsjahren getan haben? Die unzähligen Care-Pakete, die Millionen Amerikaner an Millionen Deutsche schickten, von denen sie

manchmal nicht mehr kannten als den Namen und die Adresse? Hat man den Marshall-Plan vergessen, diesen grandiosen Wiederaufbauhilfsplan? Hat man vergessen, wie viele Deutsche nach dem Krieg verhungert wären ohne diese Hilfe? Hat man Amerikas Standfestigkeit, als die Russen Berlin blockierten, vergessen?

Man hört kaum noch etwas davon. Hingegen werden die Stimmen lauter und häufiger, die vor einer zu großen Abhängigkeit der Bundesrepublik von den Vereinigten Staaten warnen, bis hin zu extremen Schriften, die ihre Truppen hier „Besitzer“ nennen. Doch sie übersehen die einfache Tatsache, daß die Deutschen sich nicht allein gegen die Sowjetunion wehren könnten; weder gegen einen eventuellen Angriff, noch gegen dauernden politischen Druck.

Auch wird der Glaube der Amerikaner an große Ideen häufig mit „Naivität“ bezeichnet und verwechselt. Als 1929 und in den folgenden Jahren die Weltwirtschaftskrise die USA genauso wie

Deutschland in den Grundfesten erschütterte, wählten die Deutschen Hitler, die Amerikaner Roosevelt. Wer war da naiv? Und kamen nicht die besten Dramen der letzten fünfzig Jahre aus den Vereinigten Staaten, und brachten die Amerikaner nicht (neben Israel) die besten Musiker in die Alte Welt? Und erst die Wissenschaftler: die weitaus meisten Nobelpreise gehen seit Jahrzehnten nach Amerika. Wer ist da naiv?

Aber das alles wird in den Hintergrund gedrängt. Die Amerikaner haben jetzt wieder Reagan gewählt, wird unheilswahner betont. Es heißt, der macht Dummenheiten. Übrigens: welcher Politiker macht eigentlich keine? Aber alles in allem hat er nichts getan, was ihn zur „Gefahr“ für die Welt werden ließ, wie die Anti-Amerikaner tönen. Er hat vorübergehend – kaum zwei Wochen lang – Grenadä besetzt lassen. Schnell waren die Vergleiche mit Afghanistan zur Hand, die für die Kämpfer im afghanischen Widerstand eine Beleidigung sind.

Die neudeutschen Prediger nutzen jeden kleinen Anlaß, die amerikanische Gefahr zu beschwören. Sie mögen dafür knallharte politische Gründe haben oder selbst naiv träumen. Sie mögen die Größe des amerikanischen Ideals des freien Individuums nicht fassen können und sich deshalb lieber unter den Schutz eines anti-individuellen Sozialismus flüchten. Sie mögen über einen Anti-Amerikanismus, den sie an den hier stationierten US-Truppen ausleben, für sie verfügbare, gefährliche neue nationale Emotionen entfesseln wollen. Sie mögen mit ihren „anti-imperialistischen“ Phrasen auf die USA zielen, aber unsere Wirtschaft meinen.

Das alles hat nur einen Haken. Wenn das so weitergeht, werden die amerikanischen Stimmen lauter, die für einen Abzug aus Europa plädieren. Und dann werden wir vielleicht die Russen besser kennenlernen. Es bleibt zu wünschen, daß dann die Möglichkeit zu einem ebenso freien Anti-Sowjetismus besteht.

هكذا من الأهل

Die Schlacht der Medien um Macht und Money

Am 1. Januar 1985 ist es soweit: Das Kabel- und Satelliten-Fernsehen hält seinen Einzug. Neben dem öffentlich-rechtlichen Anstalten können dann auch private Veranstalter "Fernsehen machen". Das bedeutet: größere Programmauswahl, mehr Unterhaltung, mehr Information. Jedoch nicht für jedermann, da noch nicht alle rundfunkrechtlichen Probleme geklärt sind.

Von ERICH VOGT

Heute sollte in Bonn ein Staatsvertrag über die neue Medienstruktur unter Dach und Fach gebracht werden. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) äußerte sich auf der jüngsten Sitzung der Rundfunkkommission am 14. Dezember in Hannover zuversichtlich über den Verlauf der Verhandlungen. "Mit etwas Glück und gutem Willen werden wir uns am 19. Dezember einigen", meinte Vogel.

Davon ging man auch im SPD-Parteivorstand: drei Tage später, am 17. Dezember, aus Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi sagte im Anschluß an die Beratungen in Bonn, daß es zwar noch Punkte gebe, über die weiter verhandelt werden müsse (zum Beispiel über die endgültige Verteilung der 4 TV-Kanäle auf dem deutschen direktstrahlenden Satelliten, TV-SAT, und die Definition einer Entwicklungs- und Bestandsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk), jedoch glaube er nicht, daß die Parteibasis die Schlussübertragungen torpedieren werde.

Dafür sorgte wenige Stunden später sein hessischer Amts- und Parteikollege Holger Börner. Er werde den Staatsvertrag über die Neuordnung des Rundfunkwesens nicht unterzeichnen, erklärte er, da "die medienpolitischen Forderungen der SPD durch diesen Staatsvertrag nicht erfüllt" würden. Börners Entscheidung überraschte die CDU-Ministerpräsidenten ebenso wie seine eigenen Parteifreunde. Zwar wußte man um Börners Bedenken, hatte er doch bereits nach dem "Bremerhavener Kompromiß" gesagt, daß ihm eigentlich die ganze Richtung nicht passe. Gleichwohl vertraute man darauf, daß ein Staatsvertrag nicht an seinem Veto scheitern werde.

Börners Rückzieher bringt den SPD-Parteivorstand sichtlich in die Bredouille. Die Parteibasis, jahrelang auf Gegenkurs zu den privaten Me-

dienveranstaltern eingeschwenkt, kann nur mühsam die angestrebte Kurskorrektur der beiden Medien-vordenker Grotz und Dohnanyi abgerufen werden. Diese Bemühungen haben durch Börners Verweigerung einen schweren, wenn nicht irreparablen Rückschlag erlitten.

Das Geschehen um ein künftiges Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland wird somit auf unbestimmte Zeit weiterge-

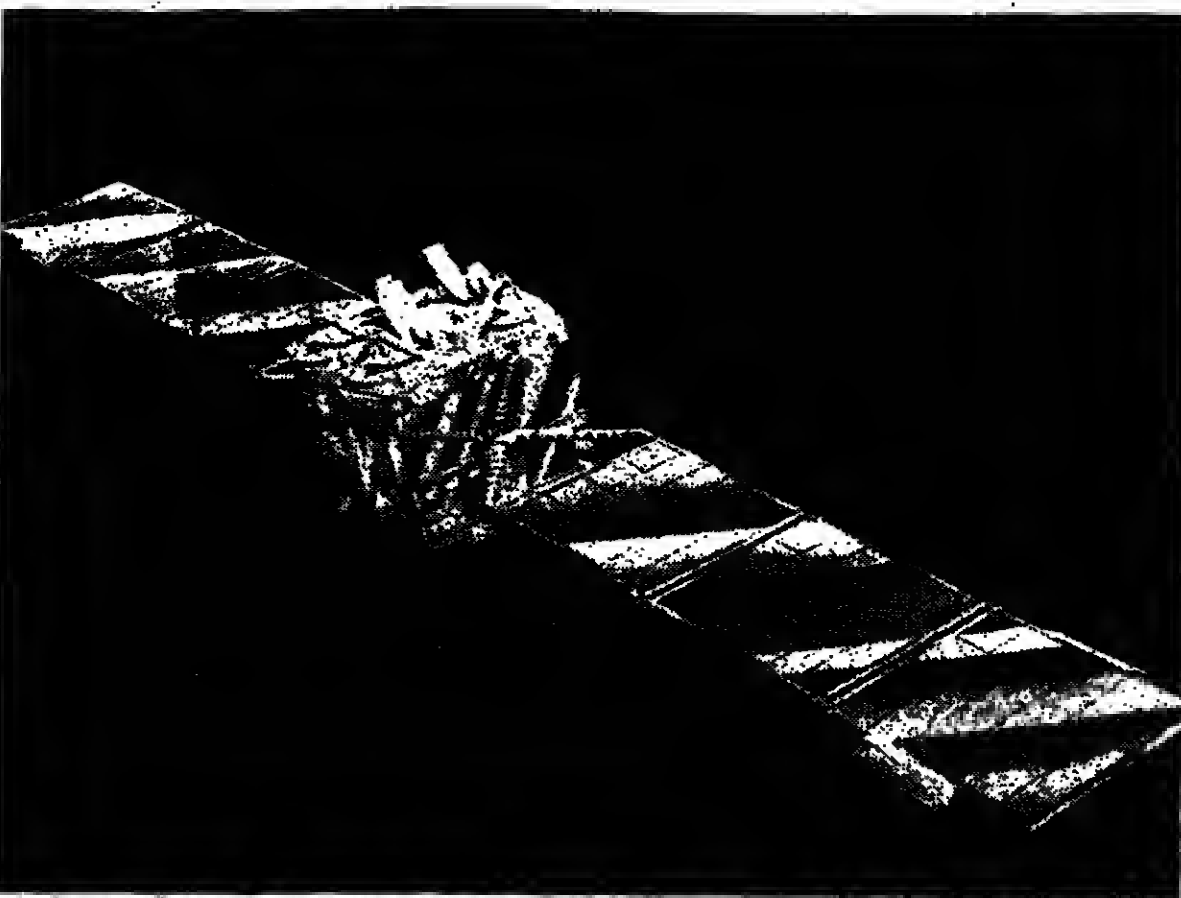
Nahezu einhellig kritisiert worden ist die anvisierte Öffnung hin zum privaten Rundfunk auch (wen wundert's) von den ARD-Intendanten und deren Aufsichtsgremien. Allein ihre Anstalten seien in der Lage, erklärten sie, einen "unabhängigen und von kommerziellen Interessen freien Rundfunk, ein ausgewogenes Programm, das Mehrheiten und Minderheiten gleichermaßen berücksichtigt", zu gewährleisten.

Trotz aller Störfeuer, Querschläger und neuerlichen Rückschläge: die Tür zum Zeitalter der Neuen Medien öffnet sich. Am 23. Februar 1984 hatten die Ministerpräsidenten einen von zwei von der Post amgetriebenen Fernsehkanäle auf dem Fernmeldesatelliten ECS 1 einer Arbeitsgemeinschaft privater Programmveranstalter überlassen. Allerdings stimmten die SPD-Länder damals nicht zu, sie

Die NEUEN Medien

duldeten lediglich das Verfahren. Damit wurde die Bundesrepublik zu einem der ersten Länder in Europa, in denen es nationale Satelliten-Vollprogramme geben wird. Mit der Sendeleistung wurde die öffentlich-rechtliche Anstalt für Kabelkommunikation in Ludwigsfelde und das Kabelprojekt München betraut. Ein zweiter Kanal wurde dem ZDF zugesprochen.

Am 29. Juni folgte der zweite Schritt, als sich die Länder in einer Klausurtagung in Bonn - damals noch unter dem Vorsitz von Lothar Späth - auf eine "Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk" verständigten, die allerdings später sowohl den Anstalten als auch den sozialdemokratisch geführten Ländern nicht weit genug ging. Außerdem sollten die neuen privaten Rundfunkveranstalter eine "faire Chance" erhalten. Seit dem 1. April haben die öffentlich-rechtlichen Anstalten als In-



Der Kabel-Partner im Weltraum: Aus 36 000 Kilometern Höhe ströbt „ECS 1“ die Fernseh-Programme zurück. FOTO: DPA

stitution einen Konkurrenten: ein Vorläufer-Programm, das von der Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk (PKS) und der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über den sogenannten Westbeam des ECS abgestrahlt wird. Am 1. Januar wird eine Arbeitsgemeinschaft deutscher Verlage und Unternehmer diesen Kanal übernehmen und mit "SAT 1" täglich 11 Stunden auf Sendung gehen.

Der Fernmeldesatellit ECS 1, der 36 000 Kilometer über dem Äquator schwebt und mit seiner "Sendeleistung" das ganze Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und weite Teile Mitteleuropas abdeckt, hat eine Sendeleistung von etwa 20 Watt. Zum Empfang sind Erdfunkstellen erforderlich, die die Programme mit Parabolspiegeln auffangen und verstärken. In 78 mittleren bis großen Orten, von Flensburg bis Passau, baut die Post diese "Kopfstationen", und zwar zunächst dort, wo sie bereits Breitbandkabel-Innen verlegt hat.

Verlegen darf die Post jedoch nur bis zur Schnittstelle zwischen öffentlichem Weg und privatem Bereich. Die weitere Verkabelung und Installation ist dann Sache des Handwerks. Der Kabelanschluß bis zum Haus kostet zur Zeit 400 Mark, der Subskriptionspreis beträgt 250 DM. Für die Innenverkabelung müssen nochmals rund 400 Mark aufgewendet werden. Damit sind alle technischen Voraussetzungen zum Empfang des Kabelsignals erfüllt, wenn man ein Fernseh-Modell neueren Datums (81er Modell oder jünger) hat, auf dessen Typenschild der Vermerk „SK“ (Son-

derkanal Kabel) eingestanz ist. Wenn nicht, muß noch ein Kabel-Tuner erworben werden. Dieser kostet heute zwischen 175 und 300 Mark.

Schwerer als die technischen Probleme wiegen jedoch die rechtlichen. Ob in Köln, München oder Hannover private Programme ins Kabelnetz eingespeist werden dürfen, müssen die zuständigen Bundesländer entscheiden. Ohne entsprechende Landes-Mediengesetze geht nichts. In fünf Bundesländern gibt es inzwischen entsprechende Gesetze, die privaten Rundfunk erlauben. Diese fünf Bundesländer sind Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, das Saarland und Rheinland-Pfalz. In Hamburg wurde das „Gesetz über die vorläufige Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen in Kabelanlagen“, ein sogenanntes „Vorschaltgesetz“, verabschiedet. In Berlin stellt das Kabel-Pilotprojekt-Gesetz den Empfang von Kabelprogrammen (ARD, ZDF, TV 5, DDR 1, DDR 2) auf eine rechtliche Grundlage.

Alle über den ECS 1 ausgestrahlten Programme können jedoch erst mit Beginn der Funkausstellung Anfang September 1985 regulär eingespeist werden. Baden-Württemberg wird erst im Laufe des kommenden Jahres sein Mediengesetz verabschieden. Wie sich die SPD-regierten Länder Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hessen verhalten werden, ist ungewiß. Ob der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau bis zur Verabschiedung eines Landesmediengesetzes nach der Landtagswahl im Mai 1985 ein „Vorschaltgesetz“ in den Landtag einbringen wird, ist nach

Holger Börners Verweigerungsschritt wieder eher unwahrscheinlich. Unge- wußt ist, wie der Bürger in diesen Bundesländern auf die politisch verordnete Kabelfernseh-Prohibition reagieren wird.

Das Orwell-Jahr 1984 brachte also auf mehreren Ebenen Bewegung in die seit Jahrzehnten festgefahrenen Strukturen des deutschen Rundfunkwesens. Die Neuen Medien haben mit ihren neuen Möglichkeiten die Grenzen von Hörfunk und Fernsehen früherer Jahre aufgehoben. Im Zuge dieser Entwicklung wurden viele liebgewonnenen Vorstellungen vom „guten alten Rundfunk“ schlichtweg überholt.

Im ersten ARD-Jahrbuch von 1989 wird noch die Ansicht vieler Experten zitiert, daß der Zeitunterschied und die guten Flugverbindungen zwischen Amerika und Europa Satelliten-Übertragungen von West nach Ost selten notwendig machen würden. Knapp zehn Jahre später erkennt man jedoch, daß der Satellit am wenigsten ein technisches Problem, sondern vielmehr ein markt- und medienpolitisches Problem ist.

Diese Zustandsbeschreibung bringt den derzeitigen Streit um die Neuordnung des Rundfunkwesens zurück auf seinen eigentlichen Kern: Es geht in der seit Jahren dauernden Diskussion nicht um politische Überzeugungsarbeit, oder gar etwa um das, was „die Bürger wollen“. Es geht schlichtweg um Macht und Money.

Morgen in der WELT: Wer sind die neuen Fernseh-Mo- cher?

Bei der SMH-Bank brannten sämtliche Sicherungen durch

Nur knapp ist die ehemals renommierte Privatbank SMH vor einem Jahr dem Zusammenbruch entgangen. Nun sitzen drei ihrer Gesellschafter in Untersuchungshaft. Der Vorwurf: Veruntreuung und Betrug.

Von CLAUD DERTINGER

Is Anfang November 1983 galt das Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co., das in Hamburg, Frankfurt und Offenbach ansässig ist, als eine der ersten Adressen des deutschen Privatbankier-Gewerbes. Jetzt sitzen drei seiner geschäftsführenden Gesellschafter, Ferdinand Graf von Galen, Hans Lampert und Wolfgang Stryj in Frankfurt in Untersuchungshaft.

Sie stehen unter dem Verdacht der Veruntreuung und des Betruges, im Zusammenhang mit Geschäften, die vor gut einem Jahr zum Zusammenbruch der völlig überschuldeten Privatbank geführt hätten, wenn sich nicht Banken aus allen Gruppen des deutschen Kreditgewerbes unter dem sanften Druck der Berliner Aufsichtsbehörde zu einer eiligen Rettungsaktion zusammengefunden hätten. Inzwischen ist der noch intakt gebliebene Teil des Bankgeschäfts von der Londoner Lloyds-Bank übernommen worden; es wird unter dem traditionsreichen Namen weitergeführt.

Wie es zu dem Desaster kommen konnte, war ein Rätsel. Denn schließlich gab es eine Reihe von Sicherheitsvorkehrungen, die das Kreditwesen-Gesetz vorschreibt und deren Einhaltung von der Berliner Bankenaufsichtsbehörde überwacht wird. Aber bei der SMH-Bank sind, wie sich erst viel zu spät zeigte, alle Sicherungen durchgebrannt. Die Bank hatte sich zu eng an einen einzigen Kunden, den Jungunternehmer Horst Dieter Esch, gebunden, der mit seinem Plan scheiterte, mit der IBH und Wibau AG einen Konzern von Welt-rang aufzubauen. Ein Konkurs seiner Unternehmensgruppe besiegelte sein Schicksal.

Die SMH-Bank war praktisch die einzige Bank, die den forschenden Newcomer Esch, der durch Aufkäufe immerhin den drittgrößten Baumaschinenkonzern der Welt zusammen-

wohl es Leute der gleichen Firma waren, die auch die Esch-Unternehmensgruppe geprüft haben.

Die SMH-Bank hat diese dubiosen Geschäfte natürlich nicht mit eigenem Geld finanziert, sondern mit Mitteln, die sie sich am Geldmarkt bei anderen Banken pumpte. Es waren über 500 Millionen Mark, mit denen die SMH-Bank bei knapp 400 anderen Instituten in der Kreide stand. Das Geld ist futsch. Diese Banken sind es denn auch, die das meiste Geld verloren haben. Weitere rund 350 Millionen Mark steuerte der Einlagensicherungs-Fonds des privaten Bankgewerbes bei, der dafür bei seinen Mitgliedern kräftig kassieren mußte.

Nur Kleckerbeträge waren es im Vergleich zu diesen Riesensummen, mit denen die geschäftsführenden Gesellschafter und für die Schieflage der Bank Verantwortlichen zur Kasse gebeten wurden. Ein nennenswerter Betrag von mehr als 50 Millionen war nur beim Grafen von Galen zu holen, der durch die Heirat mit Anita Hengst, der Tochter des Inhabers eines der drei Vorgängerinstitute, in die Bank kam.

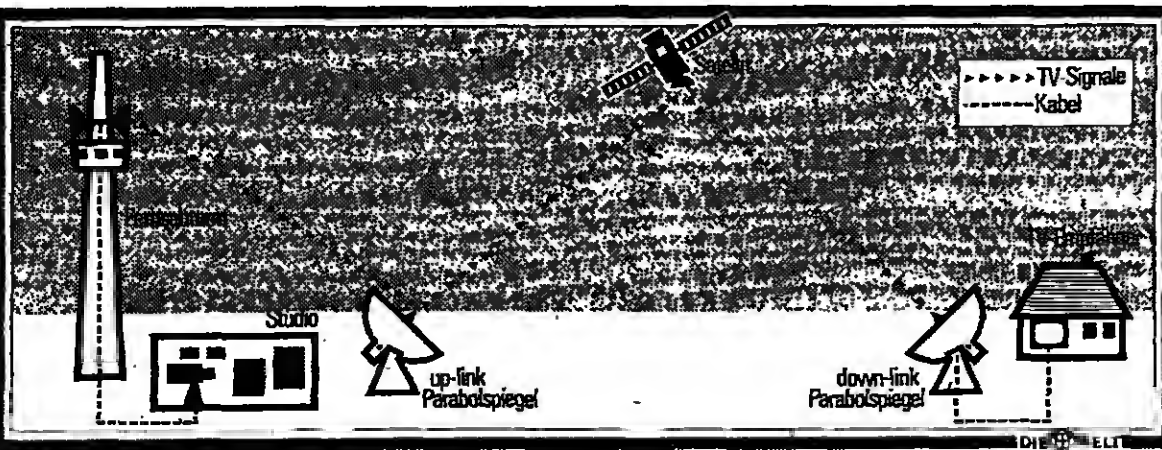
Ihm, dem ehemaligen Frankfurter Börsenpräsidenten, wird die größte Schuld angelastet. Zum Vorwurf der Untreue kommt auch noch der Vorwurf des Prospektbetrugs, weil er den Börseneinführungsprospekt für Aktien der maroden Wibau AG unterschrieben hat, der offensichtlich wichtige Daten nicht enthielt, dafür aber falsche Bilanzzahlen aufgewiesen hat. Graf von Galen, der bis zu seiner Verhaftung in einem Haus von Freunden in Paris lebte, weiß natürlich, was er in der Bank angerichtet hat, aber er sei sich keines kriminellen Verhaltens bewußt, beteuert sein Anwalt, der ebenso wie seine Frau Anita energisch den Verdacht einer Fluchtgefahr bestreitet.

Nur wenige Millionen, wenn überhaupt, waren bei den beiden Partnern Hans Lampert und Wolfgang Stryj zu holen, die - wie zu hören war - ihre Kapitaleinlagen bei der Bank zum Teil mit Krediten finanziert hatten. Beide hatten sich vom Bankhaus Gebrüder Schröder in Hamburg, einem der Vorgänger-Institute, von tüchtigen Angestellten zu Partnern der SMH-Bank hochgedient und kein Geld mitgebracht.

Bluten mußte auch die angesehene Hamburger Familie Münchmeyer, die bis zum Debakel im letzten Jahr mit Hans Hermann Münchmeyer im Quartett der geschäftsführenden Partner vertreten war. Aber Hans Hermann Münchmeyer hat wenigstens noch das Glück, auf freiem Fuß zu sein. Ihm wird zwar ebenfalls Mitschuld an der Schieflage der SMH-Bank zur Last gelegt. Aber seine Verantwortung wiegt nach Auffassung der Frankfurter Staatsanwaltschaft weniger schwer, weil er sich als Chef des Hamburger Hauses der Bank vorwiegend um die Geschäfte in der Hansestadt gekümmert habe und nicht so aktiv in die Geschäfte mit der Esch-Gruppe involviert gewesen sei. Er wird ebenso wie Graf von Galen auch künftig noch vom Familienvermögen leben können.

Welche Strafen den vier Ex-Bankiers drohen, wenn ihnen in einem Prozeß Untreue und Betrug nachgewiesen werden sollten, läßt sich überhaupt noch nicht absehen, denn bisher ist noch nicht einmal die Anklageschrift fertiggestellt.

Stichwörter:
Decoder: Verändert und decodiert übertragene oder gespeicherte Daten, um sie dann in „lesbarer“ Form zu übertragen.
Einspeisung: Eingabe von Programmen ins Kabelnetz.
Fernmeldesatellit: Übermittelt neben Sprach- und Datenverkehr auch TV-Programme.
Richtfunkstrecke: Elektrische Wellen werden beim Richtfunk durch Parabolantennen gebündelt.
Schnabelkabel: Zerhacken von Fernsehsignalen.



So kommt das Bild ins Haus: Das im Studio produzierte Programm wird nach der Signalaufbereitung über Richtfunkstrecken (z. B. Fernseh-turm) oder über Kabelverbindungen zur Sende-Erdefunkstelle (Parabolantennen) und von dort zum Satelliten abgestrahlt. Der Satellit ist in einer stationären Umlaufbahn über dem Äquator „geparkt“. Er setzt die Signale um und sendet sie verstärkt zur Erde zurück. Dort empfangen Parabolantennen die Signale und geben sie in die Kabelnetze weiter. Durch eine Umsetz-Elektronik werden die Signale neu aufbereitet, damit sie von Fernseh- und Tonrundfunkempfängern verarbeitet werden können.



25 Jahre Ideen für den Privatkunden Unser neuer Sparplan: Der richtige Weg, finanziell vorzusorgen.

Es gibt viele Gründe, finanziell vorzusorgen. Zum Beispiel für ein zusätzliches Einkommen nach dem Berufsleben oder für die finanzielle Sicherheit Ihrer Familie. Mit einem **Deutsche Bank-Sparplan mit Versicherungsschutz** erreichen Sie Ihr Vorsorgeziel.

- Und so sieht unser Sparplan aus:
- Sie bestimmen, welchen Sparbetrag Sie anlegen. Einmal oder regelmäßig.
 - Die Vertragsdauer zwischen 8 und 25 Jahren richten Sie danach aus, wann Sie Ihr Vorsorgeziel erreichen wollen.
 - Sie entscheiden selbst, ob Sie Ihren Sparplan mit einer Risiko-Lebensversicherung kombinieren.

Und das sind Ihre Vorteile:

Zinsen
Ihre Einzahlungen werden sofort gut verzinst. Zur Zeit mit 6% im Jahr. Über Einzahlungen, Zinsgutschriften und Stand Ihres Vorsorgeguthabens informieren wir Sie regelmäßig.

Bonus

Sie erhalten am Ende der Vertragsdauer einen Bonus auf Ihr eingezahltes Vorsorgekapital. Zum Beispiel 15% nach 15 Jahren oder 30% nach 20 Jahren. Diesen Bonus sagen wir Ihnen schon heute fest zu.

Hoher Ertrag

Mit Bonus, Zinsen und Zinseszinsen kann sich Ihr Vorsorgekapital nach heutigem Stand bei regelmäßigen Einzahlungen schon nach 20 Jahren mehr als verdoppeln. Bei Einmalzahlung bereits nach 12 Jahren.

Unsere Kundenberater zeigen Ihnen den richtigen Weg für Ihre finanzielle Vorsorge.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank



Hochschulen: So wenig Staat wie möglich

Frau Wilms legt Novelle zum Hochschulrahmengesetz vor

PETER PHILIPPS, Bonn

Fast bis zur letzten Minute haben die Beamten an der Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) gefeilt, ehe Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms gestern nachmittag damit zur Absegnung ins Kabinett ging. Am 8. Februar wird der Bundesrat über das Reformgesetz debattieren, im März eine öffentliche Anhörung folgen, ehe es – möglicherweise vor der Sommerpause – verabschiedet wird.

Der Staat soll sich „so weit wie möglich aus den Hochschulen heraushalten“, lautet das Motto der Novelle, wie es Frau Wilms gestern auch im Kabinett in ihrer kurzen Einführung noch einmal betonte. Die Hochschulen müßten „auf die Anforderungen der neunziger Jahre vorbereitet“, einige der durch das alte HRG „eingeschleppte Mängel beseitigt“ werden.

In drei Minister-Runden und unzähligen Einzelgesprächen auch mit den Ministerpräsidenten der unionsregierten Länder hat sie im Verlaufe des Jahres 1984 den Boden bereitet, um den Kraftakt HRG-Novelle ohne größere Abstriche an ihrem Konzept bewältigen zu können. Denn auch wenn das alte Gesetz ein von allen – selbst den sozialliberalen Vätern und Müttern – ungeliebter Kompromiß war, aus Gründen der „Ruhe an den Hochschulen“ wollte eigentlich zuerst niemand so recht daran rühren.

Auch nach dem neuen Rahmengesetz bleibt es in der Bundesrepublik Deutschland bei der „differenzierten Hochschullandschaft“ (Wilms). Um letzte Zweifel zu beseitigen, sind gerade in den vergangenen Tagen noch ausdrücklich in § 1 „die Universitäten und sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen, die Kunsthochschulen und die Fachhochschulen“ einzeln aufgenommen worden. Mehr als bisher soll ihnen „die Gestaltung der Studieninhalte“ übertragen werden. Die Studienordnungen sollen künftig der staatlichen Aufsichtsbehörde nur noch „angezeigt“ werden. Allein die Prüfungsordnungen unterliegen weiterhin der Genehmigungspflicht.

Trotz aller Lippenbekenntnisse sträuben sich einige Länder – vor allem Baden-Württemberg – gegen eine allzu große Freiheit der Hochschulen gegenüber dem Staat. Vor allem im Bereich der Verfügung der Universi-

täten über die von ihnen selbst durch wissenschaftliche Reputation erworbenen Drittmittel wollen sie stärker die Hand halten können, als es das Wilms-Gesetz vorsieht. Hier ist der härteste Diskussionspunkt im Bundesrat zu erwarten. Nicht ohne Grund weist allerdings Frau Wilms darauf hin, daß das bisherige Mißverhältnis bei den Drittmitteln – nur zehn Prozent kommen aus nicht-staatlichen Kassen – nur dann verändert werden könne, wenn die Hochschulen auch freier in der Verwendung der Mittel seien.

Ebenfalls dem Ziel einer stärkeren „Autonomie der Hochschulen“ dienen die Neuregelungen zur Frage der Hochschul-Leistung. Und auch an diesem Punkt sträuben sich noch einige Länder, insbesondere ihre Bürokratien. In Zukunft sollen die Universitäten selbst entscheiden können, ob sie sich eine Präsidial- oder eine Rektors-Verfassung geben. Als Kompromiß ist im Gesetz das Recht der Dekane auf Sitz und Stimme im Universitäts-Senat festgeschrieben, ohne die Paritäten-Frage aufzuwerfen. Die Länder müssen jeweils für ihren Bereich entscheiden, ob die Dekane aus den Professoren-Kontingent angeordnet werden oder nicht.

Auf jeden Fall wird in Zukunft in keiner Hochschule der Bundesrepublik mehr der Universitätsleiter gegen die Mehrheit der Professoren gewählt werden können. Frau Wilms: „Die Professoren, nicht die Studenten stellen das Prestige der Hochschule dar.“ Sie wolle nicht „das Gruppenprinzip in den Orkus werfen“, aber wer autonomere Hochschulen wolle, müsse die Voraussetzungen für „starke Hochschulleitungen“ schaffen.

Im neuen HRG, das weniger Paragraphen enthält als sein Vorgänger, werden auch die Personalstrukturen reformiert: Habilitierte Wissenschaftler werden zu „Oberassistenten“, Beamten auf Zeit, dafür soll „über kurz oder lang“ der C-3-Professor aus den wissenschaftlichen Hochschulen verschwinden. Die wissenschaftlichen Assistenten werden wieder an einen betreuenden Professor „angebunden“. Über die jeweilige Zeitverlängerung des Vertrages wird allerdings im Gegensatz zur alten Ordinarien-Universität die Fakultät entscheiden.

Gefahr der Überalterung scheint gebannt

Von H. R. KARUTZ

Berlin, dein Gesicht hat Sommerbrosen“, summt es in einem Schlager. Nun hat Berlin auch wie der Jugend. Die jüngsten Zahlen und Trends sprechen dafür, daß von einer „Überalterung“ keine Rede mehr sein kann. Aber nicht nur der Ausländerzufluss – 260 000 – seit Beginn der siebziger Jahre verbesserte den „Lebensbaum“. Die Deutschen bekommen mehr Kinder, und sie bleiben.

Alle Vierteljahre lassen sich jetzt 1000 Deutsche mehr an der Spree nieder als die Stadt verlassen. „Hier schlägt sich nieder, wie die Attraktivität der Stadt nach der Phase des Niedergangs und der depressiven Stimmung von 1981 angestiegen ist“, kommentiert Stadtplanungssenator Horst Vetter (FDP) die Lage. Schlag auch die Union, als sie noch auf den Oppositionsbänken saß, wegen der unter die magische Zwei-Millionen-Grenze gesunkenen Einwohnerzahl die Hände über dem Kopf zusammen – heute liest sich manches anders.

So sagen die Prognostiker voraus, daß 1990 im Westteil Berlins mindestens 1,84 Millionen Menschen leben werden. Noch vor einigen Jahren rechneten skeptische Statistiker hoch, es würden nur noch 1,75 Millionen sein. Heute leben in West-Berlin 1,95 Millionen Bürger.

„Wir haben eindeutig den Trend zur Abwanderung aus Berlin gerade

bei jüngeren Familien gestoppt“, stellt Vetter fest. Die durch den von der FDP geduldeten Senat Richard von Weizsäcker eingeleitete psychologische Stabilisierung der Stadt wirkte sich schon 1983 aus: „In diesem Jahr hatten wir zum ersten Mal seit langer Zeit wieder einen positiven Wanderungssaldo bei den Deutschen – es kamen mehr als fortzogen“, weist der Fachsenator nach.

Ein Experte aus dem Statistischen Landesamt bekräftigt dies: „Von einer Überalterung Berlins kann keine Rede mehr sein.“ Früher galt es als Faustregel, daß jeder vierte Berliner

älter als 65 Jahre sei. „Inzwischen ist dieser Anteil um ein bis zwei Prozentpunkte zurückgegangen“, berichtet Vetter. „Die Alterspyramide der Stadt normalisiert sich.“ Auch ihm wäre es angenehmer, mehr gesichertes Datenmaterial über die Entwicklung der Einwohnerstruktur zu besitzen: „Aber die letzte Volkszählung liegt nun einmal schon 14 Jahre zurück.“

Einige Gründe für Berlins jüngstes Gesicht liegen darin: Die Berlinerinnen bekommen wieder mehr Kinder. Mit nur 16 500 Geburten bildete 1977 den Tiefstand. 1983 kamen 18 000 Kinder zur Welt.

Die deutschen Frauen in Berlin haben in der Geburtenhäufigkeit gegenüber den Frauen von Ausländern aufgeholt. Vor allem bei den 20- bis 35-jährigen gibt es seit 1974 einen deutlichen Aufwärtstrend.

Die Verjüngung geht auch auf die rund 4000 „DDR“-Zuwanderer zurück, die seit dem Frühjahr in den anderen Teil der Stadt kamen und hier aus Verbundenheit zu Berlin blieben.

Wegen der vorzüglichen Ausbildungsmöglichkeiten an Fachschulen, Akademien und Hochschulen verzeichnet Berlin bei den 18- bis 25-jährigen Deutschen ebenfalls einen hohen Zuwachsgewinn.

Die Werbekampagnen des Senats bei jungen Arbeitnehmern aus dem übrigen Bundesgebiet, die mit ihren Familien in Berlin Fuß fassen, brachten in den siebziger Jahren jährlich 10 000 Neu-Bürger in die Stadt.

Trotz dieser günstigen Entwicklung signalisieren einige Punkte weiterhin Probleme! In den mittleren Jahrgängen ist die Abwanderungsquote, bedingt durch die besseren Karrierechancen im Westen, immer noch hoch. Familien mit Kleinkindern, die ins übrige Bundesgebiet ziehen, geben als Motive an, sie seien mit den Wohn-, Nachbarschafts- und Umweltverhältnissen in Berlin nicht zufrieden.

Da Berlin weder im Denken, Handeln oder Fühlen vom gesellschaftli-

chen Umfeld der Bundesrepublik abgehängt lebt, macht sich natürlich auch hier die geringe Bereitschaft der Deutschen insgesamt bemerkbar, mehr als die typische Ein- oder Zwei-Kind-Familie zu schaffen. Der absolute Negativ-Rekord der Bundesrepublik bei den Geburten trägt sich in Berlin, dem der natürliche Zuzug aus dem Umland fehlt, noch schärfer aus.

Der liberale Senator sieht das Heil gegen eine solche Entwicklung nicht in Anreizen à la Familiengeld allein: „Wir müssen die Gewißheit vermitteln, in einer Stadt zu wohnen, in der es sich wieder lohnt zu leben. Dazu gehört eben auch ein Stück Heimatgefühl, das wachsen muß.“ Dieses Wohlfinden sei nur durch ein Geflecht vieler Dinge erreichbar: „Das erstreckt sich eben vom kulturellen Angebot bis zur schnellen, wiederbelebten S-Bahn bis hin zu sauberer Luft, gesunden Wäldern in den Ausflugsgebieten, attraktiven Arbeitsplätzen, Aufstiegschancen und guten Möglichkeiten, die Freizeit zu verbringen.“

Der Seitenblick des Senats auf Ost-Berlin, wohin jährlich 10 000 Zuwanderer aus der „DDR“-Provinz strömen, ist nicht voller Neid: „Nein, es ist gut, daß Ost-Berlin nicht abstrakt, sondern ebenfalls seine Anziehungskraft steigert. Sonst droht die Gefahr, daß die beiden Stadthälften weiter auseinanderfallen.“

Der Senat gab schon in einem sehr frühen Stadium zu erkennen, daß er auf die vorhandenen Akademien der Wissenschaft in München, Düsseldorf, Göttingen, Heidelberg und Mainz selbstverständlich Rücksicht nehmen wolle. Im Vordergrund stehe nicht die Frage, eine weitere Akademie in Deutschland zu begründen, sondern eine Institution zu schaffen, die sich neuen Feldern zuwendet. Um nicht politische Diskussionen und Verwicklungen heraufzubeschwören, oder Ost-Berliner Eifersüchteleien gegenüber dem neuen westlichen „Konkurrenten“ aufkommen zu lassen, gab es offenbar inoffizielle Kontakte nach Ost-Berlin.

Die neue Einrichtung soll auch zukunftsweisend in dem Sinne arbeiten, daß technologische Entwicklungen, die Europa bisweilen erst bemerkt, wenn sie in Japan oder den USA schon den Markt beherrschen, in der Alten Welt „vorausgedacht“ werden.

Als Ort der Zusammenkünfte und der wissenschaftlichen Arbeit hat der Senat das kriegszerstörte Gebäude der früheren, heute nur noch in Teilen genutzten italienischen Botschaft im Auge. Sie liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zur alten japanischen Botschaft, die – wie berichtet – zu einer europäisch-fermentischen „Denkfabrik“ ausgebaut wird. Hier wie dort sind Wiederaufbaukosten von 30 bis 35 Millionen Mark realistisch.

Kewenig hat inzwischen einen Gründungsausschuß mit 14 Mitgliedern berufen. Als Vorsitzender fungiert der wissenschaftliche Direktor des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik in München, Professor Klaus Pinkau. Zu den Gründungsmitgliedern der Akademie gehört unter anderem der Chemiker Professor Manfred Eigen (Göttingen), der 1987 den Nobelpreis erhielt.

Die Stadt schickt sich an, auch ihren früheren Ruf als „Hauptstadt der Wissenschaften“ in Deutschland wiederzugewinnen. Heute und morgen tritt der Gründungsausschuß für eine „Akademie der Wissenschaften“ an der Spree zusammen. Die Idee stammt von Wissenschaftssenator Professor Wilhelm Kewenig. Noch in der Weizsäcker-Ära wurde beschlossen, diese Institution zum 750. Geburtstag Berlins 1987 einzurichten.

Die Vorstellung, ein Pendant zur „Akademie der Wissenschaften“ in Ost-Berlin zu schaffen, die sich als Erbe der alten Preussischen Akademie versteht, war bereits in den siebziger Jahren erörtert worden. Damals plädierte vor allem führende Mitglieder der „Berliner Wissenschaftlichen Gesellschaft“ dafür, ein solches Unternehmen aufzubauen. Damals stand allerdings eine bessere Bündelung der Ausstrahlungskraft des wissenschaftlichen Berlin und eine „günstigere „Präsenz“ dieser wichtigen Seite der Stadt in Bonn im Vordergrund.

Die politische Parität glaubten WDR-Redakteur Hans Hübner und Moderator Rüdiger Lenz durch die Zuzählung einer Vertreterin der amerikanischen Organisation Freedom House sowie des pakistanischen Diplomaten Elaz Mohammed Khan von der UNO-Botschaft seines Landes in New York gewährleistet. Die Amerikanerin Rosanne Klass und der Pakistani schlugen sich im verbalen Schlagabtausch mit den Kontrahenten von Tass und Karmal-Regime wacker, doch wiederholt wurde ihnen das Wort abgeschnitten.

Der Sowjet-Journalist konnte unwidersprochen behaupten, die Sowjetunion helfe dem überfallenen Afghanistan mit Getreide, Strom, Erdöl und vielem anderem. Von Greueln, Verfolgung und Ausrottung von Hunderttausenden von Afghanen durch seine sowjetischen Landsleute wußte er nichts, wohl aber von dem „unerklärten Krieg von Pakistan aus gegen das Volk von Afghanistan“. Erst müsse die bewaffnete Einschüßung von außen aufhören, dann

erst könne an einen Abzug der Roten Armee aus Afghanistan gedacht werden, weil dann „die Argumente entfallen, die seinerzeit Afghanistans Regierung veranlaßten, uns um Hilfe zu bitten“.

In die gleiche Kerbe schlug Qadiry. Die Ausbildungslager für „Rebellen“ und „Banditen“ auf pakistanischem Boden müßten geschlossen werden, forderte er. Selbst als er behauptete, Pakistan schicke unter dem Druck der USA afghanische Rebellen über die Grenze, die mit amerikanischen und chinesischen Waffen ausgerüstet seien, wurde er nicht berichtet.

Rosanne Klass konterte über Satellit, die Sowjetunion denke nicht an Truppenabzug, sondern sei dabei, das besetzte Land in einen Satelliten des kommunistischen Imperiums zu verwandeln. Die sowjetische Behauptung, die Regierung in Kabul habe sie 1978 um Hilfe gebeten, bedachte der pakistanische Diplomat Khan mit Hohn. Das sei leicht zu widerlegen, denn die Sowjets hätten nach der Invasion als erstes die Regierung eliminiert, die sie angeblich zu Hilfe gerufen habe...

Beim Informationsbüro der afghanischen Mudschahedin in Bonn-Babeln liefen am Montag viele empörte Landsleute und auch Deutsche an. Alle Anrufer bezeichneten die Sendung als „tendenziös“, „unerträgliche kommunistische Propaganda“ und des freiheitlichen Systems in der Bundesrepublik unwürdig. Abdul Karim Mohajirzad vom Informationsbüro sagte zur WELT: „Von dem Opfern, dem Blut und dem Tod der freiheitsliebenden Afghanen war keine Rede, dafür um so mehr von den Argumenten und Rechtfertigungen von Sowjetunion und Karmal-Regime.“

Die CDU-Bundespartei hat für den internen Gebrauch die jüngsten demoskopischen Erhebungen über die Wahlaussichten in Berlin, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen zusammengefaßt. Danach verfügen in Berlin die SPD und die Alternativen zusammen noch über eine rechnerische Mehrheit, obwohl der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) auf eine steigende Sympathie bei den Berlinern bauen kann. Im Saarland hat Ministerpräsident Zeyer (CDU) gute Chancen, mit der FDP Oskar Lafontaine von der SPD zu schlagen. Dürster sieht es für die CDU allerdings in Nordrhein-Westfalen aus, wo die FDP bislang nur mit drei Prozent veranschlagt wird.

Das EMNID-Institut hat bei einer Umfrage im September/Oktober für Berlin folgende Parteienstärke ermittelt: CDU 46 Prozent, SPD 35, FDP 4 und Grüne/Alternative 15 Prozent. Das würde bedeuten, daß die SPD und die Alternativen über eine rechnerische Mehrheit verfügen könnten.

Allerdings, und dies stimmt die CDU hoffnungsvoll, wächst bei den Berlinern das Einverständnis mit der Politik des Regierenden Bürgermeisters Diepgen. Während die Zustimmung zu Diepgens Politik im Herbst 1983 noch 51 Prozent betrug, waren es im Herbst 1984 bereits 59 Prozent. Auch im direkten Vergleich zu dem SPD-Spitzenkandidaten Hans Apel schneidet Diepgen gut ab: Bei der Frage nach dem „liebsten Regierenden Bürgermeister“, hat sich das Verhältnis Diepgen/Apel zugunsten des Regierenden Bürgermeisters umgekehrt. Heute favorisieren 51 Prozent Eberhard Diepgen und nur 44 Prozent Hans Apel. Noch im Frühjahr dieses Jahres war das Verhältnis exakt umgekehrt.

Im Saarland wird die Wiederverwahl der CDU/FDP-Regierung immer wahrscheinlicher, heißt es in dem Papier der CDU-Führung. Nach Umfragen des IPOS-Instituts (persönlich mit der Forschungsgruppe Wahlen) aus dem Oktober ergeben sich im Saarland folgender Stand: CDU 43,9 Prozent, SPD 43,4, FDP 5,1 und Grüne 6,6 Prozent. Entscheidend in diesem sich abzeichnenden Kopf-an-Kopf-Rennen könnte sein, daß die Koalitionspartner CDU und FDP mit ihren Spitzenkandidaten Ministerpräsident Zeyer und Wirtschaftsminister Rehberger – entgegen landläufiger Pressemeinung – deutliche Vorteile gegenüber der SPD mit Lafontaine haben. Zeyer und Rehberger würden von den Wählern „deutlich besser“ eingeschätzt, als der SPD-Spitzenkandidat. Die steigende Einschätzung Lafontaines durch die Wähler der Grünen geht zudem einher mit einer abnehmenden Zustimmung bei den typischen Wählern der SPD im Saarland. Bei der Frage, welcher Ministerpräsident gewünscht werde, führt Zeyer mit einem Vorsprung von zehn Prozent vor Lafontaine.

In Nordrhein-Westfalen liegt die SPD vor der CDU. Nach EMNID von Oktober ergibt sich hier folgendes Bild: CDU 42/43 Prozent, SPD 43/44 Prozent, FDP 3 und Grüne 10/12 Prozent. Gründe dafür werden in dem CDU-Papier nicht genannt.

Die FDP „zeige ein problematisches Erscheinungsbild“. Dennoch komme die Partei auf Bundesebene, „dort wo die FDP in den Augen der Bürger eine Funktion hat, nämlich die Regierungsbildung zu ermöglichen, bei der Zweitstimme deutlich über fünf Prozent“, heißt es in dem Papier. „Die Regierungskoalition könnte auch heute bei einer Wahl die klare absolute Mehrheit der Stimmen erhalten (rund 52 Prozent).“

Py. Düsseldorf

In der Bundeswehr ist es im Verlauf der Auseinandersetzungen um die Raketenstationierung zu einer neuen Identifikation mit der parlamentarischen Demokratie und dem westlichen Bündnis gekommen. Das hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner beim Jahresempfang der Wehrbereichsverwaltung III in Düsseldorf erklärt. „Wir haben diese Zeit gut bestanden, wenn auch noch nicht überstanden“, sagte er.

Es gebe keine Unsicherheit und keine Selbstzweifel mehr, sondern im Gegenteil neues Selbstvertrauen und neues Selbstbewußtsein. Auch in der Bevölkerung hat nach Ansicht Wörners die zeitweise Angstpsychose nachgelassen, weil rechtzeitig das Richtige im Interesse der Sicherheit getan worden sei. Der Sowjetunion sei es weder gelungen, einen Keil in die Bevölkerung zu treiben, noch die westliche Allianz zu spalten.

Im Hinblick auf den Abbau von bereits tausend Nuklearwaffen durch die NATO sagte Minister Wörner, parallel dazu müsse jedoch die konventionelle Leistungskraft erhalten werden. Ohne Erhöhung der Grundwehrdienstzeit und Zuzählungen im persönlichen wie im finanziellen Bereich an die Bevölkerung seien die alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik kaum zu halten.

Gute Chancen für CDU an Saar und in Berlin

ms. Bonn

Die CDU-Bundespartei hat für den internen Gebrauch die jüngsten demoskopischen Erhebungen über die Wahlaussichten in Berlin, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen zusammengefaßt. Danach verfügen in Berlin die SPD und die Alternativen zusammen noch über eine rechnerische Mehrheit, obwohl der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) auf eine steigende Sympathie bei den Berlinern bauen kann. Im Saarland hat Ministerpräsident Zeyer (CDU) gute Chancen, mit der FDP Oskar Lafontaine von der SPD zu schlagen. Dürster sieht es für die CDU allerdings in Nordrhein-Westfalen aus, wo die FDP bislang nur mit drei Prozent veranschlagt wird.

Das EMNID-Institut hat bei einer Umfrage im September/Oktober für Berlin folgende Parteienstärke ermittelt: CDU 46 Prozent, SPD 35, FDP 4 und Grüne/Alternative 15 Prozent. Das würde bedeuten, daß die SPD und die Alternativen über eine rechnerische Mehrheit verfügen könnten.

Allerdings, und dies stimmt die CDU hoffnungsvoll, wächst bei den Berlinern das Einverständnis mit der Politik des Regierenden Bürgermeisters Diepgen. Während die Zustimmung zu Diepgens Politik im Herbst 1983 noch 51 Prozent betrug, waren es im Herbst 1984 bereits 59 Prozent. Auch im direkten Vergleich zu dem SPD-Spitzenkandidaten Hans Apel schneidet Diepgen gut ab: Bei der Frage nach dem „liebsten Regierenden Bürgermeister“, hat sich das Verhältnis Diepgen/Apel zugunsten des Regierenden Bürgermeisters umgekehrt. Heute favorisieren 51 Prozent Eberhard Diepgen und nur 44 Prozent Hans Apel. Noch im Frühjahr dieses Jahres war das Verhältnis exakt umgekehrt.

Im Saarland wird die Wiederverwahl der CDU/FDP-Regierung immer wahrscheinlicher, heißt es in dem Papier der CDU-Führung. Nach Umfragen des IPOS-Instituts (persönlich mit der Forschungsgruppe Wahlen) aus dem Oktober ergeben sich im Saarland folgender Stand: CDU 43,9 Prozent, SPD 43,4, FDP 5,1 und Grüne 6,6 Prozent. Entscheidend in diesem sich abzeichnenden Kopf-an-Kopf-Rennen könnte sein, daß die Koalitionspartner CDU und FDP mit ihren Spitzenkandidaten Ministerpräsident Zeyer und Wirtschaftsminister Rehberger – entgegen landläufiger Pressemeinung – deutliche Vorteile gegenüber der SPD mit Lafontaine haben. Zeyer und Rehberger würden von den Wählern „deutlich besser“ eingeschätzt, als der SPD-Spitzenkandidat. Die steigende Einschätzung Lafontaines durch die Wähler der Grünen geht zudem einher mit einer abnehmenden Zustimmung bei den typischen Wählern der SPD im Saarland. Bei der Frage, welcher Ministerpräsident gewünscht werde, führt Zeyer mit einem Vorsprung von zehn Prozent vor Lafontaine.

In Nordrhein-Westfalen liegt die SPD vor der CDU. Nach EMNID von Oktober ergibt sich hier folgendes Bild: CDU 42/43 Prozent, SPD 43/44 Prozent, FDP 3 und Grüne 10/12 Prozent. Gründe dafür werden in dem CDU-Papier nicht genannt.

Die FDP „zeige ein problematisches Erscheinungsbild“. Dennoch komme die Partei auf Bundesebene, „dort wo die FDP in den Augen der Bürger eine Funktion hat, nämlich die Regierungsbildung zu ermöglichen, bei der Zweitstimme deutlich über fünf Prozent“, heißt es in dem Papier. „Die Regierungskoalition könnte auch heute bei einer Wahl die klare absolute Mehrheit der Stimmen erhalten (rund 52 Prozent).“

Py. Düsseldorf

In der Bundeswehr ist es im Verlauf der Auseinandersetzungen um die Raketenstationierung zu einer neuen Identifikation mit der parlamentarischen Demokratie und dem westlichen Bündnis gekommen. Das hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner beim Jahresempfang der Wehrbereichsverwaltung III in Düsseldorf erklärt. „Wir haben diese Zeit gut bestanden, wenn auch noch nicht überstanden“, sagte er.

Es gebe keine Unsicherheit und keine Selbstzweifel mehr, sondern im Gegenteil neues Selbstvertrauen und neues Selbstbewußtsein. Auch in der Bevölkerung hat nach Ansicht Wörners die zeitweise Angstpsychose nachgelassen, weil rechtzeitig das Richtige im Interesse der Sicherheit getan worden sei. Der Sowjetunion sei es weder gelungen, einen Keil in die Bevölkerung zu treiben, noch die westliche Allianz zu spalten.

Im Hinblick auf den Abbau von bereits tausend Nuklearwaffen durch die NATO sagte Minister Wörner, parallel dazu müsse jedoch die konventionelle Leistungskraft erhalten werden. Ohne Erhöhung der Grundwehrdienstzeit und Zuzählungen im persönlichen wie im finanziellen Bereich an die Bevölkerung seien die alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik kaum zu halten.

Selbstbewußtsein in der Bundeswehr ist gewachsen

Py. Düsseldorf

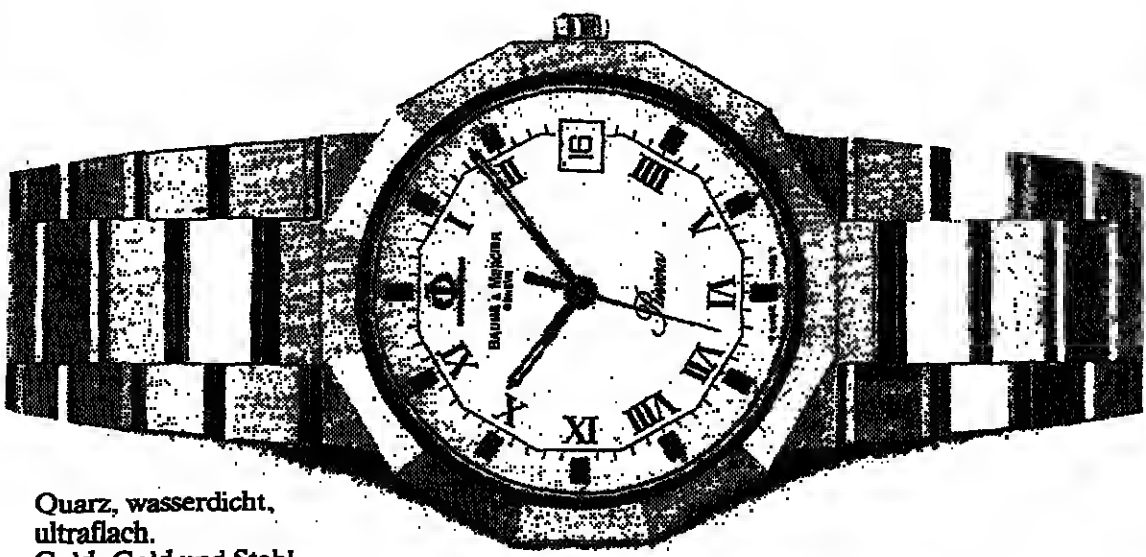
In der Bundeswehr ist es im Verlauf der Auseinandersetzungen um die Raketenstationierung zu einer neuen Identifikation mit der parlamentarischen Demokratie und dem westlichen Bündnis gekommen. Das hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner beim Jahresempfang der Wehrbereichsverwaltung III in Düsseldorf erklärt. „Wir haben diese Zeit gut bestanden, wenn auch noch nicht überstanden“, sagte er.

Es gebe keine Unsicherheit und keine Selbstzweifel mehr, sondern im Gegenteil neues Selbstvertrauen und neues Selbstbewußtsein. Auch in der Bevölkerung hat nach Ansicht Wörners die zeitweise Angstpsychose nachgelassen, weil rechtzeitig das Richtige im Interesse der Sicherheit getan worden sei. Der Sowjetunion sei es weder gelungen, einen Keil in die Bevölkerung zu treiben, noch die westliche Allianz zu spalten.

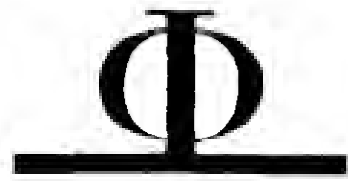
Im Hinblick auf den Abbau von bereits tausend Nuklearwaffen durch die NATO sagte Minister Wörner, parallel dazu müsse jedoch die konventionelle Leistungskraft erhalten werden. Ohne Erhöhung der Grundwehrdienstzeit und Zuzählungen im persönlichen wie im finanziellen Bereich an die Bevölkerung seien die alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik kaum zu halten.

Piriviera®
-exklusiv-

in führenden
Uhren- und Juwelier-
Fachgeschäften



Quarz, wasserdicht,
ultraflach.
Gold, Gold und Stahl
oder ganz in Stahl.
Für Damen und Herren.



BAUME & MERCIER

GENEVE
1830

„Ost-Berlin hat es selbst in der Hand“

Von HEINRICH LUMMER

Ost-Berlin wendet sich an die falsche Adresse, wenn es von der Bundesrepublik Deutschland zusätzliche Anerkennung verlangt, indem es die Respektierung einer „DDR“-Staatsbürgerschaft fordert. Die „DDR“ hat es selbst in der Hand, ihrem Teil Deutschlands ein Stück mehr innere Souveränität, Stabilität zu verleihen. Sie braucht ihren Bürgern nur ein größeres Maß an individuellem Spielraum und Freizügigkeit und Informationsmöglichkeiten zu gewähren. Eine Politik der Abgrenzung Mauer ist eine Politik der Schwäche.

Durch ein höheres Maß an Durchlässigkeit und Flexibilität könnte die „DDR“ mehr innere Souveränität und Stabilität erhalten. Dieser Mangel an innerer Stabilität, die Verweigerung wichtiger Menschenrechte, ist der Grund für jene historische einmalige Einmauerung, die nicht die Gegner von außen abwehren soll, sondern die eigenen Bürger einschließt. Insofern ist die Mauer das Symbol für ungelöste Fragen, die im Kern weit über die nationale Frage hinausgehen. Deshalb erscheint ein ständiger Streit um die offene deutsche Frage falsch und überflüssig. Für einen Berliner stellt sich der Sachverhalt ganz einfach dar: Die deutsche Frage ist offen, solange das Brandenburger Tor geschlossen ist.

Die fehlende Identifizierung der Menschen mit der SED-Administration ist eine Folge ideologischer Borniertheit und ständiger Reglementierung. Honeckers Hemmungen, seine eigene und die Reiselust seiner Bürger zu befriedigen, behindert letztlich sogar ein Stück innerer Stabilisierung der „DDR“. Mit weniger Berührungängsten vor

uns gäbe es in der „DDR“ nicht nur ein höheres Maß an Leistungsbeziehung und Lebensstandard, sondern auch ein höheres Maß politischer Stabilität.

Und es wäre doch ein Gebot geschichtlicher Gerechtigkeit, den Menschen drüben, die Deutsche wie wir sind, unverändertmaßen in eine weit schwierigere Lebenslage hineingeboren wurden, das gleiche Maß an materieller wie ideeller Selbstverwirklichung zuzubilligen. Über die Feiertage hinaus, die gerade in Berlin - Festtage innerdeutscher Zusammengehörigkeit sind, müssen wir die Ungleichbehandlung von Deutschen in Deutschland zu unserer Gewissensfrage machen. Das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, für das sich unsere kritische Jugend engagiert, müssen wir doch zuallererst unseren Landsleuten in der „DDR“ zugestehen.

Wenn wegen der obwaltenden Umstände eine Realisierung dieser Menschenrechte derzeit nicht möglich ist, so sollten wir dennoch das Ziel nicht aus den Augen verlieren und alles zieldienlich fördern, was geeignet ist, das Verbindende in Kultur, Wissenschaft und Sport zu erhalten und zu pflegen. Hier bedarf es nicht mal neuer komplizierter Konferenzen. Der Art. 7 des Grundgesetzes bietet genügend bisher ungenutzte Chancen und Möglichkeiten des Zusammenwirkens auf den verschiedensten Gebieten. Insbesondere auf den Gebieten des Umweltschutzes, der Kommunikation im Bereich von Technik, Verkehr und Druckerzeugnissen. Die „DDR“ gewönne durch eine konstruktive, auf Kooperation ausgerichtete Politik zusätzliches Vertrauen im Innern wie international.

Situation der Katholiken in CSSR bedrohlich

dpa/AP, München

Eine Dokumentation zur „bedrohlichen Situation der katholischen Kirche in der CSSR“ hat gestern das Sozialwerk der Ackermann-Gemeinde vorgelegt. Die Dokumentation wurde als ein „umfassendes Dokument menschenrechtswidrigen Vorgehens der kommunistischen Regierung der Tschechoslowakei gegen Personen und Einrichtungen der Kirche“ bezeichnet. Die Broschüre mache deutlich, daß in der Tschechoslowakei die Unterdrückung der Glaubensfreiheit von allen Unterdrückungsarten am perfekten ausgebaut werde, sagte der Präsident der Ackermann-Gemeinde, Josef Stügel. Mit einem Appell wandte sich der Prager Benediktiner-Abt Anastas Opasek an die Regierung der CSSR. Zur Zeit dürften etwa 400 Priester nicht ihrer Berufung ausüben, die Gläubigen seien verschiedenen Repressalien ausgesetzt, Verhaftungen und Verbote hätten zugenommen. Besonders stark sei der Druck auf gläubige Jugendliche und Studenten. In der CSSR herrsche „Christenverfolgung“.

Ost-Berlin soll Hürden abbauen

IrK, Berlin

Berlins DGB-Chef Michael Pagels brachte bei einem Treffen mit dem FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch in Ost-Berlin den Abbau der bürokratischen Hürden vor Besuchern von West-Berlinern in die „DDR“ gehörenden Erholungsstätten rings um die Stadt zur Sprache. Außerdem wurden die enormen Umweltbelastungen der Berliner durch den Schweißaustausch der „DDR“-Kraftwerke und neue Chancen für verstärkte Einkäufe der „DDR“ bei Westberliner Herstellern erörtert. Dies teilte Pagels gestern in einem Gespräch mit dem Sender Freies Berlin mit. Er sagte, er habe seinen Gesprächspartner im Verlauf des mit zweieinhalb Stunden ungewöhnlich langen Treffens erklärt, es sei auf Dauer unzumutbar, wenn die West-Berliner erst nach einem zeitraubenden Antragsverfahren in die Umgebung Berlins fahren könnten. Nicht nur der Berliner DGB, dem die andere Seite seit langem nicht mehr die Zugehörigkeit zum Bundes-DGB bestritt, sondern auch die Berliner Sozialdemokraten setzten ihre Gesprächskontakte mit Ost-Berlin fort. An einer erneuten Begegnung - diesmal in West-Berlin - nahm ZK-Mitarbeiter Gunter Retzner, engster Mitarbeiter des deutsch-landpolitischen Experten Honeckers, Professor Herbert Häber, teil.

Die Welt (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar \$65.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„SPD hat auch nationale Pflicht“

Willy Brandt lehnt ein nur parteitaktisches Vorgehen in der Ostpolitik ab

PETER PHILIPPS, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sieht Anzeichen dafür, daß sich in den Hauptstädten des Warschauer Paktes für das Ost-West-Verhältnis „etwas zusammenbraut“. In Sofia, Warschau und Prag gebe es ebenso wie in Ost-Berlin Indikatoren, daß dies „nicht mit der Quatsch-Diskussion um Revanchismus“ getan sei. Auch seine Gespräche mit östlichen Besuchern in den vergangenen Tagen hätten ihn in seinen Sorgen bestärkt. In diesem Zusammenhang warf der SPD-Chef der jetzigen Bundesregierung „eine nicht hinreichende Berücksichtigung“ dessen vor, „was östlich von uns im Spiel ist“. Er sprach von einem „erheblichen Mangel an Einfühlungsvermögen“ auch darin, was zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie der Sowjetunion an Faktoren eine Rolle spiele.

Natürlich, sagte Brandt, dürfe die SPD nicht dem Verdacht aussetzen, „als wüsche sie nicht wirkliche Fortschritte“. Sie mache deshalb „eigene Erkundungen“ beispielsweise über die Gesprächsgruppen, die von der Bundestagsfraktion mit Moskau, Warschau und Ost-Berlin vereinbart worden seien. „Auch als Opposition kann die SPD sondierend und klärend einiges vorbereiten.“ Die Ergeb-

nisse würden, wenn diese es wolle, auch der Bundesregierung zur Verfügung gestellt und zugute kommen: „Man darf politisch nicht alles unter taktischen Gesichtspunkten tun.“ Eine große Partei, wie die SPD, habe auch „eine nationale Pflicht, egal wer Regierung oder Opposition ist“.

In diesem Zusammenhang bekräftigte der SPD-Vorsitzende auch seine Überzeugung, daß es zwar keinen Anlaß für eine Große Koalition gebe, die beiden „großen Parteien aber miteinander in Tüchtelei bleiben“ müßten, nicht nur in Fragen der Außen- oder Deutschland-Politik.

Er unterstrich, daß sich die Entscheidung, „wer in zwei Jahren regiert, nach allem, was man heute sieht, nicht außenpolitisch entscheiden“ werde. Es werde auf die beiden Felder entscheidend ankommen, „in welchem Maße die bescheidensten Ansprüche an soziale Gerechtigkeit und Sicherheit“ erfüllt würden, sowie auf die Frage, „wie aktive Beschäftigungspolitik in Gang gesetzt und hinterher ablesbar wird“. Die SPD-Vorschläge zu einem Programm Arbeit und Umwelt sowie zur ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft seien deshalb auch keine „Phrasen“.

Was aus den Grünen wird, sei je-

denfalls nicht „mein erstes Sorgenkind“. Das Jahr 1984 habe jedenfalls sowohl eine „beginnende Enttaubung der Wende“, als auch ein „Stück Desintegration der Grünen“ gebracht, „bevor diese richtig zusammengefunden haben“. Bei aller Diskussionsbereitschaft sei aber die SPD „keine Mauer, an der jeder sein Bein hochheben kann“, und auch „nicht geneigt, sich über längere Zeit als Watschermann behandeln zu lassen“. Eher sei seine Partei dann „die Eiche, an der sich manche reiben dürfen“. Dazu gehöre auch, daß sie sich nicht für die „Umweltpolitik der feinen Leute“ erwärmen werde, „die noch nie einen Betrieb von innen gesehen haben“.

Brandt verbreitete - entgegen früheren Äußerungen - einen gewissen Optimismus über die unmittelbaren Chancen der Bundes-SPD: Im kommenden Jahr bereits werde „der Abstand zu dem nicht besonders glücklichen Abgang der sozialliberalen Regierung größer sein, das Erblast-Argument immer mehr zum Gähnen bei den Leuten führen“. Und seine Partei werde „nachhelfen“, damit die Leute „ein hübsches deutlicher nachfragen nach der Erfüllung der Versprechen“ der Bundesregierung.

Discovery-Flug beunruhigt Moskau

Technische Überlegenheit der USA / Erster militärischer US-Raumflughug

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die Sowjetunion ist nach Ansicht westlicher Spezialisten tief darüber beunruhigt, daß die Vereinigten Staaten im November vor aller Welt ihre Fähigkeit demonstrieren haben, Satelliten auf ihrer Erdumlaufbahn einzusammeln und nach Amerika zu bringen. Diese Experten sind davon überzeugt, daß der Flug des „Space Shuttle“ Discovery eine der Erklärungen dafür ist, warum sich der Krell schließlich bereit erklärt hat, Anfang Januar in Genf in Vorgespräche über die Wiederaufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen einzutreten.

Der Discovery-Flug habe der Sowjetunion vor Augen geführt, daß Washington jetzt in der Lage sei, so-wjetische Satelliten auf der Umlaufbahn „einzupacken“ und zur Inspektion in die Vereinigten Staaten zu bringen. Die Sowjetunion ist zu Aktionen dieser Art derzeit technisch nicht in der Lage. Darüber hinaus könnten frei neben ihrem „Space Shuttle“ fliegende amerikanische Astronauten in ihren manövrierbaren Raumfahrzeugen an sowjetische Satelliten herankommen und sie unbrauchbar machen. Diese Erkenntnisse haben einen tiefen Eindruck bei den Sowjets hinterlassen.

Discovery, eine der drei amerikanischen Raumfähren, hat Mitte November zum ersten Mal auf ihre vorgesehene Umlaufbahn geratene Satelliten, „Palapa h2“ und „Weststar VI“, eingesammelt und mit zur Erde gebracht. Das einfach erscheinende Unternehmen setzte modernste Techno-

logie voraus, um die Umlaufbahn der in einer mittleren Höhe von 360 Kilometern die Erde umkreisenden Satelliten exakt zu bestimmen. Die um die Erde kreisenden Satelliten der sowjetischen Kosmos-Serie fliegen gewöhnlich in einer durchschnittlichen Höhe von 250 Kilometern. Es sind dies die militärischen Satelliten der Kosmos-Reihe, von denen die Sowjetunion in den letzten acht Wochen 13 in den Raum geschossen hat.

Bisher ist nichts davon bekannt, daß die Amerikaner die Absicht haben könnten, etwa einen sowjetischen Aufklärungssatelliten aus der Umlaufbahn „zu pflücken“, mitzunehmen, zu untersuchen und wenig später wieder „auszusetzen“. Vermutlich würde Washington auch nie etwas darüber verlauten lassen. Allein die Vorstellung, daß dies möglich ist, muß den Sowjets im Urteil westlicher Spezialisten „Schauder den Rücken hinunterjagen“. Die Sowjets würden schwerlich nachweisen können, daß ein Satellit plötzlich fehle. Eine öffentliche Beschwerde über „Satelliten-Diebstahl“ wäre mit schwerem Prestige-Verlust gleichzusetzen.

Moskau arbeitet an einem Raumfahrtprogramm ähnlich wie das amerikanische, liegt jedoch auf diesem Feld etwa acht Jahre zurück. Die erste bemannte sowjetische Raumfähre sollte Anfang 1983 auf dem Rücken eines vierstrahligen, modifizierten „Bison“-Bombers (Mjasischew 4) einen Probeflug machen. Beim Start auf dem Flugfeld Ramenskoye, dem sowjetischen Erprobungs-

zentrum östlich Moskaus, verunglückte das Doppelgeräth, weil der Bomber von der Bahn abkam und stark beschädigt wurde. Erst jetzt ist die Raumfähre nach amerikanischen Beobachtungen wieder auf den Rücken des Bombers gehoben worden. Bis zum ersten Raumflug eines sowjetischen „Space Shuttle“ dürften aber noch einige Jahre vergehen.

Erstmals in der Geschichte der amerikanischen Raumfahrt soll am 23. Januar ein bemanntes Raumschiff mit einem rein militärischen Auftrag in das All starten. Für die Mission, die gestern in einer Pressekonferenz in Washington angekündigt wurde, soll eine der wiederverwendbaren Raumfähren benutzt werden.

Wie westliche Spezialisten betonen, bemühe sich die Sowjetunion, ihrem gesamten Raumfahrtprogramm offiziell technischen Charakter zu geben und seine militärische Bedeutung in Abrede zu stellen, obwohl sie es gewohnt sei, alle Aspekte der Raumfahrt unter militärstrategischen Gesichtspunkten zu sehen. Die Sowjets benutzen rein technische, wertneutrale Ausdrücke für ihre Raumfähre. Militärische Aufklärungssatelliten würden als „Kosmos 1611“ beispielsweise seit am 21. November gestartet worden, mit der Erklärung, er diene Forschungszwecken. Tatsächlich handelt es sich nach amerikanischen Ermittlungen um einen Foto-Satelliten für die militärische Nachrichtengewinnung, was ganz legal sei, von den Sowjets aber verschwiegen werde.

Scharfe Kritik an Gesetz für den WDR

KNA, Düsseldorf

Schwerwiegende rechtliche Bedenken gegen den von der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vorgelegten Entwurf des „Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk (WDR)“ hat die katholische Kirche geltend gemacht. Im Auftrag der Bischöfe von Nordrhein-Westfalen verweist das Katholische Büro darauf, daß die Amtszeit des Rundfunkrates am 28. Februar 1985 endet. Zu Recht seien Zweifel angebracht, ob der Landtag den vorliegenden Gesetzentwurf so rechtzeitig verabschieden könne, daß ein verfassungsmäßiger Rundfunkrat gewählt werden kann. Unter Hinweis darauf, daß die katholische Kirche frühzeitig und mehrfach auf die Notwendigkeit einer entsprechenden Gesetzesänderung hingewiesen habe, verlangt das Katholische Büro, „sich jetzt auf die verfassungsrechtlich notwendigen Änderungen der Vorschriften zu beschränken“. Eine völlige Neufassung

Anzeige

wald

Warum der Wald nicht sterben muß!

Zahes Ringen um Projekte	Im Schongang in die Zukunft
Biotop und Profite	Wachstum, Preise, Umweltschutz
Milliarden für Waschlagen	Was jeder tun kann

Ab sofort NEU an Ihrem Kiosk

des WDR-Gesetzes könne dann immer noch zusammen mit dem von Ministerpräsident Rau angekündigten Mediengesetz erfolgen.

In der Stellungnahme des Katholischen Büros zum Entwurf des WDR-Gesetzes wird festgestellt, daß die vorgesehene Zusammensetzung des Rundfunkrates - nur zwölf von 43 Mitgliedern sollen die „gesellschaftlich relevanten Gruppen“ stellen können - nicht der Verfassungslage entspricht. „Bei einem Stimmanteil von nicht einmal einem Drittel kann von einem effektiven Einfluß der gesellschaftlich relevanten Kräfte“, wie ihn das Bundesverfassungsgericht gefordert hat, „selbstverständlich nicht die Rede sein“, heißt es in der Stellungnahme. Kritisch wird weiter angemerkt, daß die katholische Kirche, der mehr als 50 Prozent der Einwohner Nordrhein-Westfalens angehören und deren Mitglieder „ein umfassendes Bild der Allgemeinheit darstellen“, nur einen Sitz im Rundfunkrat erhalten soll, während beispielsweise die Arbeitnehmerorganisationen insgesamt mindestens sieben Mitglieder stellen können.

Voller Schutz bei Unfällen in „DDR“

AP, Bonn

Berlin-Reisende, die bei einem Verkehrsunfall auf den Transitstreifen verletzt und in Krankenhäusern der „DDR“ behandelt werden, genießen künftig vollen Versicherungsschutz. Wie das Bundesgesundheitsministerium gestern in Bonn mitteilte, haben sich die Krankenkassen bereit erklärt, künftig die von der „DDR“ in Rechnung gestellten Kosten uneingeschränkt zu übernehmen. „Bisher konnte es geschehen, daß Bürger der Bundesrepublik wegen des anderen Berechnungssystems der „DDR“-Krankenhäuser erhebliche Teile der Behandlungskosten selbst übernehmen mußten.“

Bundesgesundheitsminister Blum und Berlins Bundesratssenator Scholz haben das Entgegenkommen der Kassen als einen Beitrag begrüßt, den der Zugang von und nach Berlin so problemlos wie möglich zu gestalten.

Umweltschäden in „DDR“ erheblich

dpa, Berlin

Die Verletzung von betrieblichen Vorschriften und Pflichten führt in der „DDR“ vereinzelt zu beträchtlichen Umweltschäden.

Der Sektorenleiter im Ministerium der Justiz, Heinz Duft, schrieb in der Zeitschrift „Der Schöffe“, es habe in den letzten Jahren zwar nur wenige Strafverfahren wegen Verursachung einer Umweltgefahr gegeben, doch die Folgen bei jeder dieser Pflichtverletzungen seien beachtlich.

So seien aus einer Papierfabrik größere Mengen eines hochgiftigen Stoffes in einen Fluß gelangt, was ein großes Fischsterben verursachte, unter anderem in einer Forellennastanlage. Der Werkleiter und der Technologe des Betriebes seien auf Bewährung zu einem Jahr und zu Schadenersatz in Höhe eines monatlichen Tariflohnes verurteilt worden.

Wissen Sie, warum so viele Bauherren ihre Bauvorhaben mit DePfa-Hypotheken finanzieren?

Weil wir der erfahrene Bankpartner für die Baufinanzierung sind. Rund 700.000 Wohnungen in Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern haben wir schon mitfinanziert. DePfa-Hypotheken bieten jedem Bauherrn viele Vorteile:

Günstige Zinsen, die für einen bestimmten Zeitraum, z.B. bis zu zehn Jahren, fest vereinbart werden können. Damit haben Sie die Gewähr, daß in dieser Zeit Ihre Zinsbelastung nicht steigen kann.

Niedrige Tilgung, in der Regel von 1% jährlich, die Ihre monatliche Belastung gering hält.

Lange Laufzeiten, die bei etwa 25 bis 30 Jahren liegen. In dieser Zeit können nur Sie das Darlehen kündigen, und zwar jeweils zum Ablauf des vereinbarten Zinszeitraumes.

Unbürokratische Abwicklung, die durch einfaches Zusageverfahren, flexible Anpassung an Ihren Finanzierungsbedarf und rasche Teilauszahlungen nach dem Baufortschritt Ihnen die Zusammenarbeit mit uns leicht macht.

Sprechen Sie mit uns über eine vorteilhafte Finanzierung, wenn Sie bauen, kaufen oder modernisieren wollen.

Deutsche Pfandbriefanstalt
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Hauptverwaltung: Paulinenstr. 15
6200 Wiesbaden, Tel. (06121) 34 80
Niederlassungen: Berlin, Essen, Hamburg, Hannover, Kiel, München, Stuttgart

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verzerrter Wettbewerb

„Zur Info“: WELT vom 24. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Urteil über die Zukunft des 1986 laufenden dritten Welttextilabkommens kann aus der Sicht der deutschen Textilindustrie nicht unwidersprochen bleiben.

Wir wissen nicht, woher Sie Ihren Optimismus nehmen, daß die Wachstumsperspektiven sich entscheidend verbessert hätten. Tatsache ist zumindest für die deutsche Textilindustrie, daß die Produktion zwar in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 3,4 Prozent gewachsen ist, nachdem sie aber in den letzten Jahren laufend zurückgegangen ist bzw. stagnierte. Es erscheint durchaus fraglich, ob dieses relativ gute Abschneiden der Produktion in diesem Jahr längerfristig anhalten wird.

Wir glauben auch nicht, daß man bei dem Welttextilabkommen von Schutzwallen sprechen kann, zumindest nicht für die EG und die Bundesrepublik Deutschland, denn die Einfuhr aus den Niedrigpreisländern ist in den letzten Jahren trotz Welttextilabkommens weiter gestiegen, und zwar im Durchschnitt der Jahre 1977-1983 für die gesamte EG um 4,6 Prozent und für die Bundesrepublik Deutschland um 4,3 Prozent pro anno.

Soweit man überhaupt bei dem Welttextilabkommen von einer Rechnung unter dem Strich sprechen kann, so meinte wir, daß das Welttextilabkommen zumindest geholfen hat, chaotische Verhältnisse im Welttextilhandel durch autonome Maßnahmen einzelner Importländer zu vermeiden und auch die Struktur- und Anpassungsprozesse, vor allem im sozialen Bereich, auf ein erträgliches Maß zu strecken.

Dabei darf auch nicht vergessen werden, daß ein Großteil der Niedrigpreisländer den Wettbewerb durch steuerliche Investitionsmaßnahmen und exportfördernde Maßnahmen verzerrt.

Leider haben Sie auch bei der Erwähnung der Gatt-Studie nur eine Seite der vom Gatt aufgezeigten Varianten zitiert, denn das Gatt kommt in dieser Studie auch zu dem Schlußfolgerung, daß bei einem Auslaufen des Welttextilabkommens der Anteil der heimischen Bekleidungsproduktion an dem Verbrauch in den

Importländern zurückgehen wird, daß die Beschäftigung insbesondere in der Bekleidungsindustrie noch schneller zurückgehen wird, weil der Anpassungsdruck Richtung Automation verstärkt wird.

Inwieweit diese negativen Faktoren durch einen erhöhten Export, insbesondere von Garnen und Geweben aus den Industrieländern in die Entwicklungsländer, ausgeglichen werden können, hängt dabei einmal von Preis- und Wettbewerbsfaktoren ab, wohl aber auch entscheidend von der Marktförderung in den Entwicklungsländern, besonders in den Schwellenländern. Leider ist in der Laufzeit des bisherigen Welttextilabkommens in dieser Richtung wenig Entscheidendes passiert.

Mit freundlichen Grüßen
L. Gass,
Gesamtverband der Textilindustrie
in der Bundesrepublik Deutschland,
Frankfurt/M.

Machenschaften

„Bundesrat hinter Blüms Modell“: WELT vom 8. Dezember

Minister Blüm scheint immer noch nicht darüber informiert zu sein, daß einst Arbeitsminister Walter Arendt große Reklame für Nachzahlungen mit Berechnungen auf die Auswirkungen auf die Rente machte.

Da ich als Beamtin nach der Geburt meiner Tochter 1961 aus dem Postdienst ausgeschieden bin, habe ich 1975 - wie sicher auch viele andere - eine fünfstelligen Summe nachbezahlt. Wenn jetzt durch Gesetz meine erworbenen Ansprüche nach dem Ableben meines Mannes reduziert werden sollten, fühle ich mich natürlich betrogen.

Einer privaten Versicherungsgesellschaft würden solche Machenschaften mit Sicherheit von der Versicherungsaufsichtsbehörde untersagt werden, unabhängig davon, ob ein Wechsel in der „obersten Leitung“ stattgefunden hat, aber für den Staat gilt das anscheinend nicht.

Hierüber sollte Minister Blüm einmal nachdenken.

Mit freundlichen Grüßen
L. Fitzner,
Hamburg 61

Gesundheitswesen

Sehr geehrter Herr Jentsch,

Sie berichten interessant über die Finanzierungsprobleme des Gesundheitswesens („das Gesundheitswesen beginnt uns aufzufressen“). Die Formel für die Bundesregierung heißt „mehr Marktwirtschaft im Gesundheitssystem“.

Aber es ist sehr schwierig, damit einen Anfang zu machen. Es ist ja nicht allein die Sozialdemokratie, die in ihrer langen Regierungszeit auf eine geringe Beteiligung der einzelnen Bürger hingewirkt hat. Starke Vorbehalte gegen eine Mitsprache der Bürger bei ihrer gesundheitlichen Betreuung gibt es auch bei den Krankenkassen, hier und da auch bei den Ärzten.

Unsere heutigen Schwierigkeiten kommen auch daher, daß zur Zeit der Entstehung des Gesundheitswesens im 19. Jahrhundert die Verantwortung des Staates für die Volksgesundheit gegeben war. Heute aber ist der Staat viel zu sehr in das Gesundheitswesen einbezogen. Das Gesundheitswesen stellt nämlich inzwischen einen selbständigen Bereich mit so hohen Kompetenzen und mündigen, gut informierten Bürgern dar, daß der Staat sich weitgehend aus diesem Bereich zurückziehen sollte.

Der richtige Weg wäre die Eigenbeteiligung des einzelnen Betroffenen an den Entscheidungen über seine Gesundheit und die Behandlung von Krankheiten. Ihm müßten die finanziellen und therapeutischen Folgen

Wort des Tages

„In der religiösen Welt ist der Verstand nicht oberster Maßstab. Was der Verstand erforschen kann, das soll er auch erforschen, aber es gibt auch Dinge, die sich seiner Wahrnehmung entziehen. Es gibt Geschehnisse, die dem Verstand unverständlich sind. Ihrer sind viel mehr, als wir gemeinhin ahnen.“

Walter Nigg; Schweizer Autor (geb. 1907)

verschiedener Behandlungsmethoden deutlich gemacht werden, so daß er selbst und mit finanziellen Vorteilen für sich entscheiden kann, welche Behandlung er wünscht.

Beim Zahnersatz oder den Brillen zeigt sich ja, daß die Betroffenen sehr wohl rationale Entscheidungen treffen. Der Versicherungsschutz muß sich nicht pauschal auf alle möglichen Gesundheitsrisiken erstrecken. Wenn man aber sieht, welche Widerstände die Selbstbeteiligung der Betroffenen bei der Sozialdemokratie und den Kassen weckt, kann man Zweifel bekommen, ob sich rationale Lösungen durchsetzen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Hermann Kroll-Schlüter, MdB, CDU

Vom Kriegsende

„Alternativen mit Mäkel“: WELT vom 5. Dezember

Solch „ein Kriegsende“, von Siegfried Lenz, hat es nach meinen Kenntnissen nicht gegeben. Aber ein geradezu verblüffend ähnlicher Vorfall hat sich auf einem Boot der Minensuchflotte, welcher ich angehörte, ereignet, ist jedoch im Gegensatz zu Buch und Film völlig anders verlaufen.

Das Boot befand sich nicht auf See, sondern im Hafen. Die Teilkapitulation wurde der Besatzung vom Kommandanten und nicht vom Funkmaat verkündet. Es gab die wildesten Gerüchte, u.a., die Boote würden noch nach Kurland eingesetzt. Als in der Nacht vom 5. zum 6. Mai 1945 Bereitschaft angeordnet wurde, versuchten ein Steuermann und ein Geleiter - genau wie im Film - die Besatzung aufzuwecken, was aber mißlang.

Bei dem anschließenden Verhör in einem Archivraum, in welchem ich als Angehöriger des Unterstabes vorübergehend untergebracht war und somit zum unfreiwilligen Zeugen wurde, beriefen sich die beiden Soldaten auf die Kurland-Gerichte. Es war aber von morgens acht Uhr, dem Beginn der Teilkapitulation, bis zu dieser Stunde kein Auslaßbefehl erteilt worden. Lediglich die auf See befindlichen, verfügbaren Minensuchboote hatten den Befehl erhalten, sofort nach Kurland zu laufen. Ein Einsatz nach Kurland kam der großen Entfernung wegen - es hätte außerdem noch für die Rückfahrt gebunkert werden müssen - überhaupt nicht in Frage.

Nach dem Verhör sollten die beiden Soldaten dem Kriegsgesicht übergeben werden. Das zuständige Marine-Kriegsgericht in Kopenhagen

ließ jedoch dem Flottenchef melden, daß es seine Tätigkeit mit Beginn der Teilkapitulation eingestellt hat. Die beiden Soldaten mußten deshalb das Boot sofort verlassen und wurden den nach Deutschland zurückmarschierenden Besatzungstruppen zugeteilt. Es fanden also weder ein Kriegsgerichtsprozeß noch Todesurteile statt, ganz zu schweigen, hierbei noch von „Mord“ zu sprechen.

Kriegs- und Handelsmarine retteten in den Tagen vom 5. bis 8. Mai 1945 noch weit über hunderttausend Menschen aus Hela und Libau. Das war nur möglich durch Einhaltung der Disziplin. Steuermann und Geleiter waren Einzelschicksale.

Ich war nach der Kapitulation noch zwei Jahre beim Deutschen Minensuchdienst (G.M.S.A.) und kam in dieser Zeit mit Hunderten von Kurlandern aller Minensuch-Flottillen zusammen. Ich habe aber nie etwas von einer Meuterei gehört. Außerdem mußten ab 5. Mai 1945 die Funkprüche im Klartext abgesetzt werden, d.h. nicht mehr verschlüsselt. Ich konnte, was bisher nicht möglich war, die Funkklappe der Flottille mehrfach einsehen. Ein meuterisches Boot auf See wäre aufgefallen, auch den Engländern.

Mit freundlichen Grüßen
H. Deutschmann,
Schweinfurt

Was ist er nun?

„Kirchen, Museen, Grabungspolizei ohne ihre unverwundbaren Hüllen“: WELT-Report vom 24. November

Sehr geehrte Herren,
Ich bin einigermaßen verwirrt. Sie schreiben, der Österreicher... Alfred Prinz zur Lippe...

Irgendwo ist da der Wurm drinnen! Entweder ist der ehrenwerte Sammler Prinz zur Lippe, oder er ist Österreicher. Beides zusammen geht eigentlich nicht.

Dazu als Nachhilfe in Geschichte zwei Jahreszahlen:

• 1919 wurden in Österreich die Adel und die Adelsprädikate abgeschafft, und

• 1945 wurde zwischen Deutschland und Österreich wieder eine Grenze gezogen.

Seit dieser Zeit gelten in Österreich wieder österreichische Gesetze, und ich würde mir wünschen, daß Sie das in gutnachbarlicher Weise respektieren.

Mit freundlichen Grüßen
A. Damm,
Wien

Personalien

EHRUNGEN

In Würdigung seiner langjährigen, hervorragenden Leistungen auf dem Gebiet der Wildfotografie und der damit in Verbindung stehenden Verdienste um die Förderung der jagdlichen Öffentlichkeitsarbeit wurde dem „Altmeister der Wildfotografie“, Julius Behnke, der mit 5000 Mark dotierte Preis für Öffentlichkeitsarbeit 1984 des Deutschen Jagdschutz-Verbandes e.V. verliehen. Julius Behnke, Jahrgang 1919, hat schon zu Zeiten, als die technischen Möglichkeiten noch begrenzt waren, als Meister des Lichtbildes viel Gutes für Wild und Jagd im Bewußtsein der Öffentlichkeit bewirkt. Seit 1965 drehte er drei große Tierfilme in der heimischen Wildbahn mit einer Laufzeit von je 70 Minuten. Die Verleihung erfolgte im großen Bursaal der Generaloberst-Beck-Kaserne in Sonthofen und war mit einer Fotoausstellung „Dokumentation über den Rothirsch“ mit 47 Großfotos des Preisträgers verbunden. Festredner der Veranstaltung, an der rund 1000 Gäste teilnahmen, war Ministerpräsident Dr. Franz Josef Strauß.

Siegfried Lengel, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, ist von der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Lubumbashi in der afrikanischen Republik Zaire zum Ehren doktor ernannt worden. Die Universität würdigte die Verdienste Lengels um die deutsch-zairische Zusammenarbeit. Bis zu seiner Berufung nach Bonn im Oktober 1982 war Siegfried Lengel Geschäftsführer der Hannes-Seidel-Stiftung, die sich mit zahlreichen Projekten in Zaire engagiert hat.

Für seine Verdienste um die Tiermedizin, insbesondere die tierärztliche Lebensmittelwissenschaft und die Geschichte der Veterinärmedizin, verlieh die tierärztliche Hochschule Hannover anlässlich der feierlichen Promotion von 87 Tierärztinnen und Tierärzten dem Oberfeldveterinär a.D. Dr. med. vet. Hanns Martin Wens (Hannover) die Damman-Medaille. Wens ist der tierärztlichen Hochschule Hannover seit Jahrzehnten verbunden. Er hat sich stets darum bemüht, neue wissenschaftliche Erkenntnisse

in die praxisbezogene Tätigkeit einzubringen.

Den mit 15 000 Mark dotierten Preis der Frankfurter Autorenstiftung 1984 erhalten drei Autoren des Kindertheaters und der Kinderneudien. Der Preis geht in diesem Jahr zu gleichen Teilen an den Kindertheater-Autor Wilfrid Grote (München), den Filmautor Arndt Aythe (Frankfurt) und die Hörspielautorin Margarete Jehn (Wormsweide bei Bremen). Mit der Vergabe des Preises möchte die Stiftung nach eigener Darstellung auf einen Kulturbeiz reich aufmerksam machen, der nach einer kurzen Blütezeit Ende der 70er Jahre wieder an öffentlichem Interesse zu verlieren drohe.

Heinrich Alberts erhält 1985 für sein autobiographisches Werk „Bümen für Stukenbrock“ den mit 3000 Mark dotierten Buchpreis des deutschen Verbands evangelischer Buchereien (dveb). Vorschläge für diesen Buchpreis machten Leser aus mehr als zweitausend evangelischen öffentlichen Buchereien, die Entscheidung traf der literarische Beirat des Verbandes.

Seinen „karnevalistischen Verdiensten 1985“ für Aktivitäten im Bereich der inneren Sicherheit, den sogenannten Bullenorden, verleiht der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) dem langjährigen Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Axel Wernitz (SPD). Auf einer Karnevalssitzung des Bundes am 18. Januar in der Stadthalle Bonn/Bad Godesberg soll die Auszeichnung übergeben werden. Der BDK habe mit Wernitz einen seit vielen Jahren im stillen wirkenden Parlamentarier ausgewählt, der sich durch sachliche Arbeit und Entscheidungsfindung auf dem Gebiet der inneren Sicherheit hervorgetan habe, heißt es in einer Mitteilung des Bundes am Montag. Die Laudatio wird der Berliner Bürgermeister und Innensenator Heinrich Lammner als Ordensträger 1984 halten. Den Scherznamen der Auszeichnung, Bullenorden, hatte im August 1983 das Berliner Kammergericht bei der Beurteilung der Frage herangezogen, ob der Ausdruck „Bulle“ für Polizist eine diskriminierende Bezeichnung sei oder nicht.

Woran sind Raucher brennend interessiert?

Am verblüffenden Geschmack bei 0,2/2.

Dieser verblüffende Geschmack wird ermöglicht durch eine besonders gelungene Tabakmischung mit einem hohen Anteil wertvollster Virginia-Tabake.

Die besonders niedrigen Werte werden durch modernste Herstellungsverfahren des Hauses Reemtsma garantiert.

R1. Geschmack, der verblüfft.



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,2 mg Nikotin und 2 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN).

هكذا من النجمل

Peres jetzt für Abzug aller Truppen Israels

AFP, Jerusalem
Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres hat sich erstmals für einen einseitigen vollständigen Truppenrückzug seines Landes aus Südbanonen für den Fall ausgesprochen, daß es bei den gegenwärtigen Militärgesprächen mit Beirut nicht zu einer Einigung kommt. In der Zeitung „Haaretz“ sagte Peres gestern, sollte „eine politisch-militärische Einigung mit Libanon, Syrien und den USA“ nicht zustande kommen, sei er für einen totalen Rückzug der israelischen Streitkräfte auf die internationale Grenze. Er ziehe dieses „Risiko“ Maßnahmen und provisorischen Entscheidungen vor. Bisher hatte der Regierungschef lediglich einen Truppenabzug aus dem westlichen Sektor Südbanons bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Militärpräsenz im Ostsektor gegenüber den syrischen Streitkräften befürwortet.

Afghanen schossen Sowjetflugzeug ab

dpa/rtr, New Delhi/Islamabad
Die afghanischen Widerstandskämpfer haben nach Angaben westlicher Diplomaten erneut ein sowjetisches Transportflugzeug abgeschossen. Dabei sollen über Kabul acht sowjetische Soldaten ums Leben gekommen sein. Bereits Ende Oktober sollen die Mudschariden ein sowjetisches Flugzeug abgeschossen haben, wobei 240 sowjetische Soldaten umgekommen sein sollen.
Die sowjetischen Truppen in Afghanistan haben nach Berichten westlicher Diplomaten seit der vergangenen Woche die Umgebung Kabuls unter Beschuß genommen, um Angriffe der Rebellen zum fünften Jahrestag der sowjetischen Invasion am 27. Dezember zu verhindern. Die Freiheitskämpfer hatten für den Jahrestag mehrere Angriffe auf die Hauptstadt angekündigt.

Iran-Botschaften „Waffen-Schleusen“?

AP, New York
Ein Mitarbeiter der iranischen Botschaft in Bern soll nach Informationen der amerikanischen Zeitschrift „Reader's Digest“ den Sprengstoff besorgt haben, mit dem im Oktober vergangenen Jahres der Anschlag auf die Unterkünfte der US-Marineinfanteristen in Libanon ausgeführt wurde. Der Diplomat habe im Juni 1982 300 Tonnen des hochbrisanten Sprengstoffs Zyklonit in Brüssel erworben, der über Indien nach Libanon gebracht worden sei.
Nach den Angaben des Blattes benutzt Iran seine Botschaften in Bern und Bonn als „Schleusen für Waffen und Sprengstoff“ für Terroraktionen. „Reader's Digest“ beruft sich auf Gespräche mit Geheimdienst- und Antiterrorexperten in den Vereinigten Staaten, Europa und dem Nahen Osten sowie Exiliranern. Sogar Mitarbeiter des Khomeini-Regimes, die über die Brutalität der Teheraner Führung entsetzt seien, „haben unter Gefährdung ihres eigenen Lebens mit uns gesprochen“. Alle Gesprächspartner hätten in der Einschätzung übereingestimmt, daß „die Bedrohung sehr ernst“ sei.

Austritt der Schass-Partei stürzt Likud in ein Dilemma

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem**Die drei Monate alte „Nationale Einheitsregierung“ steckt in ihrer ersten Krise, nachdem der Minister ohne Geschäftsbereich, Rabbi Yitzhak Peretz, zurückgetreten ist, eben weil er keinen Geschäftsbereich erhalten hatte.**
Doch geht es um mehr, und die möglichen Auswirkungen dieses Rücktritts greifen viel tiefer. Die 24 Mitglieder starke Regierung ist eine Große Koalition: Beide Großparteien haben sich auf ein Minimalprogramm geeinigt. Neben den zwei Großblöcken Arbeiterpartei, geführt von Premier Shimon Peres, und Likud, geführt von Außenminister Yitzhak Shamir, sind auch zwei kleine religiöse Parteien vertreten: die national-religiöse Partei an der Seite der Arbeiterpartei und die ultraorthodoxe Partei Schass an der Seite des Likud. Bei den Koalitionsverhandlungen war vereinbart worden, daß eine der beiden Parteien das Innenministerium, die andere das Religionsministerium erhalten soll.
In drei Monaten gelang den beiden jedoch keine Einigung. Sie beriefen sich auch auf Versprechungen der beiden großen Gruppierungen, die zum Teil widersprüchlich waren. So wurde dabei versprochen, und es wurde ihnen überlassen, hier Ordnung zu schaffen. Dies gelang nicht.
Zwar könnte die Regierung auch ohne die beiden religiösen Parteien auskommen. Ihre Mehrheit in der Knesset bliebe überwiegend. Doch denken beide Blöcke an künftige Wahlen und an die Wirkung auf die religiöse Wählerschaft, falls eine religiöse Partei aus der Regierung ausfällt. (SAD)

Londoner Umweltkonferenz hat Fortschritte erzielt

Prinzipien-Katalog deckt alle Gefahrenbereiche ab

WILHELM FURLER, London
Als vollen Erfolg hat der Leiter der deutschen Delegation die erste Umweltkonferenz der westlichen Industrieländer bezeichnet, die in London abgehalten wurde. Es seien beachtliche Fortschritte erzielt worden, an die er vor wenigen Wochen noch nicht zu glauben gewagt habe, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Spranger, vor Journalisten. So ist ein Prinzipien-Katalog aufgestellt worden, der alle Bereiche der Umweltgefahren abdeckt und Grundsätze zu ihrer Bekämpfung und Beseitigung formuliert.
Der Katalog wird den Regierungschefs für den Bonner Weltwirtschaftsgipfel im Mai zugeleitet. Hauptsächliches Anliegen des Katalogs ist die Anerkennung des Vorsorge-Prinzips beim Umweltschutz durch die vertretenen sechs Regierungen sowie die Anwendung des Verursacher-Prinzips bei Umweltbelastungen, was umweltschützende Maßnahmen an der Entstehungsquelle erfordert. Ebenfalls aufgenommen in die Londoner Deklaration wurde die Verpflichtung zu Umwelt-Verträglichkeitsprüfungen von Produkten, zum Einsatz höchstentwickelter Technologien beim Umweltschutz sowie zur Beseitigung und Vernichtung

umweltfeindlicher Gefahren. Im übrigen einigte man sich auf die Formulierung, daß eine marktwirtschaftliche Ausrichtung am besten geeignet sei, sinnvolle Umweltpolitik insbesondere in der Kooperation mit der Technik zu betreiben.
Größten Wert legen die Regierungsvertreter auf die enge Zusammenarbeit mit den übrigen OECD-Ländern und den Ländern der Dritten Welt. Dort müßten gefährliche Entwicklungen wie in Bhopal verhindert, aber auch bedrohliche Symptome wie zunehmende Verstärkung oder Ausbreitung der Wüstenregion gebremst werden.
In London vertreten waren alle Teilnehmer-Länder des Weltwirtschaftsgipfels mit Ausnahme Frankreichs, also neben dem Gastgeberland Großbritannien die Bundesrepublik, Italien, Japan, Kanada, die USA sowie die EG-Kommission. Diese erste Konferenz geht auf eine entsprechende Initiative der Regierungschefs auf dem Londoner Gipfeltreffen zurück. Frankreich hat aus „protokollarischen Gründen“ nicht teilgenommen, was aber, wie Spranger betonte, keineswegs auf einen gegensätzlichen Standpunkt der Regierung in Paris bei Umweltfragen schließen lasse.

„Mehr Realismus in Europa“

In der Einschätzung der sowjetischen Ziele / Shultz mit seiner Reise zufrieden

FRITZ WIRTH, Washington
Der amerikanische Außenminister George Shultz ist hochzufrieden von seiner einwöchigen Europareise zurückgekehrt. Ziel seiner Reise war es, sicherzustellen, daß die Haltung der Alliierten zu den bevorstehenden Genfer Abrüstungsgesprächen zwischen Shultz und Gromyko mit der amerikanischen Regierung identisch ist und zugleich den Bündnispartnern das Gefühl und die Sicherheit zu geben, daß sie indirekt Teilnehmer dieser Gespräche sind.
Dieses Ziel ist offenbar erreicht worden. „Es gab keinen Druck aus dem Bündnis heraus auf Shultz, und niemand unter den Alliierten hat versucht, ihn in Positionen zu drängen, in denen er sich nicht wohlfühlen würde“, war von gut informierter Seite zu hören. „Es herrscht heute in Europa ein größerer Realismus über die sowjetischen Ziele als es noch vor einem Jahr der Fall war“, sagt man in Washington.
Wegen dieses hohen Maßes an Übereinstimmung hat man am Montag auch Berichte, nach denen sich die britische Premierministerin Margaret Thatcher kritisch über die „strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI) und die „Militarisierung des Weltraums“ geäußert haben, gelassen. Man ist sich in Washington der Loyalität Frau Thatchers in Abrüstungsfragen sicher.
Gäbe es schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten, hätte sie diese während eines Gesprächs mit Shultz bei den Begrüßungsfeierlichkeiten für die indische Premierministerin Indira Gandhi zum Ausdruck bringen können. Ebenso wenig hat Außenminister Sir Geoffrey Howe

während seiner Gespräche mit Shultz in der letzten Woche Bedenken angemeldet.
Auch die kritischen Äußerungen des französischen Präsidenten Mitterrand über die amerikanische Verteidigungsinitiative haben in seiner jüngsten Pressekonferenz ein nachhaltiges Echo gefunden. Derartige Bedenken und Einwände stoßen in Washington nicht nur innerhalb von Regierungskreisen auf beträchtliche Selbstsicherheit.
So ist es wohl auch zu erklären, daß der überaus kritische Beitrag so angesehener Männer wie George Kennan, George Bundy, Robert McNamara und Gerard Smith über das SDI-Programm in der jüngsten Ausgabe von „Foreign Affairs“ bisher kaum eine wahrnehmbare öffentliche Diskussion ausgelöst hat, obwohl dieser Beitrag in seiner Schärfe und Entschiedenheit den Charakter eines öffentlichen Aufrufs und einer Beschwörung hatte.
„Wir haben nicht die Absicht, irgendeines unserer Waffensysteme freiwillig aufzugeben“, heißt es übereinstimmend im State Department und im Pentagon. Man sieht beide Systeme in der Reagan-Administration vielmehr als die Hauptmagnete, die die Sowjets an den Verhandlungstisch zurückgekehrt haben.
Man ist im übrigen auf amerikanischer Seite darauf vorbereitet, daß die Sowjets versuchen werden, das SDI-Programm zum Mittelpunkt neuer Abrüstungsgespräche zu machen, es als Instrument zu benutzen, einen Keil in das Atlantische Bündnis zu treiben und die amerikanische Sicherheit von der europäischen zu trennen.
Ein erfahrener amerikanischer Ab-

rüstungs-Verhandler erklärte: „Sie wollen unser SDI-Programm stoppen, wir wollen das nukleare Mittelstrecken-Raketensystem in Europa lösen. Man wird über alles sprechen müssen. Dabei wird das Problem der Verifizierung eine entscheidende Rolle spielen. Ohne verlässliche Verifizierung keinen Vertrag.“ Das ist offensichtlich eine Antwort auf Überlegungen, ob nukleare Waffenkontrollen auch ohne „Agreement“ möglich sind, die in letzter Zeit wieder häufiger angestellt werden.
Präzise Vorstellungen und Informationen über die sowjetische Verhandlungsstrategie in Genf gibt es in Washington noch nicht. Unklar ist zur Stunde auch noch die endgültige amerikanische Verhandlungsposition. Berichte, nach denen sich die Formulierung dieser Position wegen beträchtlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen State Department und Pentagon verzögert habe und deshalb auch die Beratungen des Präsidenten mit seinen engsten Mitarbeitern im Nationalen Sicherheitsrat am Montag ergebnislos verliefen, sind jedoch unzutreffend.
Tatsächlich sieht der amerikanische Zeitplan anders aus. Es besteht seit einiger Zeit Übereinstimmung darüber, daß die amerikanische Verhandlungsposition praktisch erst am Vorabend der Abreise der Delegation nach Genf endgültig verabschiedet werden soll. Nicht zuletzt, um zu verhindern, daß Einzelheiten vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangen. Tatsächlich hat es in Washington lange kein Ereignis mehr gegeben, daß von einem so dichten Geheimnisschleier umgeben worden ist, wie der kommende Genfer Dialog.

Papst fordert ein Europa mit einer Sprache

HERBERT SCHÜTTE, Rom
Ein Europa, das im politischen Bereich mehr und mehr eine gemeinsame Sprache spricht und zu einer einheitlichen Willensbildung in den wichtigsten Lebensfragen findet, bleibt nach den Worten von Papst Johannes Paul II. ein erstrebenswertes Ziel. Bei einer Audienz für die Teilnehmer des „Bergedorfer Gesprächskreises“ sagte der Papst: „Mehr denn je ist die Stimme Europas als Ganzes zur Lösung der aktuellen Weltkrisen gefragt.“ Es sei an der Zeit, nationale Egoismen abzubauen. „Sie schrumpfen zusammen, wenn man sie endlich mit den wahren Problemen der Menschheit vergleicht“, betonte das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche. „Auf diese muß Europa so bald wie möglich eine gemeinsame, solidarische Antwort geben.“
Anlaß für das Gespräch von 30 Politikern, Wirtschaftlern und Theologen aus sechs Ländern mit dem Papst war die Tagung des „Bergedorfer Gesprächskreises“ zu dem Thema „Ist die Spaltung Europas das letzte Wort?“ An der gestrigen beendeten Zusammenkunft nahmen auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Kardinalstaatssekretär Casaroli, der Wiener Kardinal König und Senatspräsident Cossiga teil. Der Papst begrüßte die Beratung, wies aber ausdrücklich auf die Notwendigkeit hin, daß der Einigungsprozeß Europas seinen „Nährboden“ in einer geistigen und moralischen Erneuerung der abendländischen Kultur haben müsse. Er fuhr fort: „Hier fühlt sich die Kirche selbst in besonderer Weise unmittelbar gefordert.“

FRIEDRICH MEICHNER, Rom
Europa als Ganzes und der Ökumenismus standen auch im Mittelpunkt einer dreiviertelstündigen Aussprache, die Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit dem Papst hatte. Der Präsident wurde von Johannes Paul II. in Privataudienz empfangen.
Hinsichtlich des Meinungsaustausches über ökumenische Fragen wies von Weizsäcker nach der Audienz vor der Presse darauf hin, daß er bis zum Sommer dieses Jahres Mitglied des Rates der EKD gewesen sei und deshalb in das Gespräch mit dem Papst seine eigenen Erfahrungen in kirchlicher Zusammenarbeit habe einbringen können. Im Blick auf die Teilung Europas unterstrich der Bundespräsident unter anderem die Lösung der Probleme einsetzen müsse, die jeder bei sich selbst zu Hause habe. Wenn die einzelnen europäischen Gesellschaften nicht in der Lage seien, mit Problemen, wie etwa der Arbeitslosigkeit, im nationalen Bereich fertig zu werden, werde man auch im gesamteuropäischen Bereich wenig handlungsfähig und attraktiv sein.
Von Weizsäcker war am Montag auch vom italienischen Staatspräsidenten Pertini empfangen worden. Mit diesem hatte er außer über Europa und das Ost-West-Verhältnis vor allem über das Nord-Süd-Problem gesprochen. Beide Präsidenten waren sich im Blick auf den aktuellen Fall Äthiopien einig gewesen, daß man vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung von Hungersnöten intensivieren müsse.

Fünf Todesurteile in Vietnam verhängt

Angeblieh im Dienste Chinas, der USA, Thailands / Hanoi nimmt den Widerstand ernst

AP/AF, Ho-Chi-Minh-Stadt
Mit fünf Todesurteilen endete gestern in Ho-Chi-Minh-Stadt (früher Saigon) der größte Spionage-Prozess in Vietnam seit dem Sturz des antikomunistischen Regimes im Jahre 1975. 16 Angeklagte erhielten langjährige Freiheitsstrafen. Ihnen allen wird vorgeworfen, der antikomunistischen „Vereinigten Nationalen Front für die Befreiung Vietnams“ angehört und im Dienste Chinas, der USA und Thailands gestanden zu haben.
Von THOMAS WEST
Die Todesurteile gegen die fünf „Hochverräter“ werfen ein Schlaglicht auf die prekäre innere Sicherheit Vietnams, die von zahlreichen Widerstandsgruppen in Frage gestellt wird.
1. Da sind die DEGA/FULRO-Partisanen, die hauptsächlich in den drei (früher südvietnamesischen) Hochlandprovinzen Dac Lac, Lan Dong und Gia Lai-Cong Thon operieren. Bei ihnen handelt es sich um Minoritäten, die gegen die vietnamesische Oberherrschaft jeder politischen Couleur kämpfen.
DEGA ist ein Synonym für den Volksstamm der Rhade, FULRO heißt „Forces Unifiées pour la Libération des Races opprimées“. Die FULRO wurde schon 1964 gegründet, gab nach 1975 kaum noch Lebenszeichen

von sich, wird aber in der Zwischenzeit von China neu belebt und bringt Unruhe ins Hochland.
2. Am 1. Dezember 1983 wurde die „Vereinigte Nationale Front für die Befreiung Vietnams“ ins Leben gerufen, die – im Gegensatz zur FULRO – nicht lokal, sondern gesamt-national ausgerichtet ist und die sogar über einen eigenen Widerstandssender verfügt, der wahrscheinlich von Thailand aus funkt. Eine militärische Infrastruktur ist bis jetzt nicht erkennbar; doch vermuten die Behörden in Hanoi auch hier Kontakte nach China und Thailand – nicht zuletzt aber zum häufig beschworenen US-Geheimdienst CIA. Zwischen 1976 und 1981 habe der CIA versucht, vietnamesische Flüchtlinge in die USA, Australien und Frankreich für ein antikomunistisches Bündnis zu gewinnen, das schließlich unter der Bezeichnung „Overseas Volunteer Forces for the Restoration of Vietnam“ Gestalt angenommen habe und dessen Vertreter auch in Thailand wohlwollend geduldet wurden.
3. Von der vietnamesischen Armeezeitung werden fünf weitere Gruppierungen als Operationsziele herausgestellt, deren Gemeinsamkeit darin besteht, daß sie „Subversion mit Hilfe der Religion“ betrieben.
– Das ist die Gruppe „Nationale Wiedergeburt“, die sich aus Mitgliedern der hauptsächlich in der süd-

vietnamesischen Provinz Tay Ninh konzentrierten Cao Dai-Sekte rekrutiert. Cao Dai ist eine buddhistisch-christliche Mischreligion, die erst 1926 ins Leben gerufen wurde, die über rund eine Million Anhänger verfügt.
– Eine andere Gruppe ist katholischer Provenienz. Als ihr Zentrum wird das Saigoner Dac Lo-Kloster bezeichnet, eine ehemalige Jesuitenanstalt, in der die Sicherheitskräfte im Herbst 1983 angeblich „Hunderte von konterrevolutionären Büchern, reaktionären Dokumenten und Verbindungsbriefen sowie Funkanlagen“ aus Tageslicht gefördert haben.
– Im äußersten Süden Vietnams, in der Provinz Thuan Hai, wurde 1983 von der Armee eine „Nationale Rettungsfront“ zerschlagen, deren Mitgliederstamm sich hauptsächlich aus Soldaten der früheren Saigoner Armee rekrutiert haben soll.
– In der nordvietnamesischen Quang Ninh-Provinz, die an China angrenzt, besteht eine „Verschwörergruppe“, die sich aus reaktionären buddhistischen Mönchen zusammensetzt und gegen die Armee, Miliz und Sicherheitsgruppen 1983 erfolgreich vorgegangen sein wollen.
Der Widerstand all dieser Gruppen wirkt zwar vorerst noch recht unkoordiniert, doch wird er von der Regierung in Hanoi offensichtlich ernst genommen.

Doppelanschluß:

2 Telefone - zwei Nummern

für nur 8 Mark 40* mehr!

Wer heute ein freies Telefon haben will, braucht aufs Telefonieren nicht zu verzichten. Die ideale Lösung heißt „Doppelanschluß“. Für nur 8 Mark 40* mehr im Monat bekommen Sie auf Ihren Namen einen zweiten Telefon-Hauptanschluß für Ihre Wohnung. Also zwei Telefonnummern. Zum Beispiel eine für geschäftliche und eine für private Anrufe. Und wenn's wirklich mal drauf ankommt: auf einer Nummer sind Sie immer erreichbar.

* Ein Doppelanschluß kostet monatlich 40 Mark Grundgebühr, also nur 13 Mark mehr als ein einfacher Hauptanschluß. Und wenn Sie die zusätzlichen 20 freien Gebühreneinheiten à 23 Pfennig für den zweiten Anschluß nutzen, sogar nur 8 Mark 40. Übrigens hat die Post auch die einmalige Anschlußgebühr erheblich gesenkt: statt bisher 100 Mark jetzt nur noch 65 Mark!

Doppelanschluß: Telefonieren und erreichbar bleiben.



EISHOCKEY

Gegen die Schweden war der Erfolg greifbar nahe

sid/dpa, Moskau
„Das hätte für uns ganz böse ausgehen können“, gestand der schwedische Eishockey-Nationaltrainer Leif Johansson nach dem knappen 2:1-Sieg seiner Mannschaft über Deutschland. Und auch Bundestrainer Uwe Kruse trauerte immer noch den verpassten Chancen nach: „Diesmal hätten wir gewinnen können, ja müssen.“

Nach der 0:6-Niederlage gegen Weltmeister UdSSR zum Auftakt blieb das deutsche Team im zweiten Spiel beim Turnier um den Iwajima-Pokal in Moskau gegen die Skandinavier erneut ohne Sieg. Nachdem die Finnen in den letzten drei Jahren zuerst einhundert, dann überholten wurden, will es mit dem Anschluss an die Schweden nicht klappen. In Sarajewo gab es beim Olympia-Turnier ein 1:1, beim Canada-Cup ein 2:4, jetzt ein 1:2.

Dabei hatte die deutsche Mannschaft den Erfolg diesmal zum Greifen nahe. Doch die deutschen Stürmer ließen gegen die stark verjüngten Schweden sogar die besten Torchancen aus. Vor allem der Kölner Marcus Kuhl und Kaufbeurer Dieter Hegen versagten immer wieder vor dem gegnerischen Tor. Für die mäßige Vorstellung von Kapitän Erich Kühnhackl hatte der Bundestrainer eine einfache Erklärung: „Ihm fehlt der verletzete Helm-Stieger an allen Ecken und Enden.“

Trotzdem ist Uwe Kruse bei Halbzeit des Turniers – es stehen noch die beiden Spiele gegen die UdSSR und Finnland aus – mit den Leistungen seiner Schützlinge ganz zufrieden. Der Augsburger will das Turnier weiter mit vier Blicken bestreiten. Es geht ihm darum, junge Leute wie den Rosenheimer Axel Kammerer international zu testen. Außerdem werden noch „Fahrkarten für die Weltmeisterschaft in Prag vergeben“ (Uwe Kruse).

Für das heutige Spiel gegen die UdSSR (19.30 Uhr) ist das Ausmaß gegeben. Aber die deutsche Mannschaft will auch beim morgigen Antrittsbuch in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland nicht ohne Punktgewinn erscheinen. Der Mannheimer Manfred Wolf verspricht: „Wir wollen uns für die Schlappheit gegen Schweden rehabilitieren. Und außerdem sind wir gegen die UdSSR immer besonders motiviert.“

Tatsächlich wurden die Deutschen in den letzten Jahren zum Angstgegner der Tschechoslowaken. Lange Zeit galten sie dort nur als Prügelknecht, doch mit guten Leistungen und Ergebnissen haben Uwe Kruse und seine Schützlinge für einen Stimmungswandel im Land des fünfmaligen Weltmeisters gesorgt. Der sensationelle 4:2-Sieg bei der Weltmeisterschaft 1982 in Finnland, der von der UdSSR als Betriebsunfall hingestellt wurde, blieb keine Eintagsfliege. Bei der WM ein Jahr später in Deutschland folgte in München ein 3:0, und vor drei Monaten noch reichte es für die Tschechen beim Canada-Cup ebenfalls nur zu einem Unentschieden (4:4).

Früher hat in der UdSSR das deutsche Eishockey nicht interessiert. Nach dem Aufschwung der letzten Jahre fürchten sie aber um ihre Position“, sagt Kölns Trainer Josef Golonka, der zum Saisonende wahrscheinlich in die UdSSR zurückkehren muß. Und wie Golonka werden auch die tschechoslowakischen Trainer in Rosenheim (Pavel Wohl) und Kaufbeuren (Florian Strida) zurückbeordert. Vielleicht leisten sie bei den deutschen Spielern zu gute Arbeit.

TENNIS / Schwedens Sieg im Davis-Cup stand bereits nach dem Doppel fest – Amerikas Team der Wimbledonssieger war eine einzige Enttäuschung



Jubel bei Anders Jarryd, Stefan Edberg kauft auf ihn zu (links) – Ein in sich zusammengesunkener John McEnroe (rechts)



FOTO: UPI/AP

Kaum vorstellbar, aber selbst der berühmte John McEnroe hatte diesmal Hilfe bitter nötig

sid/dpa, Göteborg
Den letzten Punkt, den entscheidenden für ihren Sieg im Finale um den Davis-Cup, bekamen die Schweden geschenkt. Es war ein Doppelpunkt. Doch dem 29-jährigen Cup-Sieger fehlte es nicht nur an der Einstellung, die Stars hatten auch die Courage in den Vereinigten Staaten zurückgelassen.

Stefan Edberg und Anders Jarryd brachen den Widerstand des amerikanischen Doppels bereits im ersten Satz. Der 29-Jahre alte Fleming, der schon seit Jahren von John McEnroe mit- und durchgezogen wird, konnte diesmal nicht mit der gewohnten Unterstützung rechnen. McEnroe hatte selbst Hilfe nötig. Das Ende des Spiels mit einem Doppelpunkt war schon logisch. Er war nichts anderes als die Folge der immer stärker werdenden Unsicherheit der beiden Amerikaner.

Auf der anschließenden Pressekonferenz saß McEnroe zunächst nur verstört auf einem Stuhl und wetterte: „Der Platz war schlecht, die Bälle sprangen nicht richtig, das Licht war auch nicht in Ordnung, man sollte ein Finale auf Asche verbieten.“

Doch die Skandinavier hatten lediglich nach dem Reglement gehandelt und jenen Untergrund ausgewählt, der auch erlaubt ist. In diesem Fall war es ein Aschenplatz.

Wir haben in diesem Jahr große Erfolge gefeiert, aber der Davis-Cup ist die Krönung“, jubelte Schwedens Trainer Hans Ohlsson nach dem Sieg. Der Coach konnte es sich angesichts der vielen schwedischen Weltklassenspieler sogar leisten, auf den Welttranglisten-Achten Joakim Nyström zu verzichten.

Hauptgrund für den Erfolg war aber wohl nicht so sehr die Einzelleistung der Schweden, sondern ihre mannschaftliche Geschlossenheit. Während die Amerikaner mehr einer Zweckvereinigung glichen, spricht

man beim Davis-Cup-Sieger von einem richtigen Team. Stefan Edberg drückt das so aus: „Man fühlt sich großartig, wenn jeder dazu beiträgt, daß die Mannschaft gewinnt.“

Die schwedische Presse feierte den Erfolg entsprechend. „Wir erleben vielleicht den Beginn einer neuen Epoche“, jubelte „Svenska Dagbladet“. Und das Stockholmer „Aftonbladet“ schrieb: „Schweden ist Weltmeister. Es schwindelt einem, wenn man diesen Gedanken zu Ende denkt.“

In der Tat könnten die Schweden mit ihrem jungen Team in den nächsten Jahren das beherrschende Land im Tennis werden. Mats Wilander und Henrik Sundström, die mit ihren Einzel-Siegen die Weichen auf Erfolg gestellt hatten, sind erst 20 Jahre alt. Stefan Edberg ist 18 und Anders Jarryd mit 23 Jahren schon der Senior der Mannschaft.

monstrierte, war sehr mutig. Ohne Angst erdrückte er seinen prominenten Gegner mit aggressiven Grundschlägen, wobei er besonders mit seiner Vorhandsschleuder zahlreiche direkte Punkte erzielte. Auch das Doppel Jarryd/Edberg wirkte wie eine Einheit auf dem Platz. Sie ließen sich auch nach einem schwächeren zweiten Satz nicht aus der Ruhe bringen. Die Quittung für die siegreiche Niederlage führte. Zusammengefasst findet sich darin die Lösung für den überraschenden Ausgang des Davis-Cup-Finales. Vielleicht erinnert sich die Amerikaner noch an das Finale von 1982 in Grenoble. Damals versuchten die Franzosen, den übermächtigen US-Gegner ebenfalls mit einem Fallensandplatz zu überraschen. Das Ergebnis war frustrierend. Denn McEnroe und sein Team siegten 5:0, was also sollte ihnen nun in Schweden passieren? Sandplatz ist Sandplatz, dachten sie sich und spulten lediglich in drei Tagen ihr Trainingsprogramm herunter. Doch den schwedischen Sandplatz-Herstellern gelang für ihre Zwecke ein geradezu grandioser Be-

monstrierte, war sehr mutig. Ohne Angst erdrückte er seinen prominenten Gegner mit aggressiven Grundschlägen, wobei er besonders mit seiner Vorhandsschleuder zahlreiche direkte Punkte erzielte. Auch das Doppel Jarryd/Edberg wirkte wie eine Einheit auf dem Platz. Sie ließen sich auch nach einem schwächeren zweiten Satz nicht aus der Ruhe bringen. Die Quittung für die siegreiche Niederlage führte. Zusammengefasst findet sich darin die Lösung für den überraschenden Ausgang des Davis-Cup-Finales. Vielleicht erinnert sich die Amerikaner noch an das Finale von 1982 in Grenoble. Damals versuchten die Franzosen, den übermächtigen US-Gegner ebenfalls mit einem Fallensandplatz zu überraschen. Das Ergebnis war frustrierend. Denn McEnroe und sein Team siegten 5:0, was also sollte ihnen nun in Schweden passieren? Sandplatz ist Sandplatz, dachten sie sich und spulten lediglich in drei Tagen ihr Trainingsprogramm herunter. Doch den schwedischen Sandplatz-Herstellern gelang für ihre Zwecke ein geradezu grandioser Be-

monstrierte, war sehr mutig. Ohne Angst erdrückte er seinen prominenten Gegner mit aggressiven Grundschlägen, wobei er besonders mit seiner Vorhandsschleuder zahlreiche direkte Punkte erzielte. Auch das Doppel Jarryd/Edberg wirkte wie eine Einheit auf dem Platz. Sie ließen sich auch nach einem schwächeren zweiten Satz nicht aus der Ruhe bringen. Die Quittung für die siegreiche Niederlage führte. Zusammengefasst findet sich darin die Lösung für den überraschenden Ausgang des Davis-Cup-Finales. Vielleicht erinnert sich die Amerikaner noch an das Finale von 1982 in Grenoble. Damals versuchten die Franzosen, den übermächtigen US-Gegner ebenfalls mit einem Fallensandplatz zu überraschen. Das Ergebnis war frustrierend. Denn McEnroe und sein Team siegten 5:0, was also sollte ihnen nun in Schweden passieren? Sandplatz ist Sandplatz, dachten sie sich und spulten lediglich in drei Tagen ihr Trainingsprogramm herunter. Doch den schwedischen Sandplatz-Herstellern gelang für ihre Zwecke ein geradezu grandioser Be-

monstrierte, war sehr mutig. Ohne Angst erdrückte er seinen prominenten Gegner mit aggressiven Grundschlägen, wobei er besonders mit seiner Vorhandsschleuder zahlreiche direkte Punkte erzielte. Auch das Doppel Jarryd/Edberg wirkte wie eine Einheit auf dem Platz. Sie ließen sich auch nach einem schwächeren zweiten Satz nicht aus der Ruhe bringen. Die Quittung für die siegreiche Niederlage führte. Zusammengefasst findet sich darin die Lösung für den überraschenden Ausgang des Davis-Cup-Finales. Vielleicht erinnert sich die Amerikaner noch an das Finale von 1982 in Grenoble. Damals versuchten die Franzosen, den übermächtigen US-Gegner ebenfalls mit einem Fallensandplatz zu überraschen. Das Ergebnis war frustrierend. Denn McEnroe und sein Team siegten 5:0, was also sollte ihnen nun in Schweden passieren? Sandplatz ist Sandplatz, dachten sie sich und spulten lediglich in drei Tagen ihr Trainingsprogramm herunter. Doch den schwedischen Sandplatz-Herstellern gelang für ihre Zwecke ein geradezu grandioser Be-

Auch Dollar-Millionäre können mal nervös werden

Sprachlos saß der Fernsehzehschauer in der Nacht vom Montag zum Dienstag vor dem Fernseher. Zu unwahrscheinlich erschien eine Niederlage der US-Wimbledonssieger John McEnroe und Peter Fleming im Doppel gegen Anders Jarryd und Stefan Edberg. Irgendwann mußte doch die Wende eintreten, nachdem ja schon die ersten beiden Einzel von McEnroe und Jimmy Connors gegen Henrik Sundström beziehungsweise Mats Wilander verloren wurden. Doch den Tennisfans wurde eine Sensation präsentiert.

Was war nur mit den Amerikanern los, die mit insgesamt 29 Jahren Davis-Cup-Rekordsieger, als hausho-

lag. Bestens geeignet für die skandinavischen Topspin-Spieler schien eine Bremse in die Sandmischung eingebaut zu sein, und zudem sprang der Ball nach jedem Vorwärtsdrall unproportional hoch weg. Gift für die Angriffsmaschinen McEnroe und Connors, die niemals ihr Power-Tennis produzieren konnten.

Andererseits. Die mit ganzem Engagement spielenden schwedischen Himmelsstürmer boten, von den 14 000 Zuschauern angefeuert, eine begeisternde Vorstellung. Von Mats Wilander, dem Sieger der Australian Open, hatte man vielleicht noch einen Sieg erwartet. Was jedoch Henrik Sundström gegen McEnroe de-

STANDPUNKT

Favoriten nach Göteborg reisten? Lag es an ihrer typischen schnoddrigen Überheblichkeit? Oder war gar der für 300 000 DM speziell gebaute Sandplatz schuld? Spielte die Nachfolger von Björn Borg so gut? Oder wurden die Dollar-Millionäre plötzlich nervös, die ansonsten nur für sich spielen und kassieren?

Unter dem Strich haben wohl alle diese Fakten zu dieser sensationellen Niederlage geführt. Zusammengefasst findet sich darin die Lösung für den überraschenden Ausgang des Davis-Cup-Finales. Vielleicht erinnert sich die Amerikaner noch an das Finale von 1982 in Grenoble. Damals versuchten die Franzosen, den übermächtigen US-Gegner ebenfalls mit einem Fallensandplatz zu überraschen. Das Ergebnis war frustrierend. Denn McEnroe und sein Team siegten 5:0, was also sollte ihnen nun in Schweden passieren? Sandplatz ist Sandplatz, dachten sie sich und spulten lediglich in drei Tagen ihr Trainingsprogramm herunter. Doch den schwedischen Sandplatz-Herstellern gelang für ihre Zwecke ein geradezu grandioser Be-

monstrierte, war sehr mutig. Ohne Angst erdrückte er seinen prominenten Gegner mit aggressiven Grundschlägen, wobei er besonders mit seiner Vorhandsschleuder zahlreiche direkte Punkte erzielte. Auch das Doppel Jarryd/Edberg wirkte wie eine Einheit auf dem Platz. Sie ließen sich auch nach einem schwächeren zweiten Satz nicht aus der Ruhe bringen. Die Quittung für die siegreiche Niederlage führte. Zusammengefasst findet sich darin die Lösung für den überraschenden Ausgang des Davis-Cup-Finales. Vielleicht erinnert sich die Amerikaner noch an das Finale von 1982 in Grenoble. Damals versuchten die Franzosen, den übermächtigen US-Gegner ebenfalls mit einem Fallensandplatz zu überraschen. Das Ergebnis war frustrierend. Denn McEnroe und sein Team siegten 5:0, was also sollte ihnen nun in Schweden passieren? Sandplatz ist Sandplatz, dachten sie sich und spulten lediglich in drei Tagen ihr Trainingsprogramm herunter. Doch den schwedischen Sandplatz-Herstellern gelang für ihre Zwecke ein geradezu grandioser Be-

Mag es in der Tat ein anderes Gefühl sein, auf einmal als Einzelspieler in einem Team aufzutreten – McEnroe und auch der 33-jährige Jimmy Connors, der am Wendepunkt seiner Karriere angelangt ist, habe in diesem Davis-Cup-Finale versagt.

H. J. POHLMANN

SKI / Vreni Schneider – Sieg einer Unbekannten

Katrin Stotz: Mit Nummer 77 noch auf Platz acht

PETER LAND, Santa Catarina
Ein Überraschungssieg der bisher allenfalls Schweizer Fachleuten bekannten Schweizerin Vreni Schneider (22) und hervorragende Platzierungen der deutschen Läuferinnen prägten das Ergebnis des Weltcup-Riesenslaloms auf der Weltmeisterschafts-Schneepiste von Santa Catarina in Italien. Maria Epple-Beck schob sich mit der zweitbesten Zeit im zweiten Lauf auf den dritten Platz vor, Marina Kiehl wurde Fünfte und beute damit ihre Führung in der Weltcup-Gesamtwertung aus, die 18-jährige Katrin Stotz fuhr mit der hohen Startnummer 77 sensationell auf den achten Rang vor (1), und Michaela Gerg wurde Zehnte.

Die Schweizerin Vreni Schneider aus Elm im Glarner Land hatte schon im ersten Durchgang Laufbestzeit erzielt. Als dies geschah, saßen dabei ihre Geschwister und ihre Eltern vor dem Bildschirm und dachten sich dies: Die Vreni wird niemals die Nerven haben, um einen solchen Vorsprung auch im zweiten Durchgang verteidigen zu können. Die Familie Schneider irrte. Vreni hatte die Nerven! Bereits in ihrem ersten Weltcup-Winter gewann die nur zur zweiten

Schweizer Kader-Gruppe gehörende Vreni Schneider ihr erstes Weltcup-Rennen, nachdem sie schon mit dem neunten Platz im Spezialsalon von Madonna di Campiglio verblüfft hatte.

Noch im letzten Winter bestritt Vreni Schneider hauptsächlich Rennen im Europacup, hatte damit allerdings zum Ende der Saison 1983/84 gute Ergebnisse aufzuweisen. Als sie aus den Trainingslagern im Herbst nach Hause kam, wußte sie von überraschenden Resultaten zu berichten. Die Familie vernahm es staunend und kopfschüttelnd zugleich.

Vreni Schneiders Sieg und die Erfolge der deutschen Mannschaft – das waren die Überraschungen beim Riesenslalom auf dem Weltmeisterschaftsahang von Santa Catarina. Am erstaunlichsten dabei war der Vorstoß der erst 18-jährigen Katrin Stotz auf Platz acht – dieses Ergebnis ist kaum mehr erklärbar, es ist wohl nur noch staunend zu registrieren. Marina Kiehl scheint indes eine ernsthafte Anwärterin auf den Sieg im Gesamtweltcup geworden zu sein.

SPORT-NACHRICHTEN

Gaby Seyfert im Lido

Budapest (dpa) – Die ehemalige Eiskunstlauf-Weltmeisterin Gaby Seyfert („DDR“) ist der neue Star im Budapest-Lido. Die 36-jährige Trainerin aus Karl-Marx-Stadt tritt bis Mitte Januar in zwei Shows auf.

Größter Sport-Etat

Bonn (sid) – Mit rund 24 Millionen Mark will der Bund im kommenden Jahr den Spitzensport in Deutschland fördern. Der Sport-Etat ist damit höher als je zuvor und überschreitet die Summe des Vorjahres um rund 800 000 Mark.

Abfahrt abgesagt

Bormio (sid) – Die für Samstag geplante dritte Weltcup-Abfahrt der Herren kann wegen Schneemangels nicht stattfinden. Abgesagt wurde auch der ebenfalls für Samstag geplante Riesenslalom der Damen in Altenmarkt.

George Best in Haft

London (dpa) – Wegen Trunkenheit am Steuer und Widerstand gegen die Staatsgewalt wurde der ehemalige nordirische Fußballnationalspieler George Best zu drei Monaten Haft verurteilt. Außerdem wurde ihm der

Führerschein für fünf Jahre entzogen.

Freigabe für Fuchs

Offenbach (dpa) – Neuer Trainer beim vom Abstieg bedrohten Fußball-Zweitligaklub SSV Ulm wird Fritz Fuchs (41), der bis zum 27. Dezember noch bei den Offenbacher Kickers unter Vertrag steht. Fuchs, der einen Vertrag bis zum 30. Juni 1985 erhält, löst Hannes Baldauf ab.

ZAHLEN

TENNIS
Davis-Cup-Finale in Göteborg: Schweden – UdSSR 3:0, Doppel: Edberg/Jarryd – McEnroe/Fleming 7:5, 5:7, 6:2, 7:5.

EISHOCKEY
Iswestja-Turnier in Moskau, Zweiteilspieltage: Schweden – Deutschland 2:1, Finnland – UdSSR 1:8. – Tabelle: 1. UdSSR (14:1 Tore/4:0 Punkte), 2. UdSSR (8:1/2:0), 3. Schweden (3:4/2:2), 4. Finnland (1:8/0:2), 5. Deutschland (1:8/0:4).

GEWINNQUOTEN
Lotto: Klasse 1: 2 028 531 Mark, 2: 234 061,30, 3: 8990,70, 4: 152,70, 5: 10,90. – Elfterwette: Klasse 1: 5072,70, 2: 290,60, 3: 29,70. – „6 aus 45“: Klasse 1: unbefestigt – Jackpot: 213 694,80, 2: 35 615,80, 3: 5254,70, 4: 94,70, 5: 6,50. – Rennspiele: Rennen A: Klasse 1: 467,30, 2: 172,70. – Rennen B: Klasse 1: 761,50, 2: 156,90. (Ohne Gewähr).

SCHACH / Das 27. Remis in der 33. WM-Partie

Kasparow überraschte im 7. Zug mit einer Neuerung

LUDEK PACHMAN, Bonn
Es scheint, daß Kasparow seine theoretischen Vorbereitungen intensiv nachholt. In der 33. Partie des Titelkampfes wählte er im 7. Zug eine Neuerung. Er opferte einen Bauern, und Karpow verteidigte diese Beute nicht, um seinem Gegner nicht Chancen im guten Figurenschach zu geben. Nach der ruhigen Fortsetzung des Weltmeisters aber wieder ein Remis – Karpow führt 5:1.

Die Notation (Damengambit, Weiß: Karpow): 1.Sf3 d5, 2.d4 Sf6, 3.e4 e6, 4.Sc3 c6, 5.e3 Sbd7, 6.Dc2 ...
Wenig erreichte Karpow in der 29. Partie mit der häufigsten Fortsetzung 8.Ld3 dxc4, 7.Lxc4 b5 – er wählte allerdings den passiveren Rückzug 8.Le2 statt der „Meraner Variante“ 8.Ld3 a6, 9.e4 c5 usw.

6... Ld6, 7.e4 ...
Eine gute Alternative ist die positionelle Folge 7.b3 0-0, 8.Le2 usw.
7... e5 (!?)
Bisher wurde ausschließlich dxe4, 8.Sxe4 Sxe4, 9.Dxe4 gespielt, wonach eine interessante Möglichkeit 9... e5, 10.dxe5 0-0, 11.exd6 (!) Te8, 12.Dxe8 Dxe8, 13.Le3 in vielen Partien ausprobiert worden ist.

8.cxd5 cxd5, 9.exd5 exd4, 10.Sxd4 0-0, 11.Le7 ...

Offenbar wollte Karpow ohne eine ausführlichere Prüfung der neuen Spielweise kein Risiko eingehen. Die Verteidigung des Bauern d5 wäre nur mit 11.Lg5 möglich. Zum Beispiel: Te8, 12.Le2 h6, 13.Ld3 Sd6, 14.0-0-0 Da5, 15.Sb3 Db8, oder: 13.Lh4 Sb6, 14.0-0-0 Ld7 nehmst Te8 – in beiden Fällen mit Gegenspiel für den geopferten Bauern.

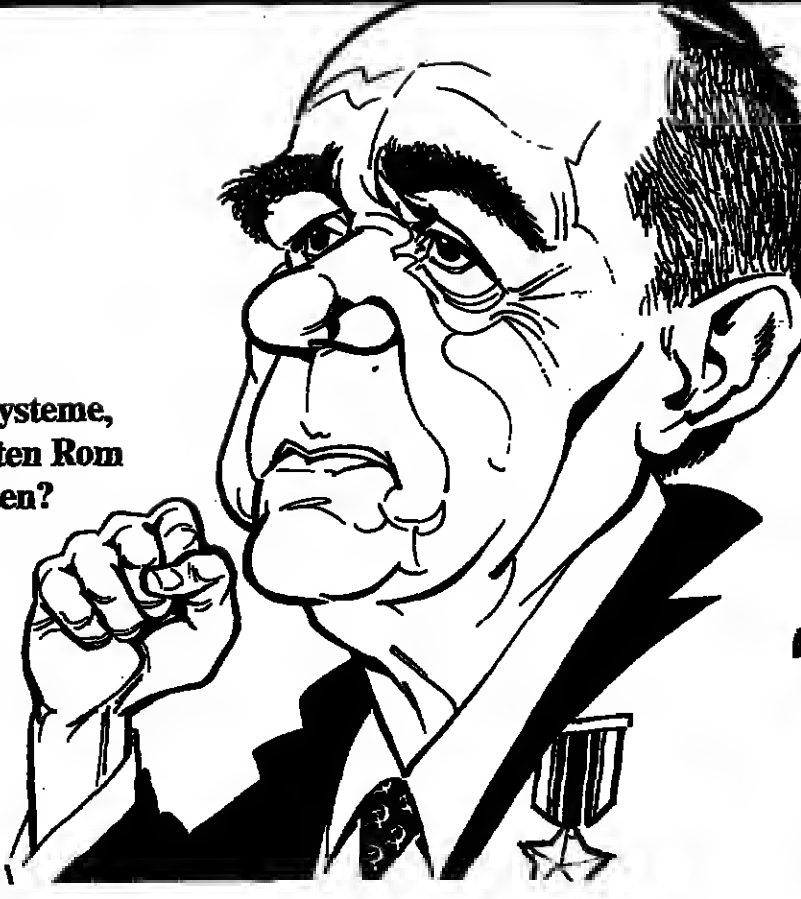
11... Sd6, 12.d4 ...
Danach wird es schon ziemlich ruhig sein, aber 12.Lg5 könnte jetzt mit 12.A wirksam beantwortet werden.
12... Sbd5, 13.Sxd5 Sxd5, 14.Td1 De7, 15.Lf3 Te8 (!), 16.g3 Lh3 (!) ...
Droht wiederholt De1+ nehmst Matt – Weiß muß sich bescheiden entwickeln.

17.Ld2 Le5, 18.Lxd5 ...
Mit Recht gibt sich Karpow mit Vereinfachung und Remis zufrieden, denn 18.Sf5 (!?) wäre ein erster taktischer Fehler: Lxf5, 19.Dxf5 Lxf2+(!), 20.Kxf2 Dc5+, 21.Le3 (21.Kg2 ?? verliert nach Se3+ die Dame!) Dxe3+, 22.Kg2 Sf6, mit Vorteil für Schwarz.
18... Lxd4, 19.Lc3 Lxc3, 20.Dxc3 Remis.

★ Die Geschenk-Idee ★ Die Geschenk-Idee ★ Die Geschenk-Idee ★ Die Geschenk-Idee ★ Die Geschenk-Idee ★

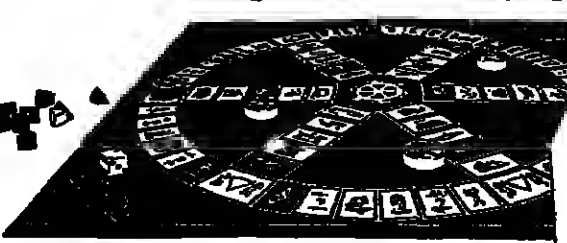


Er weiß sicher alles über Frühwarnsysteme, aber ob er auch weiß, welche Tiere im alten Rom die Funktion von Wachhunden hatten?



Waren es Frösche oder Gänse? Oder Wölfe? Die Antwort finden Sie in Trivial Pursuit™, dem neuen Parker-Spiel. Wie ein Laufer breitet sich der Freizeitspaß in Deutschland aus. Und wie in Amerika und Kanada finden sich auch hier immer mehr Gruppen spielbegeisterter Erwachsener, in deren Leben es eine neue Sensation gibt: Trivial Pursuit™. 6.000 verblüffende Fragen mit 6.000 umwerfend spritzigen und überraschenden Antworten auf sechs Themenkreisen. Was spielen Sie eigentlich mit Ihren Freunden während der Festtage?

Trivial Pursuit™
Das unglaubliche Spielvergnügen.



© Copyright 1984 Hasbro International Limited.
Ein Hasbro Spiel, entwickelt von Hasbro International Limited, Eigentum der Trivial Pursuit, hergestellt und vertrieben von CPS Products, 4 Deutschland von G&G Deutsche Spielzeugfabrikation 60544 Badger 3, Deutschland.

Kritik der Kirche an „Heilbronner Erklärung“

DW, Bonn

In einem „Votum zu Fragen von Recht und Ethik der Verteidigung“ hat der Beirat für die evangelische Militärsorge unter Vorsitz von Bischof Hans-Gerhard Jung jetzt auf die im Dezember vergangenen Jahres veröffentlichte „Heilbronner Erklärung“ von Schriftstellern aus beiden deutschen Staaten mit scharfer Kritik reagiert. Die „Heilbronner Erklärung“ hatte zum Widerstand gegen die Nachrüstung und zur „Verweigerung“ des Wehrdienstes aufgerufen, bis die Bundesrepublik „frei“ von allen sogenannten „Angriffsgeräten“ eines „Offensivkonzepts“ sei, das zugleich eine „Enthauptungsstrategie“ verfolge.

Das in den Mitteilungen aus der Evangelischen Militärsorge „Standort“ im Dezember in Bonn veröffentlichte Votum führt aus: „Die Kirche ist aus ihrer Mitverantwortung im politischen Leben aufgefordert, Diffamierungen im Stil der Heilbronner Erklärung entgegenzutreten“, die mit „Verallgemeinerungen, Übertreibungen und Beleidigungen“ den Versuch mache, sich aus der Vielzahl vorausgegangener Verlautbarungen herauszuheben.

Der Aufruf zu massenhafter Verweigerung des Wehrdienstes nehme bewusst strafbare Handlungen in Kauf und leiste damit der „allgemeinen Radikalisierung“ Vorschub. So wenig wie einem glaubensüberzeugten Kriegsdienstverweigerer nicht unterstellt werden darf, es ginge ihm um etwas anderes als um den Frieden, dürfe dem Soldaten unterstellt werden, es ginge ihm um etwas anderes als um Verteidigung und Friedenssicherung. Die „Heilbronner Erklärung“, die, wie das Votum sagt, „gleichmaßen aus politischen und theologischen Gründen zurückgewiesen“ werden müsse, habe die Grenze überschritten. „Mit der Unterstellung menschenverachtender Absichten und Handlungsweisen lassen die Unterzeichner ein realitätsfernes Menschenbild erkennen, das mit dem Gebot der Nächsten- und Feindesliebe nicht in Einklang zu bringen ist.“

Stoltenberg: Chancen für dauerhaften Aufschwung

Arbeitsmarkt könnte vor einer Trendwende stehen

th, Berlin

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat gestern vor der Industrie- und Handelskammer in Berlin ein grundsätzlich positives Bild der wirtschaftlichen Zukunft aufgezeigt und dabei den Pessimismus bestimmter Kräfte kritisiert. Stoltenberg betonte, dass 87 Prozent der Rekordzahl von 750 000 Lehrstellenbewerbern entgegen anderslautenden Prognosen in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz bekommen hätten. Auch sei nicht ausgeschlossen, dass sich eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt abzeichnen werde.

Die Chancen für einen dauerhaften Aufschwung bezeichnete der Minister als gut. Der Wachstumstrend festigte sich jetzt weiter. Gegenwärtig wachse die Wirtschaft mit einer Rate von drei Prozent ins nächste Jahr hinein. Und es gebe keine Anhaltspunkte für ein Abbrechen des Wachstumspfad. Stoltenberg wies darauf hin, dass die Konjunktur nicht immer zyklisch verlaufen muß. Auf zwei gute Jahre müßten nicht immer zwei schlechte folgen. Er verwies dabei auf Japan, wo es bereits seit sechs Jahren aufwärts gehe. Die Konjunktur in der Bundesrepublik stehe gegenwärtig auf zwei klassischen Säulen, den Investitionen und dem Export. Die Investitionsplanungen der Wirtschaft ließen hoffen, daß jetzt auch die Investitionslücke der siebziger Jahre allmählich geschlossen werde.

Der Geldwertstabilität werde die Bundesregierung auch weiterhin Priorität einräumen. Und die auf Konsolidierung ausgerichtete Haushaltspolitik wird die konjunkturelle Erholung auch nicht „kaputtsparen“, wie das von mancher Seite immer wieder behauptet wird, betonte Stoltenberg. Er unterstrich dabei, daß gerade das harmonische Zusammenwirken der Bonner Haushaltspolitik und der ebenfalls auf Wiedergewinnung der Stabilität gerichteten Geldpolitik der Bundesbank die günstigen Rahmenbedingungen zur Überwindung der langjährigen Stagnation geschaffen habe. Im übrigen

bedeute Geldwertstabilität auch den Wegfall der Besteuerung inflationärer Scheingewinne und ein Ende der Anziehung der Ersparnisse breiter Bevölkerungskreise.

Daß es in einzelnen Branchen noch Schwierigkeiten gibt, verkennt Stoltenberg nicht. Vor allem in der Bauwirtschaft wirkten sich unter anderem Sättigungstendenzen auf dem Wohnungsmarkt aus. Sowohl die Bauwirtschaft als auch einige andere Branchen müßten sich aber dem Strukturwandel stellen.

Als große Herausforderung an die Wirtschaftspolitik bezeichnete der Minister die Lage am Arbeitsmarkt. Hier sei der Durchbruch zwar noch nicht gelungen, aber für das nächste Jahr erwarte er eine Trendwende. Schon jetzt gebe es positive Anzeichen. Stoltenberg wies auf den Rückgang der Kurzarbeit sowie der Jugendarbeitslosigkeit und auf die Erfolge beim Ausbildungsstellenangebot hin. Allerdings sei eine völlige Lösung des Problems am Arbeitsmarkt nicht in zwei bis drei Jahren zu erwarten – nach zehn Jahren fehlten um 250 000 zu steigern, werde wieder Hoffnung und Zuversicht einkehren, und die pessimistische Stimmung werde korrigiert. Eine solche Wende wäre von großer Tragweite. Mit einem neuen Arbeitsförderungssetz sollen die Rahmenbedingungen verbessert werden.

Kritik übte der Finanzminister an der Ausgabenfreudigkeit der Europäischen Gemeinschaft. In einer Zeit, da die nationalen Haushalte sparen, könnten die EG-Behörden ihre Ausgaben nicht um 17 bis 20 Prozent steigern. Der Minister wies dabei auf die nur noch geringe Steigerung der öffentlichen Ausgaben in der Bundesrepublik hin, die in den vergangenen zwei Jahren nur noch um weniger als 1,5 Prozent gewachsen seien, nach jährlich zehn Prozent zur Zeit der sozialliberalen Koalition. Die Neuverschuldung werde dieses Jahr bei 30 Milliarden Mark liegen, 1985 unter 25 Milliarden Mark.

FDP sucht die Konfrontation mit den Grünen

hey, Bonn

Die Freien Demokraten wollen jetzt, rechtzeitig vor den 1985 anstehenden Landtagswahlen, in eine „ganz entschiedene und sehr harte Auseinandersetzung“ mit den Grünen eintreten. Mit einer „gemeinsamen Strategie und Sprache“ soll die FDP, nach den Worten ihres Generalsekretärs Helmut Haussmann, auf den Widerspruch zwischen dem Wunsch der Grünen nach Sanftheit und Dezentralisierung und ihrem tatsächlichen Verhalten, auf ihr „gestörtes Verhältnis“ zu den USA und auf die wirtschaftspolitische Forderung nach einem „neuen Nationalismus“ mit dem Ziel der Selbstversorgung der Bundesrepublik Deutschland hinweisen. Zur Verschärfung dieses Kampfes gehöre „auch das Bewußtsein“, daß die FDP weiter dritte Partei sei und „sich nicht selbst zur vierten Partei machen“ dürfe.

Haussmann hielt den Grünen gestern vor, sie versuchten, vermeintliche Fehler bei den anderen Parteien aufzuspüren oder Stimmungen in der Bevölkerung für sich auszunutzen. Sie würden dann aber „bei einem bestimmten Punkt aussteigen“ und sich vor „politischer Verantwortung drücken“. Sie müßten jetzt ihre Konsens- und Demokratiefähigkeit beweisen.

Nach Ansicht Haussmanns erhöhte sich aufgrund der Entwicklung der SPD und deren Haltung gegenüber den Grünen der politische Spielraum der FDP. Die Liberalen müßten sich deshalb stärker bei den „früheren Schmidt- und Schiller-Wählern profilieren“ und sich an das „progressive Bürgertum“ wenden. Es sei nicht sinnvoll, daß sich Union und FDP gegenseitig Stimmen abjagten.

Für das traditionelle Dreikönigstreffen am 6. Januar in Stuttgart kündigte Haussmann konkrete Aussagen über den künftigen Führungsstil der Partei an. Schon jetzt werde Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, der Ende Februar Nachfolger von Parteichef Hans-Dietrich Genscher werden soll, an allen Entscheidungen „zunehmend“ beteiligt.

Ali Agca: Der Papst ist wie ein Bruder

Fortsetzung von Seite 1

Calabro: Welche Bedeutung hatte die Begegnung mit dem Papst für Sie, sein Besuch im Gefängnis vor genau einem Jahr?

Ali Agca: Ich hatte schon vorher mit meiner Selbstkritik begonnen. Die Begegnung mit Johannes Paul II. hat noch mehr dazu beigetragen, meine terroristischen Ideen aufzugeben.

Calabro: Sie sagen, daß Sie ein anderer Mensch geworden seien. Und vor kurzem haben Sie einen Brief geschrieben, in dem Sie behaupten: „Jene, die vergessen, daß der Mensch frei geschaffen wurde, um Fortschritte zu machen, haben von Agca gesagt, daß er sich nicht weiterentwickelt.“

Ali Agca: ...aber ich habe in meinem neuen Leben und in meiner Verteidigung einen legalen Weg gewählt, und ich komme voran. Ich mache Fortschritte im Licht der Wirklichkeit.

Calabro: Können Sie uns denn sagen, wer Ali Agca vorher war?

Bei dieser Frage sieht man ihn an, daß ihn schwere Erinnerungen bewegen. Er bebt seine Hand, als wolle er sich abschirmen.

Ali Agca: Es war die Zeit des Abenteuers, lassen wir das ...

Calabro: War der Papst für Sie nicht eine Zeitlang eine Zielscheibe? (Bei dem Wort „Zielscheibe“ schaudert Ali Agca.) Ich meine, eine Zielscheibe haben Sie an den Papst gedacht wie an eine Zielscheibe, die man treffen muß. Wer ist Johannes Paul II. jetzt für Sie?

Ali Agca: Er ist wie ein Bruder. Er ist so gut und sensibel. Das kann ich wohl sagen, der ich ihn von Angesicht zu Angesicht gesehen habe.

Die Zeit des Gesprächs zwischen uns vergeht ohne Hast. Ali Agca sitzt an der anderen Seite des Tisches in dem großen Raum des Überwachungsrichters im ersten Stock des Gefängnisses von Rebibbia. Oft verschränkt er seine Hände, richtet den Blick nach oben, um die richtigen Worte, den richtigen Ton zu finden. Der stellvertretende Direktor des Gefängnisses, der mich begleitet, bietet ihm eine Zigarette an. Wünschen sich Gefangene nicht immer sehnlichst eine Zigarette?

Ali Agca: Ich brauche keine.

Calabro: Als Johannes Paul II. sich Ihnen vor einem Jahr näherte, haben Sie gesagt: „Ich warte schon lange auf Dich.“ Was wollten Sie damit sagen?

Ali Agca: Dieses Wort hatte eine religiöse Bedeutung. Ich bin Moslem, und doch hat sich der Papst mir zugekehrt wie ein Hirte. Ein Hirte hat das Recht zu warten, zu verlangen, Wahrheit zu verbreiten, an die er glaubt. Ich habe großen Respekt davor.

Calabro: Wie sehen Sie jetzt die Zukunft?

Ali Agca: Ich habe mit der Justiz ohne Vorbedingungen zusammengearbeitet. Ohne irgend etwas zu verlangen. Das wissen alle. Für mich gilt nicht das Recht derjenigen, die befragen. Meine Zukunft? Vielleicht könnte sie sich nach dem Prozeß ändern.

Es stimmt, Agca erwartet eine unwiderstehliche Strafe. Es ist nicht möglich, bei ihm Strafnachlaß aufgrund des „Gesetzes für die Reuigen“ zu erwirken.

Calabro: Was erwarten Sie also von diesem Prozeß? Wird der Prozeß zu erwirken?



Der Papst-Atheist Ali Agca
FOTO: CAMERA-PRESS

die Verurteilung oder die Bestätigung Ihrer Wahrheit sein?

Ali Agca: Der Prozeß wird sicherlich entscheidend für die juristische Lage sein.

Calabro: Haben Sie den Papst um nichts gebeten?

Ali Agca: Nein, ich habe ihn um nichts gebeten. Es wäre also nicht recht, wenn ich Ihnen jetzt sagte, ich hätte ihn um etwas gebeten. Aber ich bitte den italienischen Staat um Begnadigung. Aus humanitären Gründen.

Calabro: Wann haben Sie den Antrag gestellt?

Ali Agca: Ich stelle ihn jetzt, in diesem Interview.

Calabro: Aber außer dem Gnadengesuch, setzt nicht Agca vielleicht seine Freiheitshoffnung auf andere Initiativen, ungerechte, illegale; man sagt, das sei das Ziel des „Caso Orlandi“.

Ali Agca: Der italienische Staat würde dergleichen nie dulden. Ich möchte die hinzufügen: Eine mögliche Begnadigung wäre nur ein Akt der Menschlichkeit. Ich wäre sehr dankbar, wenn der Prozeß in diesem Sinne verlief. Ich wiederhole: Ich habe nicht nur den Terrorismus hinter mir gelassen sondern auch jegliche Gewalt-Idee.

Calabro: Was werden Sie tun, wenn Sie frei sein sollten?

Ali Agca: Daran denke ich noch nicht.

Wir haben uns ungefähr anderthalb Stunden unterhalten. Er will, daß ich ihm Punkt für Punkt seine Antworten vorlese, um sicherzugehen, daß er nur gesagt hat, was zu seinen Gunsten und nicht zu seinem Schaden gereicht. Er ist zu clever, zu intelligent, um nicht zu wissen, daß seine Aussagen provozieren könnten. Er korrigiert, schwächt ab, fragt zweimal, ob der Text, den ich wiedergebe, zensiert wird. Er ist froh, daß das nicht der Fall ist.

Zum Schluß überlegt er und fragt mich, ob dieses Interview vor Weihnachten erscheint. Ich sage ja, und er scheint wieder glücklich. Schließlich geben wir uns die Hand. Überraschenderweise kommt er mit einem „Ich danke dir“ heraus.

© Copyright „Il Sabato“

Kohl handelte korrekt bei Nachrüstung

Fortsetzung von Seite 1

Fall sei diesem Erfordernis bereits durch die „Zustimmungsgesetze zum Nordatlantik-Vertrag“ von 1955 und zum Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland genügt, betont das Bundesverfassungsgericht. Im übrigen fehlten jegliche „Anhaltspunkte dafür, daß mit der Zustimmung zur Stationierung Angriffswaffen verbunden“ wären, erklärte das BVerfG.

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) zeigte sich „glücklich“ über den Ausgang des Verfahrens. Nach seiner Meinung hat das höchste deutsche Gericht der Bundesregierung bescheinigt, verfassungsgerecht gehandelt zu haben. Das Urteil sei eine „klare Absage an das Demokratieverständnis der Grünen“. Schließlich habe das Gericht auch eine deutliche Aussage zur Gewaltenteilung in der Bundesrepublik gemacht. Darüber hinaus habe es im sicherheitspolitischen Bereich die Handlungsfähigkeit der Regierung gestärkt. Auch für das Bündnis seien die klaren Aussagen der Richter von Bedeutung.

Nach Ansicht der SPD muß die Raketenstationierung auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts weiter politisch bekräftigt werden. Die SPD werde auch in Zukunft ihre Kraft darauf konzentrieren, die politischen Voraussetzungen für eine Beseitigung der Raketen zu schaffen, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Alfred Emmerlich.

Brandt: Zum 8. Mai Sitzung des Bundestages

rtr, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat sich für eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages zum Gedenken an den 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985 ausgesprochen. Eine solche Sitzung mit einer Rede des Bundespräsidenten wäre dem Tag angemessen, sagte Brandt. Gleichzeitig wies er auf die von seiner Partei zum 40. Jahrestag geplante Veranstaltung am 7. Mai in Nürnberg hin, bei der ein „Nürnberger Manifest“ veröffentlicht werden soll. Zu diesem Gespräch sind unter anderem Bürgermeister von im Zweiten Weltkrieg besonders stark zerstörten Städten aus Ost und West eingeladen. Brandt betonte, der Gedenktag würde nicht nur Anlaß für eine Rückschau sein. Man müsse auch über die Lehren aus der Vergangenheit sprechen. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte dazu aufgerufen, den 40. Jahrestag des Kriegsendes in stillen Gedenken zu begehen, wie Regierungssprecher Peter Boenisch am Montag erklärte.

Angriff gegen Rasch aus der FDP-Mitte

hrt, Berlin

Der Widerstand gegen die Berliner FDP-Landespartei greift nun auch in die Mitte-Rechts-Kreise der Partei über. Mehrere Funktionäre und Wahlkreis-Kandidaten drohen mit einem Wahlkampf-Boykott, falls nicht eine für den 20. Dezember geplante Wahl eines bereits nominierten FDP-Spitzenkandidaten im Bezirk Steglitz verhindert werde. Sie werfen dem Parteivorsitzenden Walter Rasch vor, diesen Versuch nicht verhindert zu haben.

Griechen und Italiener lenken in Brüssel ein

dpa, Brüssel

Griechen und Italiener haben gestern in Brüssel bei den Verhandlungen über den Beitritt Spaniens und Portugals eingelenkt, so daß über die Kapitel „Wein“ und „Fischerei“ ein gesprochen werden kann. Die Griechen gingen jedoch nicht von ihrem generellen Vorbehalt gegen den Beitritt der beiden Staaten ab, den sie nach wie vor von der Verabschiedung eines Programms zur strukturellen Entwicklung rückständiger Mittelmeerregionen abhängig machen.

Nachdem die Spanier bereits am Vortag das Angebot der Zehn auf dem Agrarsektor als völlig unzureichend abgelehnt hatten, äußerte sich der spanische Außenminister Fernando Moran gestern schon vor dem Treffen mit seinen EG-Kollegen skeptisch über die Fischerei-Offerte der Gemeinschaft. Danach würde die Übergangsfrist bis zur vollen Integration der spanischen Fischer erst Ende des Jahrhunderts ablaufen, was Madrid als diskriminierend ansieht. Trotz der nach wie vor äußerst schwierigen Verhandlungen und des Zeitdrucks halten beide Seiten an dem geplanten Beitrittsstermin zum 1. Januar 1986 fest. Die Deutschen haben noch einmal nachdrücklich klar gestellt, daß sie einer Aufstockung der EG-Finanzmittel von einem auf 1,4 Prozent des Mehrwertsteuer-Aufkommens nur dann zustimmen werden, wenn die Aufnahme Spaniens und Portugals in die Gemeinschaft sichergestellt sei.

Sie können Ihrem Kind nichts Besseres mitgeben als eine gute Ausbildung.

Die Qualität der Ausbildung eines jungen Menschen bestimmt entscheidend seine späteren Lebenschancen. Eine gute Ausbildung kostet jedoch viel Geld.

Hier hilft Ihnen unser neuer Ausbildungs-Sparplan. Mit ihm können Sie die Finanzierung der Ausbildung sicherstellen. Je früher Sie beginnen, desto besser.

Wenn Sie z.B. schon ab der Geburt Ihres

Kindes monatlich 100 DM einzahlen, können ihm ab seinem 20. Geburtstag jeden Monat über 960 DM ausgezahlt werden. Und das 5 Jahre lang!

Unsere Berater informieren Sie gern über den neuen Ausbildungs-Sparplan.

*Das Beispiel basiert auf den derzeit gültigen Zinssätzen.



Dresdner Bank

Mittwoch, 19. Dezember 1984
Nr. 297

Endlich mit Erfolg

ig - Nun geht es also doch - nach jahrelangem Widerstand hat die deutsche Bauindustrie zwei ihrer Landesverbände in einen Musterprozess gegen das Bundeskartellamt geschickt, um die Zulässigkeit von Angebotsmehrfachverfahren gerichtlich klären zu lassen. Immer wieder hatte Behördenchef Kartze der Branche ein solches Prozedere nahegelegt - endlich mit Erfolg.

Solche Meldungen, die dem Bieter bei einer Ausschreibung vor der Abgabe des Angebots die Namen seiner ebenfalls interessierten Konkurrenten mitteilen, waren 1976 vom Amt als „Verstoß gegen Preisgeheimhaltung“ untersagt worden. Seither führt die Branche bewegte Klagen über die „mangelnde Transparenz des Bauprozesses“, Wurzel des als „desolate Lage am Bau“ häufiglich bekannnten Übels. Nicht die Überkapazitäten in diesem Wirtschaftszweig sind schuld, sondern die Kartellbestände.

Der Prozess, der demnächst vor dem Kammergericht beginnen wird, basiert auf einer neuerlichen Untersuchung durch das Amt, diesmal wegen Verstoßes gegen das Kartellverbot. In der Tat ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß ein Baunternehmer, wenn er bei einer Ausschreibung die Namen seiner Mitbewerber kennt, deren Auftragslage zur Basis seiner Kalkulation macht. Im Unterbewußt-

sein ist dies auch der Bauindustrie geläufig, denn die unter ihrer Mitwirkung entstandene Verdingungsordnung für Bauleistungen schreibt vor, daß der Kreis der Bieter geheim zu sein hat. So kann durchaus alles beim alten bleiben, bis auf dies: Die Branche wird sich neue Klagen einfallen lassen müssen.

Zurückhaltung

Mk - Es gehört zum Ritual, daß der Bauernverband klagt. Sicher, die Einkommenssituation der Landwirte hat sich verschlechtert und auch für die jetzige Periode steht kein großer Sprung nach vorn ins Haus, aber eine deutliche Verbesserung. Immerhin hat allein der Bund in einem Umfang von Hilfemaßnahmen getroffen, der nicht erwartet werden konnte. Jetzt fordert der Verband höhere Preise für Marktordnungswaren. Das Schlagwort von der aktiven Preispolitik reizt die Gemüter. Und dieses kann gefährlich werden, selbst für den Zusammenhalt im Verband. Denn hier werden Erwartungen geweckt, die sich zumindest im nächsten Jahr kaum erfüllen lassen. Die Gemeinschaft hat kein Geld für höhere Preise. Die Überschüsse und die gewaltigen Vorräte stellen eine Belastung dar, deren Finanzierung für 1985 noch gar nicht gesichert ist. Und das bei den geltenden Preisen. Etwas mehr Zurückhaltung und Augenmaß des Verbandes wäre daher am Platz. Sonst kann es ihm so wie dem Zauberkünstler ergehen.

Weniger, aber teurer

Von HARALD POSNY

Jetzt kaufen sie wieder. Würde man dieses vorweihnachtliche Konsumurteil an vollen Parkhäusern, chaotischen Innenstadtsituationen und dem lebensgefährlichen Gedränge an Tischen und Regalen des Einzelhandels ausrichten, es wäre bestimmt nicht richtig. Eine hohe Frequenz in den Warenhäusern wurde bereits Ende November beklagt. „Beklagt“, weil das Publikum überwiegend erst sondierte, abwogte, Preis und Qualität verglich.

Billigen Timmer haben sich die Deutschen zu Weihnachten nie geschenkt. Nicht einmal in weniger rosen Zeiten. Doch dann brach die mühsam von Sparsinn und Abwarten gezogene Kaufwut durch das Erscheinen eines Gegenstandes um (fast) jeden Preis, das in den letzten Tagen vor dem Fest dann in Verlegenheits-Präsenten, in penknarigen Käufen von Nichtigkeiten und allem unpraktischen Scheußlichkeiten endet. Dennoch haben die Deutschen das Kaufen nicht verlernt.

An dieser Stelle soll nun keineswegs einer Miesmacherei zum Weihnachtsfest das Wort geredet werden. Aber in gewisser Weise hebt sich das Weihnachtsgeschäft 1984 - wenn auch in der Entwicklung über Jahre hinweg vom Weihnachtsgeschäft früherer Jahre ab.

In Kreislauf des Jahres war Ostern die Zeit für den neuen Anzug, Weihnachten wurde eine neue Stereo-Anlage oder ein Fernsehgerät gekauft. Heute sind dies Dinge, die man sich unabhängig von Fest und Jahreszeit kauft, wenn sie nötig sind. Daß Qualität und Preis zu Weihnachten stimmen müssen, steht außer Frage, wenn auch bei größeren Anschaffungen nicht auf einen Hunderteckel geschaut wird. Mehr und mehr wird vom Käufer nach dem Gebrauchszweck gefragt. Es zählen nicht mehr Funktionen, die man schon längst kennt; neue, in Prestigedebatten wirkende Aspekte kommen hinzu.

So ist in diesem Jahr der Elektronik-Boom zu erklären. Die „kleinen“ dahinein begnügen sich schon nicht mehr mit dem für das Telespiel ausgerüsteten Computer, er muß mehrere Möglichkeiten für neue Aktivitäten in sich haben, vielleicht auch schon für Schmei und Beruf. Und da diese Geräte unglaublich teuer sind, nicht selten über 2000 Mark, wird insgesamt weniger, aber teurer, sicher auch Bes-

seres an Gegenwert eingekauft. Im Warenhausbereich hat man das schon erkannt, ist auf die volle Kasse in dieser Abteilung und die leere nebenan nicht aus. Diese gelassene Haltung mag natürlich der Fachhändler nebenan nicht teilen. Er fürchtet, am günstigstenfalls 19-Milliarden-Mark-Kuchen des Weihnachtsgeschäfts 1984 nur bedingt beteiligt zu werden.

Vielleicht spürt man den Wandel bei den Wünschen und Geschenkkäufen auch nur deshalb, weil der technische Wandel derzeit besonders stark ist. Video ist fast nicht mehr „in“, Compact Disc, Videobänder und Kassettenspieler haben das Schallplatten-geschäft stark geschwächt. Dafür tendieren die Jüngeren zu besonders hochwertigen Autoradios. Ähnliches im Fotobereich nicht zu übersehen: Super-8-Filmkameras und Projektoren wurden von Spiegelreflex-Kameras (als Zweitkamera) und Videokameras abgelöst.

Besonders rasant hat sich im Spielwarenereich die Umkehr von Bedarf und Wünschen gezeigt: Computer, Tele- und Elektronikspiele, Taschenrechner, aber immer stärker - gleichsam als häusliches Kontrastprogramm - statt der früheren Puzzles zum Teil hochintelligente Denk- und Ratespiele. Neue Häuslichkeit dokumentiert sich in Neuauf-lagen von Omas Kochbüchern, neue Innerlichkeit kommt in der neuen Generation von Kuschelpuppen à la Krutkopf zum Vorschein. Die gute alte Puppe, wo ist sie geblieben? Besonders schöne alte Exemplare werden schon im Antikladen gehandelt.

Bei soviel Bedarfs-, Verlegenheits- und Trendorientierung, wo bleibt denn das Prestigegedanke? Er ist weitgehend abhanden gekommen, und die Händler wissen nicht so recht, wie sie das beurteilen sollen. An seine Stelle ist jedoch der Markengedanke, lange totgesagt, neu getreten: die (besondere) Marke als neues Symbol für Qualität, Design und Mode. Nach Marken werden vor allem Kameras, Computer und Video gekauft. Dabei fällt die Kaufentscheidung heute schon zu 80 Prozent zu Hause, ein Zeichen dafür, wie stark man sich in den eigenen vier Wänden mit Produkt und Marke vertraut gemacht hat und dann als „Wissender“ die Funktion des beratenden Handels unterläuft.

ELEKTROHANDWERK / Markt übersättigt - Sorgen über schwache Baukonjunktur

Die Betriebe haben sich auf ein „schweres Jahr“ 1985 eingestellt

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Das deutsche Elektrohandwerk hat sich auf ein „schweres Jahr“ 1985 eingestellt. Anlaß zur Sorge gibt vor allem der Rückgang der erteilten Baugenehmigungen (im September 1984 um 25 Prozent), der den Zentralverband der Deutschen Elektrohandwerker (ZVEH) eine „stark rezessive Entwicklung“ befürchten läßt. Auch im Bereich der öffentlichen Hände rechnet Geschäftsführer Heinz-Werner Schult mit einem Umsatzrückgang um etwa zehn Prozent.

Auch das für viele Elektrohandwerksbetriebe wichtige Handelsgeschäft mit elektrotechnischen Produkten verspricht wenig Entlastung. Das gilt speziell für den Zweig der Rundfunk- und Fernsehgerätektechnik, in dem das Materialgeschäft 80 Prozent Umsatzanteil erreicht. „Zweistellige Umsatzsteigerungen, etwa beim Videorecorder, dürften hier endgültig der Vergangenheit angehören“, meint Schult.

Größere Hoffnungen für weite Teile der Branche bietet nur noch das Geschäft mit den gewöhnlichen Kunden. Die stärkere Investitionsneigung, aber auch die allmähliche Umstellung auf neue Techniken - zum Beispiel die digitale Steuerung auch der Starkstrom-Schalttechnik - verheißt hier noch ein gewisses Umsatzpotential. So verspricht der gewerbliche Bereich auch den Ausweg aus einer anderen Klemme: „Ernst-hafte Elektroinstallationsfirmen konzentrieren sich zunehmend auf den Gewerbebau, weil im privaten Ein- und Zweifamilienhausbau keine mü-de Mark mehr zu verdienen ist“, stellt Schult fest.

Für diese Misere sieht der ZVEH-

Geschäftsführer zwei Gründe: ● Der „graue Markt“ ist besonders im Elektrohandwerk sehr ausgeprägt. Zunehmend gebe es auch angestellte Meister und Gesellen - nicht selten aus öffentlichen Betrieben wie Post, Bahn oder Bundeswehr -, die am Wochenende den eigenen, häufig sogar angemeldeten Ein-Mann-Betrieb laufen lassen.

● Gerade in beschäftigungsarmen Zeiten, die auch jungen Meistern nicht immer adäquate Anstellungsmöglichkeiten bieten, bestehe eine besondere Neigung zur „Flucht in die Selbständigkeit“. Mangelhafte kaufmännische Kenntnisse führten dazu, daß jeder zweite Jungunternehmer schon nach zwei Jahren wieder aufgeben müsse. „Die meisten stolpern über die erste Steuernachforderung“.

Gleichwohl sei der Markt mit 41 600 Betrieben eindeutig übersättigt. Und die Preisstrategien sowohl der „grauen“ Anbieter als auch der Einsteiger hätten zu einem Preisverfall geführt, der in einzelnen Regionen ruinöse Ausmaße erreicht habe. So liege die Rendite der Handwerksunternehmen derzeit bei kümmerlichen zwei bis höchstens fünf Prozent

vom Umsatz vor Steuern. „Die Masse der Betriebe lebt augenblicklich von der Substanz.“ Gleichwohl ist die Zahl der Beschäftigten im Elektrohandwerk 1984 nach zwei Jahren des Rückgangs erstmals wieder leicht - um 0,7 Prozent auf 235 600 (233 900) Mitarbeiter - gestiegen. Schult führt dieses Jahresend-Ergebnis auf einen Kurzfrist-„Boom“ im dritten Quartal zurück, in dem die Branchenumsätze um runde zehn Prozent über dem Vorjahresniveau lagen. Dieser Boom folgte mit dem üblichen zeitlichen Abstand einem Zwischenhoch im Baugewerbe im Frühjahr 1984.

Nur dieser Herbstspitze ist es auch zu verdanken, daß der Handwerkszweig im Gesamtjahr noch einmal recht glimpflich davongekommen ist. Nominal stiegen seine Umsätze sogar um 1,5 Prozent auf 20,46 (20,17) Milliarden Mark. Preisbereinigt ergab sich indessen ein Rückgang um ein Prozent. Die Aussicht auf Besserung ist gering: „Nur mit äußerster Anstrengung werden wir 1985 zu ähnlichen Ergebnissen kommen können“, prophezeit Schult.

Enttäuscht wurden bislang auch die Hoffnungen auf Impulse von den neuen Medien. Das Bildschirmtext-Geschäft scheint „sich in der allgemeinen Akzeptanz bei weitem nicht so zu entwickeln wie erhofft“. Und auch beim Kabelfernsehen, das den Elektrobetrieben den Ersatz fürs Antennengeschäft bringen sollte, läuft offenbar nicht alles nach Wunsch.

EG-STAHLINDUSTRIE

Subventionen müssen zum Jahresende eingestellt werden

WILHELM HADLER, Brüssel
Die EG-Kommission hat sich mit ihren Plänen für eine Änderung des Beihilfenkodex in der europäischen Stahlindustrie vorerst nicht durchsetzen können. Die Folge ist, daß die Mitgliedstaaten gehalten sind, Subventionen für den laufenden Betrieb von Unternehmen - wie vorgesehen - am Jahresende einzustellen.

Auch in der letzten Sitzung vor Ablauf dieser Frist trafen im Ministerrat die Meinungen wieder hart aufeinander. Eine Verlängerung des Auszahlungszeitraums für die bereits im September 1983 bedingt genehmigten Beträge scheiterte vor allem am Widerstand Frankreichs und Italiens.

Beide Länder sind mit der Umstrukturierung ihrer Stahlindustrie noch im Rückstand. Die Kommission will ihnen daher nicht nur die Möglichkeit einräumen, Betriebsbeihilfen zu strecken, sondern darüber hinaus auch zusätzliche Investitionsbeihilfen zu beantragen. Hinter diesem Vorschlag steht die Besorgnis, daß ohne ein derartiges Entgegenkommen der gesamte Zeitplan für den Abbau der Beihilfen Ende 1985 auslaufen würde.

Während Bonn (mit Rücksicht auf den Finanzbedarf von Arbed-Saarstahl) die Fristverlängerung für die Betriebsbeihilfen eher begrüßt, stellt sich Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann in der Frage der Aufstockung des zulässigen Beihilfe-

volumens ganz hinter die Forderungen der deutschen Stahlindustrie. Frankreich und Italien verknüpften jedoch beide Entscheidungen. So fand sich für die Fristverlängerung nicht die geforderte Einstimmigkeit.

Nach Meinung der Bundesregierung kann eine Aufstockung der Subventionsbeträge nur für den Fall in Betracht kommen, daß sich die betroffenen Unternehmen zu weitergehenden Kapazitätsstillegungen bereit erklären oder den weniger stark subventionierten Betrieben zusätzliche Produktionsquoten eingeräumt werden. Dieser Bedingung widersprach auch der sonst durchaus marktwirtschaftlich orientierte Brüsseler Wettbewerbskommissar Frans Andriessen. Für ihn ist allein ausschlaggebend, daß durch etwaige zusätzliche Beihilfen die industrielle Effizienz und finanzielle Lebensfähigkeit der Unternehmen bis Ende 1985 gewährleistet wird.

Im Rat fand Bangemann die Unterstützung Hollands, Dänemarks und Griechenlands, während sich die Belgier und Luxemburger, die ebenfalls zusätzliche Beihilfen wünschen, auf die andere Seite schlugen. Unwiderrprochen konnte der irische Präsident dagegen feststellen, daß kein Antrag auf Verlängerung des endgültigen Termins für den Abbau der Beihilfen gestellt wurde. Bangemann hält dieses Einvernehmen für das wichtigste Ergebnis der Ratssitzung. Nach seiner Meinung hat sich Bonn in Brüssel bislang voll durchgesetzt.

AUF EIN WORT



1985 kann wieder zur Wende in der Lohnstückkostentwicklung werden. Nämlich dann, wenn die mit der Arbeitszeitverkürzung einhergehenden Lohnerhöhungen in Höhe von 5,9 Prozent nicht wenigstens teilweise durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeit aufgefangen werden können.

Dr. Wolf Hartmut Prellwitz, Vorsitzender des Vorstandes Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg A.K. Karlsruhe
FOTO: JUPP DARCHINGER

Werkzeugindustrie im Aufwärtstrend

VWD, Remscheid

Einen „anhaltenden Aufwärtstrend nach drei schwächeren Jahren“ meldet die deutsche Werkzeugindustrie. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sei der Absatz um 6,5 Prozent gestiegen, berichtete der Fachverband Werkzeugindustrie (FWI) in Remscheid. Rund 90 Prozent der Firmen rechneten damit, daß die Situation auch in den nächsten drei Monaten „günstig bis befriedigend“ bleibe. Etwa 80 Prozent erwarteten ein Anhalten der derzeitigen Absatzlage. Die Aufträge aus dem Ausland lagen Ende September um 13,2 Prozent und die aus dem Inland um 8,2 Prozent über den Vorjahreszahlen.

BUNDESVERSCHULDUNG

Zinsen vom Staat übertreffen die Netto-Kreditaufnahme

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Der Bund, der den Kapitalmarkt zur Finanzierung des Haushalts 1984 mit brutto knapp 75 Mrd. DM in Anspruch genommen hat, wird 1985 mit einem Bruttokreditbedarf von 70,7 Mrd. DM auskommen. Staatssekretär Hans Tietmeyer vom Bundesfinanzministerium rechnet mit einem Rückgang der Nettokreditaufnahme des Bundes von etwa unter 30 Mrd. - der Haushaltsausschuß-Berichterstattung - auf 28 Mrd. DM - auf 25 Mrd. DM, und mit einem leichten Anstieg der Anschlußfinanzierung für Tilgungen von 45,2 Mrd. DM in diesem Jahr, worin schon 1,7 Mrd. DM Rückzahlung der Investitionshilfskredite enthalten ist, auf 45,7 Mrd. DM.

Für die Jahre 1986 und 1987 zeichnet sich allerdings ein Anstieg der Bruttoneuverschuldung auf jeweils

87 Mrd. DM ab, die 1988 wieder in Richtung auf 70 Mrd. DM zurückgeht. Darin spiegelt sich das erhebliche Gewicht der jeweils rund 62 Mrd. DM Tilgungen 1986 und 1987, eine Hypothek aus der kurzfristigen Finanzierung der Bundesschulden 1981/82.

Die staatliche Kreditaufnahme werde jedoch, wie Tietmeyer sagte, keine Belastung für den Kapitalmarkt sein, da gezahlten Zinsen 1985 bereits um 15 Mrd. DM höher seien als die gleichzeitige Nettokreditaufnahme; in diesem Jahr sind die Zinszahlungen bereits um drei Mrd. DM höher und nach 1985 steigt dieses Plus auf über 30 Mrd. DM. Für den Bundeshaushalt seien die Zinsen, die von 28,3 Mrd. DM (11,1 Prozent der Gesamtausgaben) im nächsten Jahr auf 29,5 Mrd. DM bis 1988 auf mehr als 37 Mrd. DM (13 Prozent) steigen, allerdings eine erhebliche Belastung.

LANDWIRTSCHAFT

Heereman erwartet kaum Einkommensverbesserung

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Diäteter als Landwirtschaftsminister Ignaz Kiesche schätzt der Bauernverband die aktuelle Einkommensentwicklung auf dem Lande ein. Der Verband geht, wie sein Präsident Constantin Freiherr Heereman gestern in Bonn erklärte, davon aus, daß sich die Einkommen trotz des nationalen Ausgleichsprogramms, das sich alles in allem auf mehr als drei Milliarden Mark im Jahr summiert, im laufenden Wirtschaftsjahr stabilisieren oder „vielleicht um ein Prozent“ steigern könnten. Da gegen sagt Kiesche für die am 30. Juni endende Periode „spürbare Einkommensverbesserungen“ voraus.

Nach den Berechnungen des Bauernverbandes ist der Gewinn je Familienarbeitskraft in der Landwirtschaft im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1983/84 um 14 Prozent auf 22 400 gesunken. Tendenziell deckt sich dies

mit der Vorausschätzung Kiesches, der von einem Rückgang um 22 Prozent gesprochen hatte. Allerdings liegen die Einkommensangaben des Ministeriums im Niveau höher als die des Verbandes. Der Abstand zum gewerblichen Vergleichslohn beträgt nach Angaben des Verbandes 12 000 Mark. Er fordert daher die Einführung steuerfreier Rücklagen und vor allem eine „aktive Preispolitik“, also höhere Marktpreisrücklagen und in der EG im Frühjahr. Notwendig seien auch Korrekturen in der Milchpolitik, so die Abschaffung der Milverantwortungsabgabe. „Wir brauchen eine Politik, die wieder berechenbar ist und die auch den Bauern wieder etwas mehr Zuversicht vermittelt“, sagte Heereman. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat in einem Interview angesichts der Haushaltslage der Gemeinschaft auf die Grenzen der Preispolitik hingewiesen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

USA verlassen

Gatt-Milchabkommen

Washington/Genf (AFP/dpa/VWD) - Der amerikanische Landwirtschaftsminister John Block hat in Washington offiziell den Austritt der USA aus dem Milchwirtschaftsabkommen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) angekündigt. Die USA nehmen Anstoß an den stark subventionierten Butterverkäufen der EG. Block versicherte, diese Entscheidung bedeute keinen Handelskrieg gegen die anderen Erzeugerländer. Sie sei die logische Anwendung des Wirtschaftsdenkens der Reagan-Regierung, die sich von der Rückkehr zum freien Markt mehr verspricht als von einer Preisreglementierung.

Wieder Silvesteranleihe

Frankfurt (cd.) - Der Bund plant wieder eine Silvesteranleihe, die ein Volumen von mindestens zwei Mrd. DM haben wird. Die Konditionen werden am kommenden Montag festgelegt. An längere Laufzeiten als zehn Jahre ist im Bundesfinanzministerium nach Auskunft von Staatssekretär Tietmeyer bisher nicht gedacht worden.

Meldeverfahren unterschagt

Berlin (dpa/VWD) - Das Bundeskartellamt, Berlin, hat der Wirtschaftsverwaltung Bauindustrie, Düsseldorf, und dem Verband industrieller Bauunternehmungen Mittelrhein, Koblenz, die für Anfang 1985 geplante Einführung eines Angebotsmeldeverfahrens unterschagt. Das geplante Verfahren sah nach Angaben des Kartellamts vor, daß Bauunternehmer bei einer Ausschreibung dem Verband ihr Interesse mitteilen und noch vor ihrer Angebotsabgabe vom Verband die Namen der an der Ausschreibung interessierten Wettbewerber erhalten.

Post investiert mehr

Bonn (dpa) - Die Bundespost erwartet auch für 1985 einen Milliarden-Gewinn. Wie das Postministerium gestern mitteilte, steigt die Post deshalb im nächsten Jahr ihr Investitionsvolumen nochmals um 1,9 Mrd. DM oder 13,2 Prozent auf 16,7 Mrd.

DM. Der am Montag beschlossene Haushaltsvoranschlag der Bundespost für 1985 sieht mit einem Gesamtvolumen von 70,8 Mrd. DM eine Steigerung gegenüber 1984 um sechs Prozent vor. Sein Umfang beträgt damit mehr als ein Viertel des Bundeshaushalts.

Keine Einwände

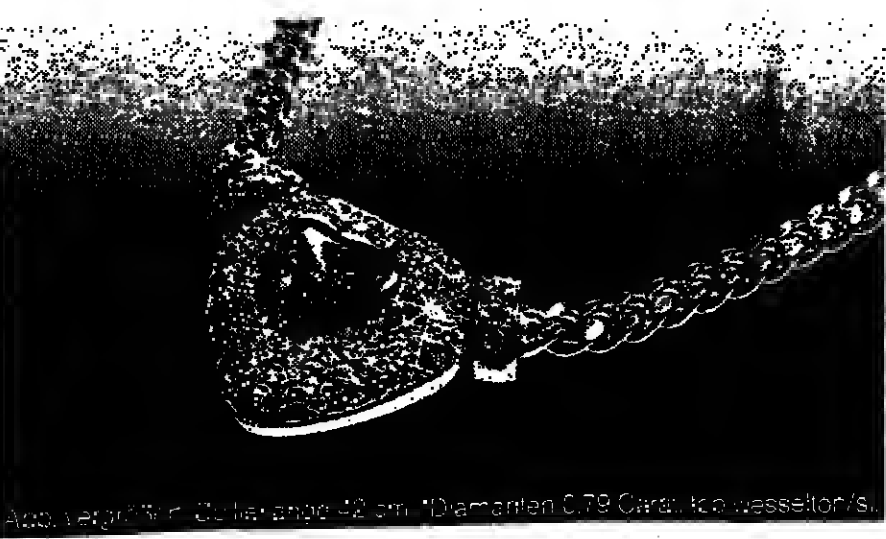
Washington (AFP) - Die USA haben ihre Einwände gegen den Wiedereintritt Polens in den Internationalen Währungsfonds (IWF) aufgegeben und die Warschauer Regierung offiziell davon unterrichtet, wie der Sprecher des Außenministeriums, Alan Romberg, in Washington mitteilte. Die Entscheidung wurde nach Angaben des Sprechers auf Grund der Freilassung politischer Häftlinge in Polen getroffen. Damit hat Washington eine der wichtigsten Sanktionen aufgehoben, die es im Dezember 1981 nach der Ausrufung des Kriegsrechts und des Verbots der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarnosc“ gegen Warschau verhängt hatte.

Marktmiete gefordert

Bonn (VWD) - Die Aufgabe des starren Kostenmieten-Prinzips zu Gunsten der Marktmiete hat der Präsident des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Theodor Paul, gefordert. Es sei dringend erforderlich, die durch „Unternehmensmieten“ oder „Wohnwertmieten“ drohende Marktsplittung zu verhindern. Für alle Mietwohnungen sollte künftig die Marktmiete als einheitlicher Mietbegriff gelten. Gabe man die Mietpreise heute frei, würde sich nach Überzeugung Pauls schnell zeigen, daß manche der jetzt noch geforderten und gezahlten Mieten nicht mehr erzielbar seien, daß die Sozialmieten sinken und andere Mieten steigen würden.

Prime-Rate gesenkt

New York (dpa/VWD) - Die US-Großbank Manufacturers Hanover Trust hat ihre Prime-Rate von 11,25 auf 10,75 Prozent gesenkt. In den USA steht nach Ansicht von New Yorker Geldmarktexperten eine allgemeine Senkung dieses Zinssatzes für Kredite an erste Adressen bevor.



Nichts schenkt mehr Freude als eine Kostbarkeit voller Harmonie und Charme: Gelbgold-Collier 750 mit einem Diamant-Herz (Canary-Gelb, 1,17 Carat) und vielen Diamanten*. Der Preis: 17 400,- DM. Exklusiv bei Juwelier Rüschenbeck.

Rüschenbeck DORTMUND, WESTENHELLWEG 45, TELEFON (0231) 14 60 44 · DUISBURG, KÖNIGSTRASSE 6 · HAGEN, MITTELSTRASSE 13

SHERRY CHRISTMAS.



FERINEL

Schlüsselposition bei Boussac

Die französische Immobiliengruppe Ferret-Savinell (Ferinel) übernimmt die Schlüsselposition in der 1981 in Konkurs gegangenen Textilgruppe Boussac. Die französische Regierung entschied sich jetzt für die Übernahmepläne von Ferinel, die de facto die Reprivatisierung des staatlichen Nachfolgeunternehmens der

VWD, Paris

Steigende Rendite ab 1985

DAS LEOPOLD-CENTER
GEWERBEFONDS IN BERLIN

Ca. 62,5%
Verlustzuweisung auf die Beteiligung

Vergleichbare Brutto-Rendite bis ca. 15%

Die Alternative zu Berlin-Darlehen

AT
ARZTE-FREIHAND
Vermögensverwaltung GmbH
Hardenbergstr. 8, 1000 Berlin 12
Zentrale (030) 31 90 06-0
Förmlich Sie telefonieren
Unterlagen an!

BSF, der Compagnie Boussac Saint-Frères (CBSF), bedeutet. Die Ferinel-Pläne sehen eine Beteiligung von 55 Prozent an der Société Financière et Foncière Agache Willot (SFFAW) vor, der Holding der Gruppe Agache-Willot, zu der bis 1981 auch die BSF gehörte. Ferinel will in den nächsten sechs Monaten 400 Mill. F in das Unternehmen einbringen und verlangt vom Staat die gleiche Summe. Banken werden rund 200 Mill. F zuschießen. Die Brüder Willot werden an der SFFAW nur noch einen Anteil von 16,5 Prozent nach jetzt knapp 42 Prozent halten.

VW/Dividendenfrage ist noch offen - Verlässliche Prognosen für 1985 nicht möglich - Sorgenkind bleibt Triumph-Adler

Nach zwei Verlustjahren wieder positives Ergebnis

Dominik Schmidt, Wolfsburg: Endgültige Zahlen für das Geschäftsjahr 1984 kann der Vorstand der Volkswagenwerk AG zwar noch nicht präsentieren. Bei allen Vorbehalten aber steht fest, daß der Volkswagen Konzern nach zwei Verlustjahren wieder ein positives Ergebnis ausweisen wird. Die Verbesserung der Ertragsituation, die bereits im dritten Quartal sichtbar wurde, hat sich in den vergangenen Wochen in verstärktem Maße fortgesetzt.

Maßgeblichen Anteil daran hat das florierende Exportgeschäft und der starke Dollar, der bei der US-Tochter VW of America den Jahresüberschuss in ungewöhnliche Höhen trieb. VW-Vorstandschef Carl H. Hahn verweist aber zugleich auf die positiven Ergebnisse der Volkswagenwerk AG und der Audi AG. Die Anstrengungen zur Überwindung der Streikfolgen - rund ein Drittel der Ausfälle konnten wettgemacht werden - machten sich bezahlt.

Nach der Definition von VW-Finanzchef Rolf Selowsky bedeutet die Aussage „positives Ergebnis“, daß der Verlustvortrag aus dem Vorjahr von 59 Mill. DM im Konzern deutlich überkompensiert wird. Dies, obwohl auch 1984 wieder Abschreibungen in zum Teil unerwarteter Höhe erforderlich werden. Selowsky nennt vor al-

lem die Nürnberg Büromaschinen-Tochter Triumph-Adler, für die ursprünglich ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet worden war, die aber statt dessen einen „deutlich höheren“ Verlust als 1983 (50 Mill. DM) ausweisen wird. Mit roten Zahlen arbeiten ferner die Gesellschaften in Argentinien und Mexiko, wenngleich die Verluste dort erheblich verringert wurden. Das bislang größte Sorgenkind, VW do Brasil, scheint dagegen über den Berg zu sein.

Unbeantwortet läßt der VW-Vorstand die Frage, ob 1984 bereits ein ausschüttungsfähiges Ergebnis erwirtschaftet wird. Offenbar soll zunächst die weitere Entwicklung in den ersten Monaten 1985 abgewartet werden, bevor in der Aufsichtsratsitzung Anfang April die Dividendenfrage entschieden wird. Das nicht abzuschätzende Verhalten der Autokäufer beginnt nämlich auch bei VW Wirkung zu hinterlassen.

Die anhaltende Diskussion über die Umstellung auf schadstoffärmere Fahrzeuge läßt nach den Worten Hahns verlässliche Aussagen zu den weiteren Absatzaussichten nicht zu. Es müsse davon ausgegangen werden, daß zumindest im ersten Quartal 1985 die Zulassungen im Inland zurückgehen.

Die aktuelle Entwicklung der Auf-

tragseingänge weise deutliche Bremsen auf. So verringerten sich die hereingenommenen Bestellungen im November um eine zweistellige Prozentzahl. Lediglich der hohe Auftragsbestand habe bislang Schlimmeres verhindert. Vor diesem Hintergrund spreche derzeit wenig dafür, daß das Zulassungsergebnis des Jahres 1984 von rund 2,4 Millionen Wagen im kommenden Jahr wieder erreicht werden kann. Trotz dieser skeptischen Einschätzung, so Hahn, beurteile VW die Aussichten für das eigene Geschäft zuversichtlich, wenngleich „überschwenglicher Optimismus“ fehl am Platz sei.

Im jetzt zu Ende gehenden Jahr 1984 werden die weltweiten Auslieferungen von VW- und Audi-Modellen an Kunden um 2,6 Prozent auf 2,16 (2,13) Millionen Wagen zunehmen. Wesentlich stärker, nämlich um 12 Prozent auf rund 45 (40,1) Mrd. DM, dürfte der Umsatz steigen. Die zweimalige Anhebung der Preise hat daran nur einen geringen Anteil; wesentlich kräftiger schlage die Produkt-Mix-Verbesserung zu Buche.

Auf deutlich über 30 Mrd. DM (plus 15 Prozent) wuchs der Umsatz der AG, während Audi ein Plus von 9 Prozent auf rund 9 Mrd. DM verzeichnet. Auch die Umsätze der südamerikanischen Töchter zeigten einen posi-

tiven Trend. Begünstigt von der Stärke des Dollars überschritt der Umsatz in den USA die 10-Mrd.-DM-Marke. Der Auslandsanteil an den Konzernverkäufen erhöhte sich wieder auf rund 67 (64) Prozent. Innerhalb der AG stieg der Auslandsumsatz auf 58 (51) Prozent.

In der Bundesrepublik erreichten die Auslieferungen von VW- und Audi-Modellen 1984 mit 722 000 Fahrzeugen annähernd das Vorjahresniveau; das entspricht einem Marktanteil von 27,8 Prozent. Das erfolgreichste Modell ist mit einem Anteil von 11 (9,5) Prozent der Golf. Der im Frühjahr eingeführte neue Jetta befindet sich weiter im Aufwind. Ähnliches gelte für die Audi-Modelle mit einem nunmehr vervollständigten Allrad-Angebot.

Zufrieden ist VW mit den westeuropäischen Auslandsmärkten; dort wurden die Konzern-Auslieferungen um 2,7 Prozent auf 625 000 Wagen erhöht. Auf dem neu erschlossenen spanischen Markt wurden 1984 bereits 28 500 Fahrzeuge verkauft. In den USA nahmen die Verkäufe um 16,4 Prozent auf 250 000 Wagen zu. Der geringeren US-Eigenproduktion stehen höhere Lieferungen von Audi (plus 50 Prozent auf 71 000 Pkw) und VW-Exportmodellen (plus 35 Prozent auf 103 400 Einheiten) gegenüber.

NAMEN

Gerd C. Kade wird auf eigenen Wunsch den Vorstand der Herten AG verlassen. Er wird dem Unternehmen aber durch einen Beratungsvertrag weiterhin verbunden bleiben.

Rüdiger Dobin, bisher Vertriebschef der Professional Video Division bei der Sony Deutschland GmbH, Köln, ist zum Marketing- und Vertriebsdirektor ernannt worden.

Günter Neme, seit 1972 Vorstandsmitglied der Allgemeine Kreditversicherung AG, Mainz, tritt zum Jahresende in den Ruhestand.

Armin Schaefer (60), Geschäftsführer der FL Finanz-Leasing GmbH, Wiesbaden, tritt zum 31.12. aus Gesundheitsgründen in den Ruhestand.

Dr. Hans-Erich Forster wird am 1. Januar Vorstandsvorsitzender von Thyssen Henschel, Kassel, als Nachfolger von Hans U. Wolf, der zur neu-

gegründeten Thyssen-Tochter Trans America Inc., Philadelphia, wechselt.

Dr. K. Kornemann wird am 1. Januar 1985 zum Verbandsdirektor des Verbandes rheinischer Wohnungsumbauten, Düsseldorf, berufen.

Ludwig Schwarz, Vorstandsmitglied der Sparkassen-Versicherung AG und der Zentralsparkassen-Versicherung AG, Stuttgart, tritt am 31. Dezember in den Ruhestand.

Dr. Chrysanth Marnet, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Düsseldorf AG, ist zum Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Elektrotechniker (VDE), gewählt worden.

Hans Wiebe wurde zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Berliner Mode-Messe-Gesellschaft mbH, Berlin, gewählt.

UNIONZEISS-GRUPPE / Die Büros werden moderner

Hoher Auftragsbestand

adn. Frankfurt: Zweistellige Zuwachsraten verzeichnet die Unionzeiss-Gruppe, einer der größten Anbieter von Schreibmaschinen im Rhein-Main-Raum. Hintergrund für die positive Entwicklung, die den Umsatz im Geschäftsjahr 1984/85 (30.8.) an die 100-Millionen-Mark-Schwelle bringen soll, ist die schnell fortschreitende Elektrifizierung in den Büros, die nicht nur das Geschäft mit elektronischen Schreibmaschinen, Computern und Software belebt, sondern auch auf Büromöbel durchschlägt, denn die elektronischen Arbeitsplätze müssen entsprechend neu gestaltet werden.

Der Computerauftragsbestand ist so hoch wie noch nie, heißt es bei dem Unternehmen, das als General-

vertreter für Triumph-Adler fungiert. Bei Schreibmaschinen sei es sogar zu einem Lieferstau gekommen. (Triumph-Adler wird in diesem Jahr 525 000 elektronische Schreibmaschinen fertigen, etwa ein Drittel mehr als im Vorjahr.)

Im vergangenen Geschäftsjahr legte die Unionzeiss-Gruppe beim Umsatz sechs Prozent auf 91 Mill. DM zu. Etwa die Hälfte der 422 Mitarbeiter arbeitet in der Produktion (Druckerei), die rund ein Drittel zum Umsatz beiträgt. Überproportional stieg nach mehreren schwächeren Jahren der Cash-flow (Schwäche und Gewinn nach Steuern, aber vor Einkommenssteuer der Gesellschaften) auf 3,8 (3) Prozent vom Umsatz; für 1985 werden fünf Prozent angepeilt.

MBB / „Fall Krauss-Maffei noch lange nicht erledigt“

Vor lebhafterer Nachfrage

DANKWARD SETZ, München: Wer in welcher Gruppierung auch immer letztendlich bei den Übernahmeverhandlungen um die zum Flick-Konzern gehörende Krauss-Maffei AG, München, zum Zuge kommen wird, eines kann nach dem derzeitigen Stand der Dinge jedenfalls ausgeschlossen werden: Ein Schulterschluss der beiden Hauptprivaten IWKA und MBB Messerschmitt-Bölkow-Blom GmbH, Ottobrunn bei München. „Von der Konzeption der IWKA, soweit wir sie kennen, halten wir gar nichts, und sie paßt nicht zu unserer“, meinte MBB-Chef Hanns Arnt Vogels in einem Gespräch mit dem Münchner Club Wirtschaftspresse.

Das war mehr oder weniger auch schon die einzige konkrete Aussage von Vogels zu diesem ganzen Komplex, um den seit Wochen sich heftig die Spekulationen ranken. Verständlich in einer Phase, in der sich die Übernahme für MBB - eigentlich wollte Vogels sie schon im Herbst über die Bühne gebracht haben - zunehmend schwieriger gestaltet. Der Fall ist für ihn „noch lange nicht erledigt“, doch absolut sicher ist er sich der Sache nicht mehr. Mit „Ja“ antwortete er auf die Frage, ob MBB im Gange um Krauss-Maffei vielleicht schon ausgeschieden ist.

Da besteht nämlich zum einen, wie Vogels einräumte, noch keine Einigung unter den MBB-Gesellschaftern selbst, weshalb auch dem Aufsichtsrat bisher noch keine Beschlussvorlage unterbreitet worden ist. Zum anderen ist MBB nicht mehr uneingeschränkt der Wunschkind des Bundesverteidigungsministeriums. Und dies, obwohl es im Frühjahr MBB noch um eine Alternativ-Lösung gebeten hatte, als die britische Vickers-Gruppe Interesse an Krauss-Maffei zeigte.

Als „unbedeutend und nicht relevant“ beurteilt Vogels mögliche künftige rechtliche Bedenken. Wenn überhaupt trafen diese lediglich für die Verkehrstechnik zu und könnten bei Überlegungen bezüglich der Ressourcen-Theorie und Anbieter-Macht eine gewisse Rolle spielen. Mit einem Anteil zwischen 25 und 50 Prozent strebe MBB auch keinen Beherrschungsungsvertrag und nicht die industrielle Führung bei Krauss-Maffei an. Letzteres steht allerdings in Widerspruch zu

früheren Äußerungen, daß eine Beteiligung für MBB nur dann einen Sinn habe, wenn die Führungsrolle übernommen werden kann. Ein Antrag beim Bundeskartellamt wurde von MBB, wie Vogels mitteilte, noch nicht gestellt.

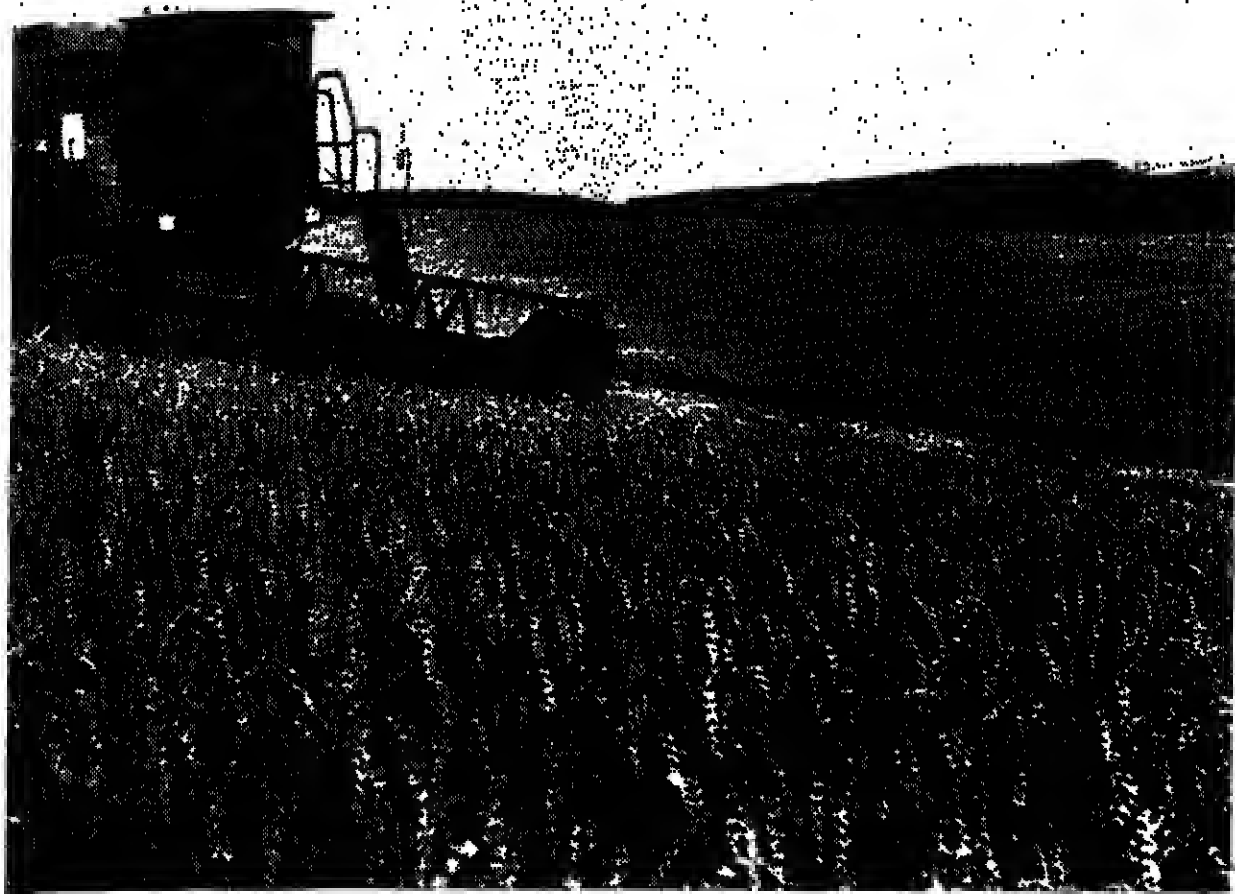
Der Luft- und Raumfahrtkonzern selbst kann nach Ansicht von Vogels mit „gesundem Optimismus“ den nächsten Jahren entgegensehen. Bereits heute seien Anzeichen für eine Belebung der Nachfrage nach den Hauptprodukten ab 1986 erkennbar, was auch wieder zu einer verstärkten Ausweitung des Geschäftsvolumens führen werde. Dabei werde zunächst eine deutliche Zunahme der Entwicklungsaktivitäten im Vordergrund stehen, ausgelöst durch die Großprogramme Panzerabwehrschraube FAH 2, den geplanten „Jäger 90“ und den Airbus A320 sowie großer Raumfahrtvorhaben.

Vogels räumte dabei ein, daß sich zwar aus dem Auslaufen der jetzigen Fertigungsprogramme beim Tornado ab 1989 Beschäftigungslücken ergeben, doch hofft man, diese durch die Entwicklung eines Tornado-Aufklärers und Exporterfolge schließen zu können. Personalanpassungen aber seien hier wie im gesamten Konzern langfristig nicht geplant. Kurzzeitarbeit werden muß allerdings schon im Bereich Wehrtechnik. Hier wird der Umsatz 1984 um 20 Prozent zurückfallen, was auch auf das Unternehmensergebnis durchschlägt.

Für das Airbus-Programm rechnet Vogels mit einer Nachfragebelebung ab 1986. Unter anderem sei jetzt mit China ein erster Vorvertrag über die Lieferung von drei A310 unterzeichnet worden. Und wenn das PanAm-Geschäft läuft - in Kürze soll der erste endgültige Vertrag unterschrieben werden - stünden nur noch 12 Airbusse auf Halde. Deutlich auf 90 bis 100 (200) Mill. DM werden sich die Belastungen für MBB 1984 aus dem Airbus-Programm reduzieren.

Insgesamt hofft man bei MBB für 1984 ein ähnliches Ergebnis wie im Vorjahr präsentieren zu können. Der Außenumsatz wird allerdings bei einer um 10,9 Prozent auf rund 6,4 Mrd. DM gestiegenen Gesamtleistung abwärtsgerichtet auf 5,6 (5,9) Mrd. DM zurückgehen.

Chemie — für eine Welt, in der es sich lohnt zu leben!



DSM — das andere europäische Unternehmen für Kunststoffe, Chemie, Grundstoffe.

Immer größer werden die früher häufig verkanteten Probleme, die die Nutzung der Chemie mit sich bringen. Und immer geringer werden die Möglichkeiten ohne die moderne Chemie die ständig wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. Wir wissen, daß in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden, die sich nie mehr wiederholen dürfen — und trotzdem müssen die Methoden, Verfahren und Wirkstoffe besser, effizienter und wirkungsvoller werden. Diese Verantwortung kennen wir und dieser Verantwortung müssen wir gerecht werden.

Grundstoffe für Fasern und Garne, Chemische Produkte, Industriechemikalien, Düngemittel, Kunststoffe, Kunststoffprodukte, Energieexploration, das sind unsere Arbeitsgebiete. Und auf diesen Gebieten haben wir interessante neue Antworten für Sie parat.



DSM Chemieverkaufsgesellschaft m.b.H.
Reichspräsidentenstraße 21-25
4330 Mülheim a. d. Ruhr 1
DSM DEUTSCHLAND GmbH & Co.
KUNSTSTOFFE
Versteigerstraße 77 - 4000 Düsseldorf 30

Der Bundesarbeitsminister informiert

31. 12. 1984!

Wichtiger Stichtag in der Rentenversicherung

Wer nicht oder nicht mehr pflichtversichert ist, aber aufgrund früherer versicherungspflichtiger Beschäftigung oder freiwilliger Beitragszahlung mindestens 60 Monate Versicherungszeit und damit Invaliditätsschutz hat, kann diesen Schutz nur durch lückenlose laufende Beitragszahlung ab 1984 und in den folgenden Jahren aufrechterhalten.

Für 1984 können Beiträge grundsätzlich nur bis zum 31. Dezember 1984 gezahlt werden. Auskunft erteilen die Rentenversicherungsträger und ihre Auskunfts- und Beratungsstellen sowie alle örtlichen Versicherungsämter.

Heute 8 bis 16 Uhr Telefonservice

des Bundesarbeitsministeriums

Unter Sonder-Telefonnummer

0228/612012 + 625011

beantworten Experten Ihre Fragen!

*Mindestbeitrag 1984: 84 DM/Monat, 1985 87 DM/Monat.

In einem Rechtsstreit zwischen der S. A. T. Fluggesellschaft mbH, Köln, gegen

1. Jetair Luftverkehrs Aktiengesellschaft, München, und
2. Kapital & Wert Genossenschaft für Vermittlung privater Geldanlagen e. G., Mainz,

in dem es um irreführende Angaben in einem Emissionsprospekt der Jetair Luftverkehrs AG ging, hat das Landgericht Hamburg (Kammer 16 für Handelsachen) am 30. November 1984 im einstweiligen Verfügungsverfahren ein noch nicht rechtskräftiges Urteil verkündet. Die S. A. T. Fluggesellschaft mbH ist in diesem Urteil ausdrücklich befugt worden, den nachfolgenden Teil des Urteils auf Kosten der Antragseigenen zu veröffentlichen. Danach sind die Jetair Luftverkehrs AG und die Kapital & Wert Genossenschaft für Vermittlung privater Geldanlagen e. G. verurteilt worden,

„es zu unterlassen, im Geschäftsverkehr das der Formel anliegende Emissionsangebot 1984 der Antragseigenen zu 1. weiter zu verbreiten oder in sonstiger Weise zu Werbezwecken inhaltlich zu verwenden, soweit in ihm für das Geschäftsjahr 1984 folgende Ausgaben enthalten sind:

- a) Die Antragseigenen zu 1. werde über zwei Flugzeuge verfügen;
- b) die Antragseigenen zu 1. werde 3000 Blockstunden und 2800 Flugstunden erzielen;
- c) es werden Erträge aus dem Flugbetrieb in Höhe von DM 28 570 000,- erzielt werden;
- d) die Antragseigenen zu 1. erwarte einen Gewinn von DM 728 000,-.

zu hören
schafft
Vertrauen

Danken und Teilen



Die besondere Adresse
für Eichenmöbel
Unsere Auslieferung mit Möbel und neuem
Eichenmöbel ist auch sonntags von 14-18 Uhr
geöffnet (keine Beratung, kein Verkauf)
Eichenmöbel Wilmanns
44 Münster-Arnsberg
Bewerbergebiet Münsterland
Schloßstr. 2, Tel. 0 25 21 7 50 80

Gebraucht-Computer
• An- und Verkauf
• Beratung kostenlos
• Angebote unverbindlich
• Ersatzteile sehr preisgünstig
• AM-Systeme-Computer zur Ersatz-
teilgewinnung laufend gesucht.
LABIS GMBH, Tel. 0 57 41 / 80 10
Postf. 12 40, 4990 Löhbecke 1

1 Damenring
Weißgold, mit einem Edelstein, ca. 3,00 ct. TW-L, 4 Brillanten, ca. 0,40 ct. TW-L, 12 Brillanten, ca. 0,50 ct. TW-L u. 20 Trappeen, ca. 1,40 ct. Preis 35 000,- DM.
Zuschr. u. B 12 116 an WELT-Verlag, Postf. 10 06 64, 4300 Essen.

Massive Eichenbänke
Leverkusener Schloß
Mülheimer Str. 76c, Tel. (02 14) 3 36 40

Axel Springer-Willstein Unter-
stützungseinrichtung Gesell-
schaft mit beschränkter Haftung
Berlin
Die Gesellschaft ist aufgelöst.
Die Gläubiger der Gesellschaft
werden aufgefordert, sich bei ihr
zu melden.
Berlin, den 23. Oktober 1984
Der Liquidator
Günther Klein
Kaiser-Wilhelm-Str. 6
2000 Hamburg 36

Das
43. Weihnachten
als Gefangener
Mein Vater
Rudolf Heß
englisch
und deutsch
448 Seiten mit 149 Abb., DM 44,-

Kleines Kammerorchester
für alle Gelegenheiten frei
Ang. u. W 12133 an WELT-Verlag,
Postf. 10 06 64, 4300 Essen.

Integrier, reiferer Doktor, Professor
der Psychologie, bietet vermögende
Damen Analysen und Problembehandlungen
sowie Relaxing innerhalb einer wun-
derschönen Schiffsreise. Nur auf wis-
senschaftlich-freundlicher Basis.
Angenehmes Honorar u. Reisekosten
sind erwünscht. Erste Kontaktaufn., die
verpflichtet, unter N 12138 an WELT-
Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen.

Siegfried Breyer/Armin Wetterhahn
Handbuch der Warschauer-Pakt-Flotten

Ein aktuelles Nachschlagewerk im maritimen Ost-West-Vergleich Naval Balance. Das
komplette Werk ist auf voraussichtlich 6 Lieferungen in 4 Ordnern konzipiert.
Bestellung nur komplett und zur Fortsetzung.

1. Lieferung:
Hubschrauber-
trichter,
FK-Kreuzer,
FK-Zerstörer,
Fregatten u.
236 S.
Ordner DM 92,-
Bestell-Nr. 2-4901

2. Lieferung:
U-Boote,
Korvetten,
Raketen,
Schnellboote;
Bsp. 2.1.
Lieferung u.
ca. 250 S.
Ordner ca. DM 68,-
Bestell-Nr. 2-4902

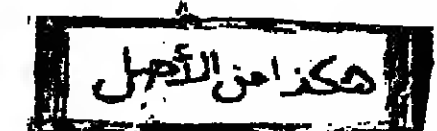
Die deutschen Kriegsschiffe
1815-1945

Eine Dokumentation in 8 Bänden zur deutschen Marinegeschichte. Bei Bestellung aller
6 Bände Sonderpreis:
Band 1: Panzerschiffe, U-Boote, Schnellboote, Flugzeugträger, Kreuzer, Kan-
nenboote, 180 S., Lr. DM 98,- Bestell-Nr. 2-4901
Band 2: Torpedoboote, Zerstörer, Schnellboote, Minenboote und Minenräumboote
294 S., Lr. DM 84,- Bestell-Nr. 2-4901
Band 3: U-Boote, Hilfskreuzer, Minenschiffe, Netzboote, Sperrboote
288 S., Lr. DM 84,- Bestell-Nr. 2-4902

Das Fachbuch — ein ideales Weihnachtsgeschenk!

MÖNCH
BUCHVERSAND

Karl-Wald-Str. 2
5400 Koblenz - Industriegebiet
Telefon: 02 61 / 80 30 71



Die Stimmung hat sich verbessert

Wenn sich auch an der verbreiteten Geschäftslosigkeit auf dem Rentenmarkt nicht viel geändert hat, so setzte sich dennoch, ausgehend von einer Prime-Rate-Senkung in den USA und der dort besseren Tendenz für Bonds, eine freundlichere Stimmung durch. Sie schlug sich bei den öffentlichen Anleihen in Kursanhebungen bis zu einem Viertelpunkt in der Spitze nieder. Die am Vortrag eingeführte siebenprozentige Bundesobligation Serie 51 stellte sich auf 100,25 (plus 0,05). Bei den Pfandbriefen blieb das Geschäft verhalten.

Bundesanleihen

[illegible]

	116. T2	117. T2
F 6% dpl 77	500	98.4
8 dpl. 791	789	104.45

[illegible]

	18. 12.	17. 12.
M 7 dpl. Pl 20	1000	1006
B 5 Berl. Pfandb. Pl 7	102.56	102.56
7 dpl. Pl 31	100.75	100.75

[illegible]

	18. 12.	17. 12.
100.50G	100.50G	100.50G
101.16	101.16	101.16
1026	1026	1026

[illegible]

	18.12	17.12
7½ dgl. RS 27	101.5G	101.5G
8½ dgl. RS 98	99.75G	99.75G
7 dgl. 94	100.6G	100.6G

[illegible]

	78.12.	17.12.
7 1/2 Jap. Synth 82	200G	200G
7 1/2 dgl 82 eo	101.5G	101.5G

[illegible]

Wandelanleihen

A 420 69		856	
Ames Corp. 83	106,37	101,75	
Ames Corp. 78	106,37	101,75	
Ames Corp. 77	1257	1257	
Ames Corp. 76	1257	1257	
Ames Corp. 75	1257	1257	
Ames Corp. 74	1257	1257	
Ames Corp. 73	1257	1257	
Ames Corp. 72	1257	1257	
Ames Corp. 71	1257	1257	
Ames Corp. 70	1257	1257	
Ames Corp. 69	1257	1257	
Ames Corp. 68	1257	1257	
Ames Corp. 67	1257	1257	
Ames Corp. 66	1257	1257	
Ames Corp. 65	1257	1257	
Ames Corp. 64	1257	1257	
Ames Corp. 63	1257	1257	
Ames Corp. 62	1257	1257	
Ames Corp. 61	1257	1257	
Ames Corp. 60	1257	1257	
Ames Corp. 59	1257	1257	
Ames Corp. 58	1257	1257	
Ames Corp. 57	1257	1257	
Ames Corp. 56	1257	1257	
Ames Corp. 55	1257	1257	
Ames Corp. 54	1257	1257	
Ames Corp. 53	1257	1257	
Ames Corp. 52	1257	1257	
Ames Corp. 51	1257	1257	
Ames Corp. 50	1257	1257	
Ames Corp. 49	1257	1257	
Ames Corp. 48	1257	1257	
Ames Corp. 47	1257	1257	
Ames Corp. 46	1257	1257	
Ames Corp. 45	1257	1257	
Ames Corp. 44	1257	1257	
Ames Corp. 43	1257	1257	
Ames Corp. 42	1257	1257	
Ames Corp. 41	1257	1257	
Ames Corp. 40	1257	1257	
Ames Corp. 39	1257	1257	
Ames Corp. 38	1257	1257	
Ames Corp. 37	1257	1257	
Ames Corp. 36	1257	1257	
Ames Corp. 35	1257	1257	
Ames Corp. 34	1257	1257	
Ames Corp. 33	1257	1257	
Ames Corp. 32	1257	1257	
Ames Corp. 31	1257	1257	
Ames Corp. 30	1257	1257	
Ames Corp. 29	1257	1257	
Ames Corp. 28	1257	1257	
Ames Corp. 27	1257	1257	
Ames Corp. 26	1257	1257	
Ames Corp. 25	1257	1257	
Ames Corp. 24	1257	1257	
Ames Corp. 23	1257	1257	
Ames Corp. 22	1257	1257	
Ames Corp. 21	1257	1257	
Ames Corp. 20	1257	1257	
Ames Corp. 19	1257	1257	
Ames Corp. 18	1257	1257	
Ames Corp. 17	1257	1257	
Ames Corp. 16	1257	1257	
Ames Corp. 15	1257	1257	
Ames Corp. 14	1257	1257	
Ames Corp. 13	1257	1257	
Ames Corp. 12	1257	1257	
Ames Corp. 11	1257	1257	
Ames Corp. 10	1257	1257	
Ames Corp. 9	1257	1257	
Ames Corp. 8	1257	1257	
Ames Corp. 7	1257	1257	
Ames Corp. 6	1257	1257	
Ames Corp. 5	1257	1257	
Ames Corp. 4	1257	1257	
Ames Corp. 3	1257	1257	
Ames Corp. 2	1257	1257	
Ames Corp. 1	1257	1257	
Ames Corp. 0	1257	1257	

Komatsu 79	1536	1520
Konishiroku Pho. 81	126	1277
% dpl. 82	110.566	118.75
1/2 Korakuen 78	1057	1057

[illegible]

14% Ficoch Corp. 78	1227T	1286
14% Rothm. Int. 72	110T	110.56
14% Sanden Corp. 78	127G	125.56
14% Selotul 78	143T	143T
14% Swinco 70	188G	188G

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

18.12.	17.12.		18.12.	17.12.		18.12.	17.12.	
1590	1801	F	G. General Electric	169.5		D Parker Drilling	23.2	20.2
1591	1802	F	G. General Foods	170		F. Fayer Herman	390	386
1592	1803	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	11	11.1
1593	1804	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	123	123.4
1594	1805	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	2276	2276
1595	1806	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	245	245
1596	1807	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	238	238
1597	1808	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	40.1	47.8
1598	1809	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	34.2	34.2
1599	1810	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	3.05	3.05
1600	1811	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	94.1	94.1
1601	1812	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	47.8	47.8
1602	1813	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	13.5	13.5
1603	1814	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	17.37	17.37
1604	1815	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	15.65	15.15
1605	1816	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	12.3	12.3
1606	1817	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	21.3	21.3
1607	1818	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	22.37	22.37
1608	1819	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	50.3	50.3
1609	1820	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	3.46	3.46
1610	1821	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	55.3	54.7
1611	1822	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	3.46	3.46
1612	1823	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	31	31
1613	1824	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	24	24
1614	1825	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	1.752	1.752
1615	1826	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	14.8	14.8
1616	1827	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	14.5	14.5
1617	1828	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	8.42	8.42
1618	1829	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	11.3	11.3
1619	1830	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	14.55	14.55
1620	1831	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	883	883
1621	1832	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	393.9	393.9
1622	1833	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	37.9	34.5
1623	1834	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	94.3	94.3
1624	1835	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	7.77	7.77
1625	1836	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	456	456
1626	1837	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	236	236
1627	1838	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	3.38	3.38
1628	1839	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	2027	2027
1629	1840	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	46.7	46.7
1630	1841	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	122	122
1631	1842	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	130	130
1632	1843	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	155	155
1633	1844	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	129	129
1634	1845	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	22.78	22.78
1635	1846	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	2.33	2.33
1636	1847	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	1.755	1.755
1637	1848	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	456	456
1638	1849	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	248	248
1639	1850	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	25	25
1640	1851	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	72.2	72.2
1641	1852	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	7.32	7.32
1642	1853	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	108	107.5
1643	1854	F	G. General Motors	40		F. Fayer Herman	104</	

Manche Computer dürfen nie raus.



Trautes Heim, Glück allein ist nichts für Computer. Zwar läuft er mit seinen Daten und dem entsprechenden Programm auf Hochtouren. Er kombiniert und kalkuliert, optimiert und organisiert, berechnet und bestellt. Aber dieses Handwerk beherrscht Ihr teurer Partner schon im Schlaf. Ansonsten fühlt er sich verlassen, abgeschnitten von der Außenwelt. Dabei könnte er seine guten Beziehungen zu anderen Computern und Datenbanken sofort spielen lassen. Denn über die Dateldianste der Post hat Ihr Computer den richtigen Draht zu allen neuen und wichtigen Daten. Sie können entscheiden, welche Art der Datenübertragung für Ihr Unternehmen am besten ist. Soll Ihr Computer immer mit ein und demselben Kollegen bei ein und derselben Firma arbeiten? Braucht er nation-

nale oder weltweite Kontakte? Wie schnell und wie viele Daten werden ausgetauscht? Tut's der Einfachschluß oder ist ein Mehrfachanschluß erforderlich? Für all diese individuellen Anforderungen und zusätzlich noch einige technische Übertragungsaffinessen gibt es jeweils eine optimale Variante. Man unterscheidet zwischen dem DATEX-P-Netz, dem DATEX-L-Netz, dem Direktrufnetz und dem Fernsprechnetz. Ganz gleich, wie Sie sich entscheiden, eines ist sicher: Erst mit den Dateldienstern der Post können Ihren Computer so richtig ausnützen. Ausführliche Informationen und eine maßgeschneiderte Beratung bekommen Sie vom Technischen Vertriebsberater oder dem Datennetzkoordinator bei Ihrem Fernmeldeamt. **Nutzen Sie Ihren Computer aus. Mit den Dateldienstern der Post.**

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

21.33
41.53
63.98

10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38																																																														

39,71
78,46
67,69
295,86

[illegible]

100

[illegible]

71430

[illegible][illegible]

Warenpreise - Termine

Mit deutlichen Verlusten schlossen am Montag die Edelmetallbörsen an der New Yorker Comex. Nur zu leichtem Absinken kam es dagegen bei Kupfer. Während Kaffee erheblich zulegte, kam es bei Kakao lediglich zu kleinen Verbesserungen.

Getreide und Getreideprodukte			
Weizen Chicago (frühst.)	17. 12.	14. 12.	
Doz.	343,25	345,00	
Malz	340,75	342,50	
Malz	338,75	339,75	
Weizen Winnipeg (can. 54)			
Doz.	17. 12.	14. 12.	
High, Lawrence I. Cw	251,34	251,34	
Andere Doz.			
Weizen Winnipeg (can. 54)			
Doz.	143,00	143,00	
Malz	142,00	142,00	
Malz	150,00	150,00	
Weizen Winnipeg (can. 54)			
Doz.	134,00	135,50	
Malz	126,00	127,40	
Malz	120,10	120,30	
Weizen Chicago (frühst.)	17. 12.	14. 12.	
Doz.	183,25	183,50	
Malz	173,75	174,00	
Malz	173,75	174,00	
Weizen Chicago (frühst.)			
Doz.	254,00	255,50	
Malz	250,50	251,75	
Malz	275,50	274,75	
Weizen Winnipeg (can. 54)	17. 12.	14. 12.	
Doz.	140,00	140,00	
Malz	138,50	138,50	
Kaffee			
New York (54)	17. 12.	14. 12.	
Terramora, Dec.	2070	2069	
Doz.	2071	2071	
Doz.	2072	2072	
Doz.	2073	2073	
Doz.	2074	2074	
Doz.	2075	2075	
Doz.	2076	2076	
Doz.	2077	2077	
Doz.	2078	2078	
Doz.	2079	2079	
Doz.	2080	2080	
Doz.	2081	2081	
Doz.	2082	2082	
Doz.	2083	2083	
Doz.	2084	2084	
Doz.	2085	2085	
Doz.	2086	2086	
Doz.	2087	2087	
Doz.	2088	2088	
Doz.	2089	2089	
Doz.	2090	2090	
Doz.	2091	2091	
Doz.	2092	2092	
Doz.	2093	2093	
Doz.	2094	2094	
Doz.	2095	2095	
Doz.	2096	2096	
Doz.	2097	2097	
Doz.	2098	2098	
Doz.	2099	2099	
Doz.	2100	2100	
Doz.	2101	2101	
Doz.	2102	2102	
Doz.	2103	2103	
Doz.	2104	2104	
Doz.	2105	2105	
Doz.	2106	2106	
Doz.	2107	2107	
Doz.	2108	2108	
Doz.	2109	2109	
Doz.	2110	2110	
Doz.	2111	2111	
Doz.	2112	2112	
Doz.	2113	2113	
Doz.	2114	2114	
Doz.	2115	2115	
Doz.	2116	2116	
Doz.	2117	2117	
Doz.	2118	2118	
Doz.	2119	2119	
Doz.	2120	2120	
Doz.	2121	2121	
Doz.	2122	2122	
Doz.	2123	2123	
Doz.	2124	2124	
Doz.	2125	2125	
Doz.	2126	2126	
Doz.	2127	2127	
Doz.	2128	2128	
Doz.	2129	2129	
Doz.	2130	2130	
Doz.	2131	2131	
Doz.	2132	2132	
Doz.	2133	2133	
Doz.	2134	2134	
Doz.	2135	2135	
Doz.	2136	2136	
Doz.	2137	2137	
Doz.	2138	2138	
Doz.	2139	2139	
Doz.	2140	2140	
Doz.	2141	2141	
Doz.	2142	2142	
Doz.	2143	2143	
Doz.	2144	2144	
Doz.	2145	2145	
Doz.	2146	2146	
Doz.	2147	2147	
Doz.	2148	2148	
Doz.	2149	2149	
Doz.	2150	2150	
Doz.	2151	2151	
Doz.	2152	2152	
Doz.	2153	2153	
Doz.	2154	2154	
Doz.	2155	2155	
Doz.	2156	2156	
Doz.	2157	2157	
Doz.	2158	2158	
Doz.	2159	2159	
Doz.	2160	2160	
Doz.	2161	2161	
Doz.	2162	2162	
Doz.	2163	2163	
Doz.	2164	2164	
Doz.	2165	2165	
Doz.	2166	2166	
Doz.	2167	2167	
Doz.	2168	2168	
Doz.	2169	2169	
Doz.	2170	2170	
Doz.	2171	2171	
Doz.	2172	2172	
Doz.	2173	2173	
Doz.	2174	2174	
Doz.	2175	2175	
Doz.	2176	2176	
Doz.	2177	2177	
Doz.	2178	2178	
Doz.	2179	2179	
Doz.	2180	2180	
Doz.	2181	2181	
Doz.	2182	2182	
Doz.	2183	2183	
Doz.	2184	2184	
Doz.	2185	2185	
Doz.	2186	2186	
Doz.	2187	2187	
Doz.	2188	2188	
Doz.	2189	2189	
Doz.	2190	2190	
Doz.	2191	2191	
Doz.	2192	2192	
Doz.	2193	2193	
Doz.	2194	2194	
Doz.	2195	2195	
Doz.	2196	2196	
Doz.	2197	2197	
Doz.	2198	2198	
Doz.	2199	2199	
Doz.	2200	2200	
Doz.	2201	2201	
Doz.	2202	2202	
Doz.	2203	2203	
Doz.	2204	2204	
Doz.	2205	2205	
Doz.	2206	2206	
Doz.	2207	2207	
Doz.	2208	2208	
Doz.	2209	2209	
Doz.	2210	2210	
Doz.	2211	2211	
Doz.	2212	2212	
Doz.	2213	2213	
Doz.	2214	2214	
Doz.	2215	2215	
Doz.	2216	2216	
Doz.	2217	2217	
Doz.	2218	2218	
Doz.	2219	2219	
Doz.	2220	2220	
Doz.	2221	2221	
Doz.	2222	2222	
Doz.	2223	2223	
Doz.	2224	2224	
Doz.	2225	2225	
Doz.	2226	2226	
Doz.	2227	2227	
Doz.	2228	2228	
Doz.	2229	2229	
Doz.	2230	2230	
Doz.	2231	2231	
Doz.	2232	2232	
Doz.	2233	2233	
Doz.	2234	2234	
Doz.	2235	2235	
Doz.	2236	2236	
Doz.	2237	2237	
Doz.	2238	2238	
Doz.	2239	2239	
Doz.	2240	2240	
Doz.	2241	2241	
Doz.	2242	2242	
Doz.	2243	2243	
Doz.	2244	2244	
Doz.	2245	2245	
Doz.	2246	2246	
Doz.	2247	2247	
Doz.	2248	2248	
Doz.	2249	2249	
Doz.	2250	2250	
Doz.	2251	2251	
Doz.	2252	2252	
Doz.	2253	2253	
Doz.	2254	2254	
Doz.	2255	2255	
Doz.	2256	2256	
Doz.	2257	2257	
Doz.	2258	2258	
Doz.	2259	2259	
Doz.	2260	2260	
Doz.	2261	2261	
Doz.	2262	2262	
Doz.	2263	2263	
Doz.	2264	2264	
Doz.	2265	2265	
Doz.	2266	2266	
Doz.	2267	2267	
Doz.	2268	2268	
Doz.	2269	2269	
Doz.	2270	2270	
Doz.	2271	2271	
Doz.	2272	2272	
Doz.	2273	2273	
Doz.	2274	2274	
Doz.	2275	2275	
Doz.	2276	2276	
Doz.	2277	2277	
Doz.	2278	2278	
Doz.	2279	2279	
Doz.	2280	2280	
Doz.	2281	2281	
Doz.	2282	2282	
Doz.	2283	2283	
Doz.	2284	2284	
Doz.	2285	2285	
Doz.	2286	2286	
Doz.	2287	2287	
Doz.	2288	2288	
Doz.	2289	2289	
Doz.	2290	2290	
Doz.	2291	2291	
Doz.	2292	2292	
Doz.	2293	2293	
Doz.	2294	2294	
Doz.	2295	2295	
Doz.	2296	2296	
Doz.	2297	2297	
Doz.	2298	2298	
Doz.	2299	2299	
Doz.	2300	2300	
Doz.	2301	2301	
Doz.	2302	2302	
Doz.	2303	2303	
Doz.	2304	2304	
Doz.	2305	2305	
Doz.	2306	2306	
Doz.	2307	2307	
Doz.	2308	2308	
Doz.	2309	2309	
Doz.	2310	2310	
Doz.	2311	2311	
Doz.	2312	2312	
Doz.	2313	2313	
Doz.	2314	2314	
Doz.	2315	2315	
Doz.	2316	2316	
Doz.	2317	2317	
Doz.	2318	2318	
Doz.	2319	2319	
Doz.	2320	2320	
Doz.	2321	2321	
Doz.	2322	2322	
Doz.	2323	2323	
Doz.	2324	2324	
Doz.	2325	2325	
Doz.	2326	2326	
Doz.	2327	2327	
Doz.	2328	2328	
Doz.	2329	2329	
Doz.	2330	2330	
Doz.	2331	2331	
Doz.	2332	2332	
Doz.	2333	2333	
Doz.	2334	2334	
Doz.	2335	2335	
Doz.	2336	2336	
Doz.	2337	2337	
Doz.	2338	2338	
Doz.	2339	2339	
Doz.	2340	2340	
Doz.	2341	2341	
Doz.	2342	2342	
Doz.	2343	2343	
Doz.	2344	2344	
Doz.	2345	2345	
Doz.	2346	2346	
Doz.	2347	2347	
Doz.	2348	2348	
Doz.	2349	2349	
Doz.	2350	2350	
Doz.	2351	2351	
Doz.	2352	2352	
Doz.	2353	2353	
Doz.	2354	2354	
Doz.	2355	2355	
Doz.	2356	2356	
Doz.	2357	2357	
Doz.	2358	2358	
Doz.	2359	2359	
Doz.	2360	2360	
Doz.	2361	2361	
Doz.	2362	2362	
Doz.	2363	2363	
Doz.	2364	2364	
Doz.	2365	2365	
Doz.	2366	2366	
Doz.	2367	2367	
Doz.	2368	2368	
Doz.	2369	2369	
Doz.	2370	2370	
Doz.	2371	2371	
Doz.	2372	2372	
Doz.	2373	2373	
Doz.	2374	2374	
Doz.	2375	2375	
Doz.	2376	2376	
Doz.	2377	2377	
Doz.	2378	2378	
Doz.	2379	2379	
Doz.	2380	2380	
Doz.	2381	2381	
Doz.	2382	2382	
Doz.	2383	2383	
Doz.	2384	2384	
Doz.	2385	2385	
Doz.	2386	2386	
Doz.	2387	2387	
Doz.	2388	2388	
Doz.	2389	2389	
Doz.	2390	2390	
Doz.	2391	2391	
Doz.	2392	2392	
Doz.	2393	2393	
Doz.	2394	2394	
Doz.	2395	2395	
Doz.	2396	2396	
Doz.	2397	2397	
Doz.	2398	2398	
Doz.	2399	2399	
Doz.	2400	2400	
Doz.	2401	2401	
Doz.	2402	2402	
Doz.	2403	2403	
Doz.	2404	2404	
Doz.	2405	2405	
Doz.	2406	2406	
Doz.	2407	2407	
Doz.	2408	2408	

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

HOHE STEUERVORTEILE
EIGENTUMSWOHNUMGEN
IN HAMBURG

Abwicklung
noch 1984 möglich

HH-Eimsbüttel, 1-3 Zimmer-Wohnungen
Gesamtaufwand für 38 m² DM 91.900
Eigeng. fällig 30.6.85 DM 9.190
Werb./ka./Disagio '84! DM 21.600
ruhige zentrale Lage in verkehrs-
ruhiger Zone in U-Bahn-Nähe

HH-Winterhude, 3-4 Zi.-Wohnungen
Gesamtaufwand für 97 m² DM 245.000
Eigeng. fällig 30.6.85 DM 24.500
Werb./ka./Disagio '84! DM 54.200
beste zentrale Lage

FINANZIERUNG zu 4,5% Zinsen,
90,5% Ausz., 5 Jahre Mietgarantie,
komplett modernisierte Altbauten.
Keine Käuferküratage.

cellarius
RDM-040/453558-Ggr. 1925
Magdalenstr. 22-2000 Hamburg 13
Box 4 224 03334

Unser Ziel: „Real-Gewinn statt Verlustzuweisung“!
Beteiligen Sie sich an der Gründung
der Unternehmer & Privatbank AG

als Kommanditist der dazu errichteten Holding-Gesellschaft! Ihre
Miteigentumsbeteiligung kann auf Ihren Wunsch auch über die
Kapitalbeteiligung hinaus in die aktive Geschäftstätigkeit der Bank
hinein erweitert werden.

Bitte nehmen Sie vertraulichen Kontakt unter Z 11 982 auf. (Zusammen-
arbeit mit seriösen Kapitalanlageberatern ist erwünscht.)

EIGENTUM IN ÖSTERREICH
Gesicherte Grundbucheintragung

bei Eigentumswohnungen in den schönsten Winter- und
Sommerferiengebieten des Salzburger Landes.

Teilweise kurzfristig beziehbare 1- bis 5-Zi.-Wohnungen
ab 33 m².

ideal für
KURZURLAUBE - SAISONUNABHÄNGIG

„DEIN HEIM“ Wohnungsbau Ges.m.b.H.
A-5020 Salzburg, I. Rieder-Kai 13a ☎ 00 43 662 23 5 06 0

Norderney
72-m²-Fewo, 3 Zi., Kü., Bad, ab
1.1.85 zu vermieten.
Auskunft: Carstens-Immobilien
Service GmbH
Pl. 11 48, 2982 Norderney
Tel. 0 49 32 / 38 20

SPANIEN
Costa Dorada: Waldgrundstück,
12.000 m², 3 km v. Meer, DM 38.000.
Bauer, Herten, 31 D
Des Dolder (Holländ.)
06 31-38 75 15 15

Düsseldorf
Nähe Regierungsviertel
Büroflächen mit guter Ausstattung
von 175 m² bis max. 1500 m²
Privat günstig zu vermieten (auch
langfristig). Eine begrenzte Anzahl
von Parkplätzen kann zusätzlich
angeboten werden.

Norderney
Ladenlokal, 1a Lage, Grundstück
20 m², ab 1.1.85 zu vermieten.
Auskunft: Carstens Immobilien
Service GmbH
Pl. 11 48, 2982 Norderney
Tel. 0 49 32 / 38 20

Schweizerische Finanzgesellschaft
sucht Kapital zur Realisierung eines
Freizeitprojektes in bekanntem Touris-
tengebiet. Grundstück und Projekt
vorhanden. Beteiligung nicht ausge-
schlossen.

Offerten bitte an Chiffre 44-130 798,
Publicitas, Postfach, CH-8021
Zürich.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Connexion-Pool
soll erweitert werden

Ideal für alle, die Geschäfte machen oder machen möchten
und gute Kontakte zu Gleichgesinnten suchen. Fast alle Bran-
chen sind vertreten, mit ständiger qualitativer und quantitati-
ver Verbesserung.

Nähere Informationen erhalten Sie unter Angabe Ihrer genau-
en Anschrift, Branche und eigener Möglichkeit, dem Pool mit
neuen Kontakten zu dienen, von:

M + S c/o Connexion-Pool - Postfach 8 53, Lange Straße 94
757 Baden-Baden

Intern. Inzomb. Treuhand- und Verwaltung A. G. sucht
Repräsentanten/Kontakte
aus dem Bereich Unternehmensberatung, steuerberatende Berufe, Wirtschafts-
berater für hochinteressante konzeptionelle Ideen, Industrieberatung, Unter-
nehmensfragen.

Vertrauliche Anfr. unter H 12094 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

D · CH · A
Handelsvertreter / Möbelhandel

Wir haben eine exklusive Collection, gutes Katalog- und
Displaymaterial. Wir zahlen attraktive Provisionen und geben
Gebietsschutz.

Zuschr. erb. u. D 12162 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

Dipl.-Ing., Architekt, seit ca. 25 Jahren als Sachverständiger im
Bauwesen tätig, übernimmt ab sofort
GENERALVERTRETUNG

für die BRD bzw. für den norddeutschen Raum, möglichst für
Artikel des Bauhaupt- und -nebenhandels, aber auch andere
Artikel technischer Art. Ausreichendes Eigenkapital und entspre-
chende Lagermöglichkeit mit Betriebsorganisation sind vorzuziehen.
Ihre freundliche Zuschrift erbittet ich unter 7920 an WELT-Verlag,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Standortvorteil
Hamburg
Handelsvertretung, aktiv, kostenbe-
wusst, idealistisch, nebenberuflich, zu
Kontakt zu interessierten Unterneh-
men. Angeb. erb. u. W 12 155 an WELT-
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geben Sie bitte die
Vorwahl-Nummer mit an,
wenn Sie in Ihrer Anzeige
eine Telefon-Nummer
nennen.

Wir verkaufen Fitneß,
genauer gesagt, elektronisch gesteuerte
Heimtrainer. Zu unseren Kunden zählt der Sport-
und Sanitätsfachhandel sowie kommerzielle
Anwender wie Fitneßstudios und ähnliches.

Wir expandieren,
deshalb suchen wir sofort einen
Handelsvertreter
für Norddeutschland.

Wir erwarten professionelle Verkäufer mit
überdurchschnittlichem Willen zum Erfolg
und der Fähigkeit, sich auf unterschiedliche
Gesprächspartner einzustellen.

Unser Angebot:
Die Chance, mit marktgerechten Produkten
Erfolg zu haben und das persönliche Einkommen
deutlich zu steigern. Rufen Sie an!
Sprechen Sie mit Herrn Heinz! 06 31/4 60 92

Keiper Dynavit GmbH & Co.
Mannheimer Straße 234-236, 6750 Kaiserslautern

dynavit

Modernes Dienstleistungsunternehmen
für Industrie u. Handel in nordwestlicher Großstadt mit interes-
santem Kundenstamm u. modernem Maschinenpark aus gesundheitl.
Gründen kurzfristig zu verkaufen. Steuerlich interessantes Vor-
tragkonto u. GmbH-Mantel vorhanden. Finanzierungssumme ca.
800.000,- DM. Serioses Interessenten melden sich bitte unter V 12 154
an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schreiner-
Montageteam

mit „1a“-Werkstattswagen
führt Schreinerarbeiten im
Bundesgebiet und im
Ausland aus.

Fa. JURO-MONT
Telestraße 33
7263 Malsheim-Renningsen
Telefon 0 71 59 / 61 22

Immobilienvertretung
in Bonn
Übernimmt erfahrene Wirtschafts-
fachmann mit hervorragenden Kon-
takten zu Bundesbehörden und Fach-
ministern.

Angebote unter G 12083 an WELT-
Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gebiets-Manager
für neue Golfplätze gesucht.

SPORTPROMOTION, Winterweg 6
2670 Delmenhorst, Tel. 0 42 21 / 7 24 88

Neue Adresse in der Schweiz,
mit Telefon, Telex, Postanschrift, Hög-
licher Postzustellbarkeit.
Tel. 00 41 / 91 / 88 85 21
Telex: CH 7 9 072
J. Richter, CH-6220 Cappel, P.-Box 29

DM 4,70!
In Kasse kostet Sie der Automaten, der
Ihre 1000 Franken 4 mal p.a. bezahlt und
zu mehr Umsatz bringt. Fragen Sie bei
uns, wo Sie ihn bekommen. ☎ 0 55 55 15

Firmengründungen
weltweit - Steuerdomizile:
J. Richter, CH-6220 Cappel, P.-Box 29

Suchtvertriebskraft
Zuschriften unter C 12 117 an WELT-
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE



Leitender Angestellter
(Allround-Kaufmann/Praktiker)

Ende 30, über 20 J. Berufspraxis in Verwaltung, Industrie und
Handel; besondere Kenntnisse und Erfahrungen im Finanz- und
Personalwesen, externe und interne Revision, Organisation,
Öffentlichkeitsarbeit, Vertragswesen und Arbeitsrecht; ausge-
prägter Kostenbewusstsein (Kosten-Nutzen-Analysen insbes. in den
Bereichen Medizintechnik und Organisationsmittel); Verständnis
für techn. Zusammenhänge, EDV-Kenntnisse; Referenzen und
Veröffentlichungen vorhanden; sucht selbständige und verant-
w. Position in Verwaltung, Verbänden oder Wirtschaft.

Auskünfte erteilt: Frau Schön
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90-94
1000 Berlin 61, ☎ 030/25 84-270, FS 183 529

Professionelles Exportmarketing in Europa und Übersee
Leiter Export/Sales-Manager

36 Jahre, Studium Chemische Verfahrenstechnik, systematischer Berufsweg in Ver-
trieb sowie produktbezogener und verfahrenstechnischer Kundenberatung (Techno-
logieproduktentwicklung, Auslieferung in West- und Ost- und Lateinamerika, Afrika und Middle East, Erfolgserfolge in Leitung von Vertriebs-
organisationen - Durchsetzung von Marktstrategien - sucht neue verantwortungsvolle
Aufgabe, Fremdsprachen: Englisch, Französisch, Holländisch, Spanisch, Portugie-
sisch.

Zuschriften erbitten unter O 12 030 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportfachmann
Pers. Daten: 44 Jahre, geschieden, nicht ortsbunden.
Spezialgebiete: Trade Show, Gründung Tochtergesellschaften, Einstel-
lung ausländischer Mitarbeiter.
Erfahrungen: Verkauf und Verkaufswesen in Europa, Kanada und USA.
techn. Übersetzungen, gute techn. Englisch, 8 Monate
im Jahr zu reisen, Umgang mit Export Papieren.
Fremdsprachen: Englisch, Französisch, Malayisch und Grundkenntnisse in
anderen Sprachen.

Angebote erbitten unter Y 12 157 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann
39 Jahre alt, gutes Allge-
meinwissen, sicheres Aus-
treten, flexibel, selbstän-
dig handelnd und einsatz-
freudig, möchte sich ver-
ändern und sucht auf die-
sem Wege interessante,
verantwortungsvolle Posi-
tion.
Fundierte Kenntnisse im
Bereich des Manage-
ments, der Finanz- und
Immobilien sowie der
Bauwirtschaft sind vor-
handen.
Möglicher Termin 1.1.85.
Angebote unter Z 12 158
an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

Ing. Mech. Bau-Meister
firm in Kalkulation u. Organi-
sation, langj. Betriebsleiter, sucht
Möglichkeit als Stützpunktleiter
o. z. verb. mit Reparatur, Ausle-
serung und Lager für den nord-
deutschen Raum.
Angebote unter U 12 153 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

Diplom-Ingenieur (FH)
Vermessungswesen, Abschluss 10/84, 27
Jahre, aktiv, unbefristet, sucht
Stelle mit überwiegend ingenieur-
mäßiger Tätigkeit.
Angebote unter S 12 151 an WELT-
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann
32 J., ledig, sucht herausfor-
dernde Tätigkeit in Kanada zum 1.4.
85. Spezialist im Commodity-
Handel.
Angebote unter M 12 147 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

Gebietsverkaufsleiter
Norddeutschland
Domizil: Bremen, Alter 39 Jahre,
Tätigkeitsbereiche (Food)
Key - Accounts
- Mitarbeiterführung
- Umsatz- und Ergebnisverant-
wortung
Steuerung und Koordination
Beste Kontakte zu allen Ver-
triebsstufen des Handels, z. Z.
tätig beim führenden Marken-
warenhändler seiner Branche,
möchte sich verändern.
Angebote erbitten unter F 12 142
an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

Ing. Mech. Bau-Meister
firm in Kalkulation u. Organi-
sation, langj. Betriebsleiter, sucht
Möglichkeit als Stützpunktleiter
o. z. verb. mit Reparatur, Ausle-
serung und Lager für den nord-
deutschen Raum.
Angebote unter U 12 153 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

Kaufmännischer Leiter
20jähr. Erfahrung als Leiter kfm. Verwaltung sowie des Finanz-
und Rechnungswesens mit allen Bereichsparten im Maschinen-
bau; sucht gleichwertige Tätigkeit.

Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Mühlenstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/5116-35, FS 292 673

Dr.-Ing. agr.,
Ing. agr. trop. et subtrop.
25 Jahre praktische Erfahrung in
den Tropen, z. Z. noch im Aus-
land, möchte sich verändern,
wieder Tropeneinsatz.

Sprachen: Englisch, Französisch,
Spanisch, Kiswahili, Lingala,
1 schulpflichtiges Kind.
Zuschriften erbitten unter K 12 145
an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

Frührentner
sucht
Cheffahrerstelle.
Angeb. erb. u. X 12 024 an WELT-Verlag,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dr.-Ing. agr.,
Ing. agr. trop. et subtrop.
25 Jahre praktische Erfahrung in
den Tropen, z. Z. noch im Aus-
land, möchte sich verändern,
wieder Tropeneinsatz.

Sprachen: Englisch, Französisch,
Spanisch, Kiswahili, Lingala,
1 schulpflichtiges Kind.
Zuschriften erbitten unter K 12 145
an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

Bauingenieur

mit 26jähriger Erfahrung in Ar-
beits- und Bautechnik (all-
gem. Ing.-Bau, Spezial-Tief- und
Sewasserbau, Anlagenbau), da-
von etwa 10 Jahre im Ausland
(Nordafrika, Mittel, Osten), per-
fekte Englisch in Wort und Schrift,
sucht nach Abschlus eines Ein-
satzes in Riyadh/Saudi-Arabien
eine neue Tätigkeit, in der er sei-
ne langjährige Erfahrung und
seine Spezialkenntnisse voll zum
Einsatz bringen kann. Eventuell
auch als freier Mitarbeiter.
Angeb. erb. u. A 12 159 an WELT-
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300
Essen.

Kaufmann
41 J. alt, gutes Allgemeinwissen, sicheres
Aussehen, flexibel, selbständig
handelnd und einsatzfreudig, möchte
sich verändern und sucht interess.
Verantwortungsv. Position. Fundierte
Warenkunde- und Verkaufswissen, be-
sondere im E- u. Verkau, auch im Aus-
land. Gewandte Berichterstattung,
Uhren, Schmuck, Foto, Schuhe, Le-
derwaren etc.
Angebote erbitten unter F 12 148 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300
Essen.

34 J., männl., seit 9 J. in ungel. Position,
internat. tätig in den Bereichen Akqui-
sition, Repräsentation u. Ver. Kauf.
Holl. Franz. u. Span. in Wort und
Schrift, sicheres Auftreten, kontaktfreudig,
Lebhaft, engagiert, sucht nach
Stelle zum 1.4. oder später neuen Wirkungs-
kreises als
Sales Representative
Angebote unter G 12 143 an WELT-Verlag,
Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Volkswirt
42, langjähriger Geschäftsführer
eines großen, erfolgreichen
Sportvertrandes mit besten Ver-
bindungen in Sport, Wirtschaft,
Medien und Verwaltung, sucht
anspruchsvolles neues Betätig-
ungsfeld. Gute engl. Sprach-
kenntnisse.
Angebote unter H 12 144 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

Promov. Biologin
32 J., Mikrobiologie/Immunbiologie,
umf. Labor- u. Unterrichtspraxis,
engl., franz. Sprach-
kenntn. u. Lehre im med. Be-
reich, sucht neuen Wirkungs-
kreis, mögl. Rhein-Main-Gebiet.
Angebote unter T 12 152 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

Inter. Aufg. vorzugsw. Vertrieb für
Süd-Ostasien u. techn. Kaufm. mit
Thailandenerfahrung gesucht. Zu-
schriften A. D 12 118 an WELT-Verlag,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger agiler VKL im AD
sucht zum 1.4.85 neuen Wirkungskreis
(keine Verh.).
Angebote unter N 12 148 an WELT-
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fruchtkaufmann:
Perfekt im Import, Einkauf, Verkauf,
Bausamaterialien, sucht zum 1.1.85
neuen Wirkungskreis.
Jahresumsatz ab 100 Mill. aufwärts
bevorzugt.
Erste Kontaktaufnahme unter L 12 145
an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

Frührentner
sucht
Cheffahrerstelle.
Angeb. erb. u. X 12 024 an WELT-Verlag,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dr.-Ing. agr.,
Ing. agr. trop. et subtrop.
25 Jahre praktische Erfahrung in
den Tropen, z. Z. noch im Aus-
land, möchte sich verändern,
wieder Tropeneinsatz.

Sprachen: Englisch, Französisch,
Spanisch, Kiswahili, Lingala,
1 schulpflichtiges Kind.
Zuschriften erbitten unter K 12 145
an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

Für den Vertrieb von antiken Außenleuchten ein in
Gartenzentren usw. bestens eingeführter

Handelsvertreter

gesucht.

Zuschriften unter L 12 124 an WELT-Verlag, Post-
fach 10 08 64, 4300 Essen.

ebert
folien

Wir sind ein modernes Wiesbadener
Industrieunternehmen und zählen zu den führenden
unserer Branche.

Zum baldmöglichsten Eintritt, spätestens zum 1.4.1985,
suchen wir einen gewissenhaften

Bilanz-Buchhalter

mit Aufstiegsmöglichkeiten zum Finanz-Prokuristen.

Der zukünftige Stelleninhaber muß absolut zuverlässig
und fachlich hochqualifiziert sein. 3-5 Jahre
Berufserfahrung in verantwortlicher Aufgabenstellung im
Rechnungswesen sind Voraussetzung.

Wir bieten eine angemessene Bezahlung mit einer Reihe
von sozialen Sonderleistungen und angenehmen
Arbeitsbedingungen in einem guten Betriebsklima.

Ihre Bewerbung erbitten wir unter Beifügung
ausgefüllter Unterlagen, Lichtbild,
Gehaltsvorstellungen und möglichem Eintrittstermin
(Kündigungsfrist) an die Geschäftsleitung,
z. H. Herrn Ebert.

EBERT FOLIENWERK
Postfach 13 02 25 - 6200 Wiesbaden 13
Telefon-Sa.-Nr. (0 61 21) 2620

**Stellen-
gesuche
in der
WELT**

Ein bewährter Weg
zum beruflichen
Erfolg.

Tips für den Anzeigen-
text, technische Informa-
tionen und die Grund-
regeln für Ihre Bewerbun-
gen finden Sie in unserer
kostenlosen Stellenge-
suchbroschüre.
Wir schicken Sie Ihnen
gerne zu.
Schreiben Sie an:

DIE WELT
Anzeigenabteilung
Stellen-Service,
Postfach 30 58 30
2000 Hamburg 36
Tel. (040) 347 43 18, -1

Für unseren Geschäftsbereich Anorganica suchen
wir eine(n)Diplom-
Ingenieur(in) (FH)

ausgebildet in instrumenteller Analytik mit Schwer-
punkt Kernresonanzspektroskopie.

Von einem(einer) Bewerber(in) erwarten wir

- die selbständige Betreuung eines Festkörper-
Kernresonanzspektrometers für Forschungsauf-
gaben im Geschäftsbereich Anorganica und

- die Beratung der Anwender und die chemische
Interpretation der Spektren.

Wenn Sie diese anspruchsvolle und interessante
Aufgabe reizt, senden Sie uns bitte unter Nennung
der Kennziffer 232 Ihre vollständigen Bewerbungs-
unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschrit-
ten, Gehaltswunsch).

Bayer AG
Personalbeschaffung
5090 Leverkusen
Bayerwerk

BAYER

unternehmensgruppe steinhoff möbel

**Ihr Arbeitsplatz
im reizvollen Ammerland (Nordseennähe)**

Haben Sie einmal daran gedacht, Ihren Arbeitsplatz in einer landschaftlich reizvollen Gegend zu haben, wo Groß- und Mittelstädte in der Nähe liegen, viele Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung gegeben und auch alle Schultypen zu finden sind?

Wir - eines der größten Unternehmen in der Möbel-Branche mit weltweiten Aktivitäten - können Ihnen dies bieten, wenn Sie

qualifizierter
Organisations-Programmierer

mit guten Cobi- und RPG-(CPG)Kenntnissen sind sowie Erfahrung auf dem Gebiet der VSAM und Dialog-Programmierung haben.

Praktische Erfahrung auf Nixdorf 8890 und NIDOS VSE oder vergleichbarem System setzen wir in diesem Fall voraus.

Bitte, richten Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen an Herrn Knabe.

unternehmensgruppe steinhoff möbel

Zentralverwaltung, 2910 Westerstede, Langebrügger Straße 5, Telefon 0 44 88-58 0

FV AKTUELL
Fachvermittlung
für besonders qualifizierte
Fach- und Führungskräfte
sucht Stelle für

Kaufmännischer Leiter
20jähr. Erfahrung als Leiter kfm. Verwaltung sowie des Finanz-
und Rechnungswesens mit allen Bereichsparten im Maschinen-
bau; sucht gleichwertige Tätigkeit.

Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Mühlenstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/5116-35, FS 292 673

Dr.-Ing. agr.,
Ing. agr. trop. et subtrop.
25 Jahre praktische Erfahrung in
den Tropen, z. Z. noch im Aus-
land, möchte sich verändern,
wieder Tropeneinsatz.

Sprachen: Englisch, Französisch,
Spanisch, Kiswahili, Lingala,
1 schulpflichtiges Kind.
Zuschriften erbitten unter K 12 145
an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

Frührentner
sucht
Cheffahrerstelle.
Angeb. erb. u. X 12 024 an WELT-Verlag,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dr.-Ing. agr.,
Ing. agr. trop. et subtrop.
25 Jahre praktische Erfahrung in
den Tropen, z. Z. noch im Aus-
land, möchte sich verändern,
wieder Tropeneinsatz.

Sprachen: Englisch, Französisch,
Spanisch, Kiswahili, Lingala,
1 schulpflichtiges Kind.
Zuschriften erbitten unter K 12 145
an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

مكتبة العالم

Grüße aus der Hölle

eka - Wie, um Himmels willen, rezensiert man ein Buch, das ein Toter verfaßt, der in der Hölle eine längere Haftstrafe zu verbüßen hat? Was soll man zu Briefen sagen, die von jenem Ort aus an einen noch lebenden Freund gerichtet wurden? „Friedlose Seelen, welche hin und wieder zur Erde zurückwandeln dürfen“, übernehmen die Beförderung solcher Postkarten, erfahren wir. Das wäre also geklärt.

Ebenfalls eindeutig geklärt ist der zukünftige Aufenthaltsort von Literaturkritikern, die Ungutes über ein Werk zu Papier bringen: „Es wimmelt hier amüsant von dieser Menschensorte. Man sieht aber vor ihr wie vor toten Hunden, denn sie ist lebensgefährlich bissig und zählt zu den schlimmsten Flagen der Hölle.“ Ehrlich gesagt, die Zukunftsaussicht, die uns Georg Grund mit seinen „Briefen aus der Hölle“ (Naumann-Verlag, Würzburg, 178 S., 29,80 Mark) vorführt, schmeckt mir nicht. Da muß man sich am Riemen reißen.

Ein erfolgreicher Fünfzigjähriger stirbt. „Ein tiefer Seufzer, ein kaum wahrnehmbares Stöhnen, kampflose Zuckungen - und ich war nicht mehr.“ Nach kurzer Benommenheit schwebt er einem Schattentisch von nicht zu ermessender Ausdehnung entgegen. Während des Dahinschwebens erschaut er noch einen Blick auf die Erde, wo sein Leichnam in der Grube gesenkt wird. Der Schattentisch beginnt seine Wanderung durch bleigraue Düsternis. Rastlos durchquert er die schwammige Ode, die von einstigen Parteimitgliedern, sogenannten Staatsmännern, Theologen, Zeitungshabern, schöngestirnten Schriftstellern bevölkert ist. Jeder einzelne unterliegt individuell gestalter Myster.

Alle aber sind angetrieben, jede im Leben begangene Missetat unaufrichtig bis zum Selbstekel zu wiederholen. Ab und zu dämmert in der Ferne Lichtfülle herauf. Dort liegt das Paradies. Es ist den Verdammten unerreichbar. Der Fluß der verlogenen Tränen trennt sie für ewig. Aus der Hölle tiefstem Schlund wabert das unendliche Feuer.

Ein abwegiges Buch in absonderlicher Syntax legt der 1911 geborene Georg Grund dem entsetzten Leser vor. Unwillkürlich wird sich mancher fragen, ob auch er zu jenen gehören wird, die in bleicher Ausgemertheit durchs Inferno hetzen müssen.

Handfestes Kino: Eine neue Generation von Regisseuren erobert die Studios

Heimkehr nach Hollywood

Die Neuen kommen, wie schon so oft in der Filmgeschichte, auf leisen Sohlen. Die Kinos sind zur Zeit voll von Erstlingsfilmen, und was dabei auffällt: Das cineastische oder politische Sendungsbewußtsein früherer Tage ist geschwunden. Keine *Nouvelle vague* schockt mit dem Angriff auf eingeschlossene Sehgewohnheiten. Kein *Junger deutscher Film* ergeht sich in larmoyanter Selbstbespiegelung. Und Hollywood ist mittlerweile so locker, daß es auch fast jede Aktivität außerhalb seiner großen Studios in seine weiten Arme nimmt.

Bei den Amerikanern ist der große Bruch zwischen Tradition und Gegenwart, der in den meisten europäischen Filmländern passierte, obnehin nie eingetreten. Zwar gibt es die Filmhochschulen und die Filmklassen an den Universitäten, aber im akademischen Elfenbeinturm geht die Ausbildung dort nicht vor sich. Für ohnmächtig-arrigante „Autorenfilme“ ist kein Platz. Wer in Amerika zum erstenmal im Regiestuhl Platz nehmen darf, hat meist schon eine längere Berufspraxis hinter sich, als Regieassistent, als Cutter, als Drehbuchautor, auch als Werbefilmer. Entsprechend sind die Ergebnisse. Was aus Amerika als Debutfilm kommt, erstaunt in der Regel durch seine handwerkliche Reife.

Nehmen wir etwa Susan Seidelman und ihren Film „New York City Girl“. Das ist ein knappes und treffliches Psychogramm eines Mädchens der jungen Generation, das in seinem Karrieretraum jeden Kontakt zu Menschen verliert. Gekostet hat der Film die für amerikanische Verhältnisse sensationell niedrige Summe von 100 000 Dollar. Susan Seidelman, heute 31 Jahre, kommt von der Filmklasse der New Yorker Universität her und hat sich über Kurzfilme hochgedient. „Ich vertraue auf meine Intuition, auf mein Gefühl für Dinge“, sagt sie. Und sie hat damit Erfolg. „New York City Girl“ landete wieder alle ursprüngliche Planung im offiziellen Programm der Filmfestspiele von Cannes.

„New York City Girl“ ist gewiß ein Außenseiterfilm, er will aber auch von breiten Publikumsschichten angenommen werden. Noch mehr gilt das für „Frances“ von Graeme Clifford, einer gabellosen Abrechnung mit dem klassischen Starsystem, das jeden Menschen zerbricht, der sich ihm nicht bedingungslos einfügen will. Das ist Kino, das zwar gegen Hollywood wettet, in der Form aber seinen bewährten Regeln folgt.

Auch Lawrence Kasdan hatte

schon einen guten Namen als Drehbuchautor, ehe er seinen Erstling „Die heiße Frau“ abliefern konnte. Damit reihte er sich ein unter die Regisseure, die in letzter Zeit den gleichen Weg gegangen sind: Paul Schrader, Michael Cimino, Peter Hyam oder Walter Hill etwa. Kasdan, heute 36 Jahre alt, hat das Drehbuch u. a. zu Steven Spielbergs „Jäger des verlorenen Schatzes“ und den beiden letzten „Krieg-der-Sterne“-Filmen geschrieben. Dennoch hat ihn die Mammutaufgabe als Regisseur nicht überwältigt: „Die heiße Frau“ - auch das Drehbuch stammt von ihm - steht in der Nachfolge der Schwarzen Serie und ist im Dialog der Action zumindest ebenbürtig.

Auch die *Corman Factory* arbeitet weiter. Was Hollywood Roger Corman, dem Regisseur und Produzenten, alles zu verdanken hat, hat es wohl selbst noch gar nicht begriffen. Mit seinen billigen B-Filmen hat er einer ganzen Garde heute anerkannter Regisseure die Startchance gegeben: Monte Hellman, Francis Ford Coppola, Peter Bogdanovich oder Martin Scorsese. Es ist gut möglich, daß man in dieser Reihe einmal auch Aaron Lipstadt nennen wird. Sein Science-Fiction-Film „Der Android“ ist zwar weit billiger als jeder „Krieg der Sterne“, dafür aber umso besser: Eine schwarze Genesis, aufbauend auf der Erkenntnis, daß fast jeder Science-Fiction-Film religiös verbrämt ist.

Auch die Leute aus den etwas trivialeren Zweigen des Medienschauspiels sind erfolgreich am Werk. Hugh Wilson etwa, der mit „Police Academy“ debütierte und in Amerika als Drehbuchautor, Regisseur und Produzent einer satirischen Fernsehserie bekannt ist. Nun ruft die „Police Academy“ zwar nicht gerade reines Entzücken hervor, da sie einmal in der Tradition der Militärsatire steht und man zum anderen bald merkt, wie allzu sorgsam die Lächer programmiert sind. Aber Erfolg hat der Streifen doch gehabt, nicht nur in Amerika, sondern auch bei uns. Und die vielbeschworbenen Neuen Medien machen sich in Steve Barrons „Electric Dreams“ bemerkbar, einem Film über einen wild gewordenen Heimcomputer. Barron hat einen Namen als Meister des Videoclips, und hier liegt denn auch die Ursache für die Attraktion seines Films gerade bei der Jugend.

Gemeinsam ist diesen Leuten mit ihren so unterschiedlichen Werdegängen fast immer eins: Sie sind Fanatiker des Kinos, sie haben sich von Kindesbeinen an mit Filmen voll-

gestopft, sie kennen fast alles, was jemals über die Leinwand gelaufen ist. Und sie alle haben großen Respekt vor dem Unterhaltungsbedürfnis des Zuschauers - weil sie selbst stets so leidenschaftliche Zuschauer waren. Es ist übrigens festzustellen, daß allmählich auch in der deutschen Filmlandschaft sich Änderungen abzeichnen, die in diese Richtung weisen.

Selbstverliebtheit der Filmemacher und Mißachtung des Zuschauers waren sicher lange Zeit die Kardinalfehler des neuen deutschen Films. Bestimmte Cliguen, die Zugang zu den öffentlichen Fördermitteln verschafften, sorgten geradezu dafür, daß das so blieb. Lernt man jetzt endlich um? Regisseure wie Carl Schenkel etwa lassen hoffen. Schenkel (36 Jahre alt), der sich mit „Abwärts“, seinem zweiten Film, einem Thriller um einen steckengebliebenen Fahrstuhl, monatelang in den Kinos hat halten können, bekennt sich expressis verbis zum „handfesten Kino“ und zum „Recht des Publikums auf Unterhaltung“, ohne damit anzudeuten, daß man in dieser Reihe einmal auch Aaron Lipstadt nennen wird. Sein Science-Fiction-Film „Der Android“ ist zwar weit billiger als jeder „Krieg der Sterne“, dafür aber umso besser: Eine schwarze Genesis, aufbauend auf der Erkenntnis, daß fast jeder Science-Fiction-Film religiös verbrämt ist.

Selbst bei den Absolventen der Filmhochschulen ist mittlerweile ein anderer Ton zu spüren. Roland Emmerichs Abschlussfilm an der Münchner Hochschule etwa fand große Beachtung im Kino: „Das Arche-Noah-Prinzip“, ein Science-Fiction-Film um Machtkämpfe auf einer Erdausstattung, mit einer Million Mark Kosten gedreht, aber erheblich teurer wirkend. Kritiker fühlen sich sogar an den Debutfilm des amerikanischen Wunderkinds John Carpenter, „Dark Star“, erinnert. Und fast in den Rang einer deutschen „Rocky Horror Picture Show“ stieg ein weiterer Münchner Abschlussfilm empor: „Die Nacht des Schicksals“ von Helmut Lützelburg, 31 Jahre alt, eine Parodie auf so gut wie alles, von der Trivialliteratur bis zum Schlagergeschäft, für bloße 80 000 Mark gedreht. Vielleicht machen einige Schwalben schließlich doch einen Sommer.

SVEN HANSEN



Blick in den Garten des neuen Mailänder Archäologie-Museums mit Skulpturen der Bildhauerin Veronika van Eyck

Gespaltene Welten

Ein archaisches Museum, das in seinem Garten einen spätrömischen Turm besitzt, ist eine Selbsteinheit. Daß man eines Tages in dem Garten ein Stück römischer Straße freilegt, ist ein glücklicher Zufall. Daß der bisher verschlossene Garten dem Publikum mit einer Ausstellung zeitgenössischer Kunst eröffnet wird, die nicht wie eine Dissonanz zwischen den antiken Resten wirkt, ist zumindest sehr ungewöhnlich. Es geschah vor kurzem in Mailand und beschenkt die alte Römerstadt, die immer wieder auf ihre Wurzeln stößt, mit einer neuen, lebendigen Affektion.

Die „archaischen Skulpturen“ der deutschen Künstlerin Veronika van Eyck sind noch bis Mitte Januar im

Innen des Museums und in seinem Garten zu sehen. Wie die römischen Marmorköpfe, die etruskischen Funde und die griechischen Vasen und wie die Quadernsteine draußen sprechen auch ihre Skulpturen eine zeitlose Sprache in unserer schnelllebigen Zeit der Kunstmoden, die kommen und gehen. Es sind große Figuren voller Kraft und Stille. Es sind gespaltene Welten und Köpfe, die von den Wunden zeugen, die das Leben schlägt. Das bildhauerische Werk der Veronika van Eyck hat sich in Jahrzehnten oft gewandelt, aber es ist ihm im Grunde immer treu geblieben. Ihre Skulpturen sind modern empfundene Archetypen einer mythischen Vergangenheit.

MONIKA von ZITZEWITZ

JOURNAL

Wim Wenders klagt auf Schadenersatz

dpa, Berlin
Der Regisseur Wim Wenders wird den Münchner Filmverlag der Autoren (FvA) auf drei Millionen Mark Schadenersatz verklagen, weil der Filmverlag in Hamburg eine Pressevorführung mit einer „verunstalteten Kopie“ seines Films „Paris, Texas“ veranstaltet habe. Wie Presse-Referent Rainer Götz Otto von Wenders' Berliner Produktionsfirma „Road Movies Filmproduktion“ mitteilte, will Wenders Anwalt die Klage bei einem Münchener Gericht einreichen. Zusammen mit der Klage hat Wenders dem Filmverlag ultimativ aufgedrängt, die Kopie zu vernichten. Der Filmverlag der Autoren und Wim Wenders streiten sich in zahlreichen Gerichtsverfahren seit mehreren Monaten um die deutschsprachige Aufführungs- und Vertriebsrechte an dem Werk, das auf den diesjährigen Filmfestspielen in Cannes mit der „Goldenen Palme“ ausgezeichnet wurde.

Jugendtreffen Bayreuth mit Schwerpunkt Oper

dpa, Bayreuth
Das 35. Internationale Jugendfestspieltreffen vom 8. bis zum 30. August nächsten Jahres in Bayreuth wird ganz im Zeichen des Internationalen Jahres der Jugend und des Europäischen Jahres der Musik stehen. Das Programm setzt zudem Schwerpunkte bei Johann Sebastian Bach und Georg Friedrich Händel. Im Opern-Workshop setzt sich Igor Folwell szenisch und musikalisch mit Bachs Kantaten „Bauernkantate“ und „Der Streit zwischen Phoebus und Pan“ auseinander. Folwell will experimentell das Vorurteil widerlegen, daß sich Bach szenisch nicht aufführen lasse.

Die Pläne der

39. Ruhrfestspiele

dpa, Recklinghausen
Gäste aus der „DDR“, Ungarn und Israel werden bei den 39. Ruhrfestspielen mitwirken, die vom 1. Mai bis 17. Juni 1985 veranstaltet werden. Aus der „DDR“ kommt das Leipziger Theater, das Goethes „Faust“ aufführen wird. „Ungarische Kulturtag“ gestalten das Ballettheater Győr, Kunsthandwerker, eine Folkloregruppe, ein Marionettentheater sowie das Theaterensemble aus der Bergbaustadt Tatabánya. Daneben werden „Israelische Kulturtag“ mit Konzert, Fantomtheater und Folklore vorbereitet. Als Eigeninszenierung studiert das Ensemble der Festspiele unter Wolfgang Lichtenstein das Schauspiel „Die Maschinisten“ von Ernst Toller ein.

Giuseppe Di Stefano plant Comeback

dpa, Rom
Der Tenor Giuseppe Di Stefano, der sich 1973 aus der Welt der Oper zurückzog, plant mit 63 Jahren ein Comeback. Er kündigte in Rom an, im kommenden Frühjahr wolle er den Cavaretti in Giacomo Puccinis „Tosca“ singen. Er sagte nicht, in welchem Theater er auftreten wird. Vor einigen Tagen hat er mit viel Erfolg in der Kleinstadt Amelia, 100 Kilometer nördlich von Rom, einen Liederabend gegeben.

Berliner entziffert Maya-Inchrift

dpa, Berlin
Beim Entziffern der geheimnisvollen Schrift der Maya ist man an der Freien Universität Berlin einen Schritt vorangekommen. Professor Berthold Riese vom Lateinamerika-Institut der Universität konnte jetzt im westlichen Honduras einen etwa dreieinhalb Meter hohen Steinblock aus der Stadt Copan als Monument eines Maya-Herrschers identifizieren. Der König hieß vermutlich „Achtzehn Kaminchen“ und war der 13. Herrscher von Copan. Der Monolith stammt, nach Angaben des Wissenschaftlers vom Montag, aus dem Jahre 726 nach Christus.

Jan Peerce tot

Der amerikanische Tenor Jan Peerce ist im Alter von 80 Jahren in New York gestorben. Der von russischen Eltern abstammende jüdische Sänger sollte zunächst Synagogen-Kantor werden, debütierte dann aber 1932 als Opernsänger. 1940 begann seine langjährige enge Zusammenarbeit mit dem Dirigenten Arturo Toscanini, der ihn zu seinen späteren, noch immer legendären Schallplattenaufnahmen heranzog. Später stieß Jan Peerce zur Ensemble der Metropolitan Opera, dessen verlässlichste Stütze er jahrzehntlang blieb. Peerce war im italienischen wie im deutschen Fach einsetzbar, seine technisch perfekt sitzende Stimme war fast beliebig belastbar, ohne daß sie Schaden genommen hätte. Mochten andere ablegen, er sang, wenn Not am Mann war (und das war sie in der Opern-„Diaspora Amerika des öfteren“), fünfmal die Woche. Erst 1982 wurde seine Karriere durch eine Lungenentzündung beendet.

ebi



Auf dem Stuhle Erich Kästners: Der Münchner Kritiker und Feuilletonist Armin Eichholz in seinem Arbeitszimmer

Zum 70. Geburtstag des Literaten Armin Eichholz

Wer seinen Augen traut

Er war der letzte Inhaber des Stuhles, auf dem Erich Kästner und Bruno E. Werner bei der „Neuen Zeitung“ gesessen haben. Eher ein Feuilletonchef des „Münchener Merkur“ wurde, war Armin Eichholz, den wir heute zu seinem 70. Geburtstag gratulieren können, in gleicher Funktion bei der schon sagenhaft verklärten „Amerikanischen Zeitung“ für die deutsche Bevölkerung beschäftigt. Aus jener Zeit erinnert man sich auch noch gut seiner Parodien auf zeitgenössische deutsche und ausländische Dichter, hintergründige witzige Texte, die unter dem hübschen Titel „Inflagranti“ auch als Buch erschienen sind.

Gewichtiger ist das ganze Korpus seiner Theaterkritiken, die fein säuberlich geschieden nach den beiden großen Münchner Sprechbühnen als „Heute“ und „Morgen“ über das Residenztheater und „Kennen sie Plundersweilern“ über die Kammerspiele erschienen sind (im Münchner Ehrenwirth-Verlag). Er hat sie alle genau abgedruckt - manche vier bis fünf Buchseiten lang -, wie er sie im Streß am Vormittag nach der Premiere aufs Papier geworfen hat, immer darauf Bedacht nehmend, daß man Kritiken auch für Leute schreibt, die selber nur selten ins Theater gehen, und daß man diesen mehr bieten muß als ein nüchternes Zeugnis für die Leistungen von Autor, Regisseur und Schauspielern.

Doch beim Durchblättern steigen nicht nur ganze Spielzeiten vor dem geistigen Auge auf, man kann sich auch immer wieder über glückliche

Formulierungen und gelungene Wortspiele freuen. Was er sonst, wenn der Tag es fordert, für seine Zeitung geschrieben hat, ist in Auswahl in einem anderen Buch unter dem Titel „Ich traute meinen Augen“ versammelt. Schon der Titel ist ein hübsches Beispiel für seinen Umgang mit der Sprache.

Da ist nun tausenderlei vereinigt, worüber ein Feuilletonredakteur zu schreiben aufgerufen ist, vom allerletzten Auftritt Grotcos bis zum Kram nach Jahr in Kronach oder der „documenta“ in Kassel. Und immer wieder hat man die Gewißheit, daß der Autor nicht nur seinen Augen, sondern auch seiner Ausdrucksfähigkeit trauen durfte.

Armin Eichholz stammt zwar aus der Pfalz, ist aber schon in seinem vierten Lebensjahr Münchner geworden und auf ein Münchner Gymnasium gegangen. Ihn aus seiner Heimatstadt wegzulocken, war - auch wenn es gelang, ihn hin und wieder zur Mitarbeit an der WELT heranzuziehen - offenbar vergeblich. So muß man bedauern, daß sein Witz und sein etwas melancholischer Charme nicht regelmäßig einer größeren Leserschaft zugute gekommen ist.

Nachwuchskritiker, die sich mit Lesungen eigener Werke vorstellen, seien davon gewarnt, sich Armin Eichholz als Einleiter zu engagieren. Die Wette gilt, daß es auf den zwei oder drei Blättern seiner Vorrede wesentlich geist- und gehaltvoller zugeht als beim Hauptbestandteil des Programms.

HELMUT JÄSSRICH

Hannover: Neue Kammermusik von L. Kupkovic

Seinen Haydn gelernt

Einzelkämpfer war er schon immer. Als er in den sechziger Jahren das erste slowakische Musica-Nova-Ensemble ins Leben rief und die radikalsten avantgardistischen Töne komponierte ebenso wie jetzt in seiner nicht minder radikalen Abwendung von Atonalität und Avantgardismus. Und es ist innerste Überzeugung, mit der der jetzt seit anderthalb Jahrzehnten im Hannoverischen Exil wirkende Ladislav Kupkovic den bisherigen Weg der neuen Musik für einen Irrweg erklärt.

Dieser Irrweg, so die Philosophie des Außenseiters, habe der Musik auf Generationen den Kredit der Hörer verspielt, der nur zurückzugewinnen sei durch entschlossene Abkehr von den atonalen Konventionen und durch Rückkehr zur Tonalität in Dur und Moll. Die sich selbst finanzierende Unterhaltungsmusik habe sie ja niemals aufgegeben, doch auch, wenn Avantgardisten komponierten im trauten Familienkreis musizierten, spielten sie schließlich - Schubert.

An ihn erinnert denn auch manches, was Kupkovic als eigenes kompositorisches Beitrag zu dieser Rückkehr anbietet - bei neoromantischen Halbberzärtelungen bleibt er nicht stehen. Seine Beschränkung auf das siebenstimmige System ist konsequent und so läßt er auch die alternierten Sept- und Nonakkorde draußen, mit denen der atonale Irrweg der Musik einmal begann. Zwei Quintette und ein Quartett, die Kupkovic jetzt mit dem Hilarisanten Kaptschal-Quartett und dem Pianisten Martin Dörrie in der Hannoverischen Musikhochschule vorstellte, könnten aus dem neuauferstandenen Nachlaß eines

Klassikers stammen: Melodien und Themen, die Haydn zufällig nicht eingefallen sind, ihm aber hätten einfallen können.

Mit diesem Material stellen sich automatisch die alten kompositorischen Probleme: An Kupkovic's Sätzen ärgert einen manches, was einen auch mißunter bei den Klassikern ärgert: trockene, nichtssagende Sequenzen oder zu kurzatmige, bedüssende Rondo. Aber im übrigen baut sich alles sehr schön, spannend und überzeugend auf. Im 20. Jahrhundert wie Mozart zu komponieren, die Erlernung dieser Fremdsprache ist möglich.

Wird dieses Modell irgendwo ver-fremdet oder „hinterfragt“? Strawinsky „Pulcinella-Suite“ noch im Ohr, wartet man ja auf dergleichen, aber abgesehen von einigen untergründigen Unregelmäßigkeiten, kleinen rhythmischen Komplikationen und melodischen Widerborstigkeiten spielt sich da nichts ab.

Früher konnte das Publikum über das Happening lachen, wenn Kupkovic „Ich küsse Ihre Hand, Madame“ oder auch Beethovens Polonaise nostalgisch variierte. Diesen Demonstrationscharakter haben die nun aufgeführten Quintette in B- und A-Dur und das Quartett in d-Moll nicht mehr oder kaum noch - gerade im A-Dur Quartett bewahrt der Schlußsatz noch kolportagehafte Züge: Im übrigen ist diese Musik sehr sachlich und ernst geworden, eben „klassisch“, und das Publikum kichert nicht mehr. Es applaudiert vielmehr mit einem ganz unniederschischen Enthusiasmus.

DETLEF GOJOWY

KULTURNOTIZEN

Ursula Momt erhielt den Ernst-Lubitsch-Preis 1985 für ihre Hauptrolle in dem Film „Einmal Ku'damm und zurück“.

Ein Dinosaurier-Eis (schätzungsweise 108 Millionen Jahre alt) wurde vollständig erhalten, von so weltweiten Wissenschaftlern in Zentralasien gefunden.

Ulrich Rückriem empfängt den mit 10 000 Mark dotierten Konrad-von-Sost-Preis des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe.

Den Gottfried-Just-Preis (10 000 Mark) der Stadt und der Universität Ulm erhielt der Gießener Genetiker Fritz Anders in Würdigung „seiner

zukunftsweisenden Arbeiten über die genetische Regulation der Tumorentstehung“.

806 Stücke sind für den ersten Dramen-Wettbewerb eingereicht worden, den der Bund Deutscher Theatergemeinden ausgeschrieben hat.

Der „Goldene Bobby“, der erste Tonmeister-Preis, ist der NDR-Zeichnung der Zemlinsky-Oper „Der Geburtstag der Infantin“ zuerkannt worden; im Bereich Konzert fiel er an eine Aufnahme von Debussys „Jeux“ unter Hans Zender.

Americo Tot, aus Ungarn stammender italienischer Bildhauer, ist 78-jährig in Rom gestorben.



Pantoffel-König tritt ab: Rudolf Platte in seinem größten Erfolg, „Der Kaiser vom Alexanderplatz“

Commodore beherrscht den Weihnachtsmarkt

Umsatzboom bei Heimcomputern / Eine Umfrage der WELT

DIETER F. HERTTEL, Hamburg
Allgegenwärtig wie der Fagor im „Barbier von Sevilla“ ist eine Heimcomputermarke im diesjährigen Weihnachtsmarkt. In welchen Teilen der Bundesrepublik Deutschland man auch nachfragt: In praktisch allen Fachgeschäften und Elektronik-Abteilungen der Kaufhäuser wird der Commodore als „Renner der Saison“ genannt. Von dieser Regel gibt es anscheinend nur eine einzige Ausnahme – in einem Technischen Kaufhaus in Hamburg.

Auch bei den Versandhäusern hat der Commodore die Nase vorn. Beim Otto-Versand in Hamburg wird das ganz deutlich gesagt. Die beiden großen Konkurrenten drücken sich ein wenig verschlüsselt aus – doch sie äußern sich ähnlich. Neckermann in Frankfurt spricht von einer „erheblichen Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr“, von einem „Trend zu höherwertigen Geräten“ und von starker Ordertätigkeit für Drucker, Monitore (Bildschirme) und Diskettengeräte (Floppy Discs).

Für Quelle in Nürnberg sind die Kunden „kritischer und informiert“ geworden. Das Grundgeschäft wird wie 1983 mit Hobby-Computern und Fernsehspielern getätigt. In seinen örtlichen Fachabteilungen konzentriert sich Quelle jetzt jedoch mehr auf höherwertige Personal-Computer. In Essen wurde sogar ein erstes reines Fachgeschäft für diese Anlagen eröffnet.

Beim Kaufhof am Stachus in München ging zwar die Zahl der verkauften Geräte leicht zurück, doch wird dies auf die erheblich erhöhte Zahl der Geschäfte, die Heimcomputer führen, zurückgeführt. Auch hier führt Commodore, gefolgt von Sinclair und – abgeschlagen – Atari. Neukäufer orientierten sich hier in erster Linie daran, welches Gerät in der Bekanntheit bereits vorhanden ist, in aller Regel eben der Commodore. Gleicher Trend im Berliner Kaufhaus des Westens. Auch Zusatzgeräte verkaufen sich '84 besser als '83.

Im Kaufhof in Frankfurt hielten sich die Umsätze auf Vorjahreshöhe.

Auch hier liegt Commodore an der Spitze, gefolgt von Sinclair Spectrum 48 K. Hertel in Stuttgart nennt Commodore als Hauptrenner, gefolgt von Atari („wegen der radikal gesenkten Preise“). Hier achten die Kunden vor allem darauf, daß sich ihre Geräte später problemlos erweitern lassen. Das Fachgeschäft Media Markt in München tätigt heute erheblich bessere Umsätze bei Heimcomputern als vor einem Jahr – dank Commodore. Die Erklärung: „Commodore hat es geschafft, in den Schulen bekannt zu werden. Die Schüler tauschen ihre Software aus, sie kopieren die Programme.“ Das ist zwar urheberrechtlich verboten, wird aber eben getan – und bedingt natürlich den Besitz markengerechter Geräte.

Bei Horten in Düsseldorf taucht nach dem Commodore (und neben Atari und Apple) der Markenname Schneider auf. Dieses Gerät sei für umfangreichere Anwendungsgebiete geeignet, es biete mehr Möglichkeiten und sei auch beruflich zu nutzen, hieß es zur Begründung.

Die bereits erwähnte Ausnahme von der allgemeinen Commodore-Regel bietet das Technische Kaufhaus Brinkmann in Hamburg. Gut eingeschlagen hat auch hier Schneider, das komplett ins Monitor 898 Mark, mit Farbmonitor 1398 Mark kostet. Inbegriffen ist dabei nicht nur die Zehn-Tastatur, sondern auch der Recorder.

Hier hat man auch guten Rat bereit für unentschiedene Käufer: Wichtig seien Ausbaumöglichkeiten, eine vernünftige Tastatur sowie die verfügbare Programmvierfältigkeit. Keine Rolle spielt die Verfügbarkeit von Lehr- und Anleitungsliteratur. „Die ist für alle Typen vorrätig.“ Es hat den Anschein, daß alle, die nur spielen wollen und dabei preiswert Programme austauschen, wenn auch ein wenig außerhalb des Gesetzes, mit dem Commodore gut beraten sind. Wer höhere Ansprüche stellt, dürfte derzeit mit Schneider gut bedient sein. Diese Marke wird allerdings nicht von allen Geschäften geführt; ihr Vertrieb ist streng kanalisiert.

Knochenmark-Empfänger Stefan Morsch nach Abstößungsreaktion des Körpers in Seattle gestorben

Eine Stiftung soll an seinen Tod erinnern

DW, Seattle/Birkenfeld
Stefan Morsch aus Birkenfeld an der Nahe ist tot. Der 18-jährige, dem als erstem Deutschen Knochenmark eines fremden Spenders ein-gepflanzt worden war, starb am Montag in Seattle im US-Bundesstaat Washington. Dies bestätigte das Fred-Hutchinson-Krebsforschungszentrum. Als Todesursache wurde eine Lungenentzündung nach einer Abstößungsreaktion des Körpers gegen das eingepflanzte Knochenmark angegeben. Die Reaktion zeigte sich zunächst in Hautausschlägen, griff später auf Leber und Darm über und führte schließlich zu hohem Fieber und zum Tod.

Dem Jungen war im August Knochenmark eines 35-jährigen Engländer eingepflanzt worden. Noch vor wenigen Tagen hatten Stefan Morsch und seine Familie gehofft, Weihnachten in der Bundesrepublik Deutschland verbringen zu können. Die Ärzte hatten ihre Einwilligung für den Rückflug gegeben, weil sie der Ansicht waren, daß für die Genesung des an Heimweh leidenden Jungen die vertraute Umgebung wichtig sei. Der Schüler hatte das Krankenhaus bereits am 12. September verlassen können, mußte jedoch bereits drei Wochen später zurückkehren, weil die Immunreaktion ihn dazu zwang.

Ohne die Operation in den Vereinigten Staaten hätte Stefan nach dem Urteil der Ärzte höchstens noch ein halbes Jahr zu leben gehabt. Da in der Bundesrepublik Deutschland bisher nur Knochenmark von Familienmitgliedern operativ übertragen wird, kam allein eine Operation in der weltweit als führend geltenden Spezialklinik in Seattle in Betracht.

Stefan war der dritte Patient, der in dem Hutchinson-Zentrum Knochenmark von einem nicht verwandten Spender erhielt. Das Transplantat

stammte von dem 35-jährigen britischen Rechtsanwalt Terence Bailey, der als einer von 54 000 potentiellen Spendern von Knochenmark in einer Londoner Datenbank registriert ist und vom Computer als „Idealspender“ für den 18-jährigen ermittelt worden war. Im Familienumkreis Stefans hatten die behandelnden Ärzte niemanden gefunden, der das benötigte Knochenmark hätte liefern können.

Die Knochenmarktransplantation an Stefan Morsch war erst durch eine ungewöhnliche Spendenaktion möglich geworden. Die Spendenbank in London hatte eine Kautions von 200 000 Mark verlangt. Innerhalb weniger Wochen kamen auf einem Spendenkonto 800 000 Mark zusammen. Ein Teil wurde der Spendenbank überwiesen, der Restbetrag festgelegt. Die Operationskosten in Höhe von 400 000 Mark wurden von der Krankenkasse und der Beihilfe der Bundeswehr – Vater Emil Morsch ist dort angestellt – getragen. Mit dem Geld, das nach Angaben der Verwaltung von Birkenfeld nicht mehr zur Kautionsgebrauch wird, soll jetzt in ähnlich gelagerten Fällen geholfen werden. „Wir beabsichtigen, Anfang des Jahres eine Stefan-Morsch-Stiftung ins Leben zu rufen“, sagte Bürgermeister Morsch. Einzelheiten stehen mit dem Deutschen Stifterverband geklärt werden.

Doch schon vor Gründung einer Stiftung soll einem Leukämie-Kranken geholfen werden: Für Lutz Friese (27) aus der Gemeinde Rönneburg (Hessen) wurde eine Kautions von 200 000 Mark bereitgestellt. Friese befindet sich seit dem 24. November in Seattle und wartet dort auf seine Operation. Ein ursprünglich vorgesehener Operationstermin Mitte Dezember mußte abgesagt werden, nachdem ein Spender zurückgetreten war und das Blutbild des Patienten sich verschlechtert hatte.



Als erstes Deutscher wurde dem 18-jährigen Schüler Stefan Morsch im August in den Vereinigten Staaten Knochenmark eines fremden Spenders eingepflanzt, um den an Leukämie erkrankten Jungen zu retten. Er hatte gehofft, Weihnachten zu Hause in Birkenfeld an der Nahe verbringen zu können, doch die Abstößungsreaktion seines Körpers auf das fremde Knochenmark führte Montagabend zum Tod des Schülers.

FOTO: AP

Stichwort: Immunsystem

Das Immunsystem des Menschen hat die Aufgabe, den Körper sowohl nach außen als auch innen zu schützen. Nach außen wehrt es Krankheitserreger ab, nach innen verhindert es die Entwicklung von körpereigenen Zellen mit veränderten Zelloberflächen. Körperfremde Zellen werden vom Immunsystem nur aufgrund der veränderten Oberflächenstrukturen erkannt. Tauchen solche Zellen auf, werden sie sofort angegriffen und vernichtet. Die Leukämie-Erkrankung (Blutkrebs) beginnt im Knochenmark, verteilt sich aber dann über den Blutkreislauf im gesamten Körper.

Bei der Therapie werden chemische Substanzen zur Hemmung der Zellteilung in den Blutkreislauf eingespritzt. Versteckte Nester von Leukämiezellen werden aber oft

nicht erreicht. Mit einer modernen Therapiemethode wird zuerst das Zentrum der Blutbildung im Knochenmark zerstört. Mit den Leukämiezellen sterben allerdings auch alle normalen Zellen. Sie werden später durch transplantierte körpereigene Knochenmarkszellen ersetzt und die Blutbildung wiederhergestellt.

Die Methode hat eine hohe immunologische Schranke: Die Oberflächenstrukturen der Zellen sind allein bei einseitigen Zwillings identisch, sonst verfügt jeder Mensch über Strukturen, die nur für ihn zutreffen. Als Zellspender eignen sich deshalb nur Personen, deren zelluläre Oberflächenstrukturen eine enge Verwandtschaft zu den Patientenzellen aufweisen. Meist treffen diese Voraussetzungen bei Geschwistern zu.

MANFRED REITZ

Lebensretter sind staatlich versichert

dpa, Karlsruhe
Die Sozialversicherungsleistungen für Hinterbliebene eines verunglückten Lebensretters gelten nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) dann zu Lasten des Staates, wenn er bei dem Rettungsversuch ohne eigenes Verschulden ums Leben gekommen ist. Mit dieser Begründung hat der BGH eine Klage der baden-württembergischen Unfallversicherungsbehörde zurückgewiesen. In dem Fall hatte ein Grubenentleerungsunternehmen einen in seine Jauchegrube gestürzten Hängeleitner zu retten versucht. Beide Männer waren dabei umgekommen. Nach einer Vorschrift der Reichsversicherungsordnung (RVO) konnte bisher der Sozialversicherungsträger derjenigen, zu dessen Gunsten die Hilfeleistung erfolgte, in Regreß nehmen. Dies wurde vom BGH jetzt verneint (AZ: IV a ZR 187/82).

Vergebliche Fahndung

dpa, Frankfurt
Die Polizei hat von dem Rhein-Main-Flughafen aus einer jugoslawischen Maschine Geldsäcke mit 2,9 Millionen Mark erbeutet, lediglich eine vage Täterbeschreibung. Der 25 bis 30 Jahre alte Mann flüchtete in einem Auto der „Finair“. Der Gangster verfügte offenbar über detaillierte Ortskenntnisse.

Teurer Kinderstreich

AP, Boston
Zusammen mit vier Freunden entwendete ein Elfjähriger am Sonntag in Boston eine schwere Planiermaße, überrollte ein Wachhäuschen, durchbrach die Mauer eines Geschäfts und walzte ein Dutzend Autos platt.

Kostbarer Fund

dpa, Frankfurt
Ein „unsortiertes Briefmarkenpaket“, das ein norddeutscher Student in einem Kaufhaus erwarb, enthielt sieben „Olympia-Briefmarken 1980“ der Bundespost. Die auf Auktionen mit 16 000 Mark pro Stück angesetzten Raritäten gehören zu einer zurückgezogenen Markenserie und wurden verschentlich von der Frau des damaligen Postministers Gscheidle in Umlauf gebracht.

Wieder eine Giftwolke

dpa/UP, Matamoros
Eine Ammoniak-Gaswolke führte nach ihrem Austritt aus einer schadhafte Ventileitung Montagabend zur Evakuierung Tausender Einwohner der mexikanischen Stadt Matamoros, nahe der texanischen Grenze. Todesopfer waren nicht zu beklagen.

Brandopfer in Waisenheim

AFP, Warschau
Acht Waisenkinder und der Direktor eines Waisenheimes kamen in der nordwestpolnischen Stadt Wronki bei einem Großfeuer in ihrem Heim um. Die Brandursache ist unbekannt.

Athiopisches SOS-Dorf

DW, Addis Abeba
In den äthiopischen Städten Awasa und Asmara werden gegenwärtig zwei SOS-Kinderdörfer für 50 Waisenkinder von in den Hungerjahren verstorbenen Eltern errichtet. Spenden werden unter der Kontonummer 111 111 bei der Deutschen Bank München entgegengenommen.

Anzeige

Das beste ist: eine gute Versicherung.

SIGNAL
VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

„Der Blitz war noch nicht dem Donner gefolgt, da gab es wie aus Eimern.“ Aus der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung.

LEUTE HEUTE

„Bambi“ für die Stars

Auch in diesem Jahr werden wieder Stars mit dem „Bambi“-Preis des Burda Verlages München ausgezeichnet. Zur Schauspielerin des Jahres wählten die Leser der Burda-Zeitschriften „Bunte“ und „Bild + Funk“ Thekla Carola Wied („Ich heirate eine Familie“). Als Schauspieler erhielt Manfred Krug die Ehrung. Während Mike Krüger und Thomas Gottschalk als Spaßmacher („Zwei Nasen tanken Super“) ausgezeichnet werden, bekommt Ulrike Meyfarth einen Bambi für ihren olympischen Gold-

Sprung. Außerdem werden Heinz Rühmann mit einem Ehren-Bambi – seinem elften insgesamt – die Schauspielerin Anja Jaenike als Nachwuchsstar und Udo Jürgens als Showstar des Jahres ausgezeichnet. Für seine Kreativität erhält David Welper, Regisseur der Eröffnungs- und Schlussfeier der Olympischen Sommerspiele 1984, das Symboltier. Hanna Schygulla bekommt es als Frau, Karlheinz Böhm als Mann des Jahres. „Bambis“ gibt es auch für Regisseur Wolfgang Petersen und Film-Produzent Bernd Eichinger („Die unendliche Geschichte“).

WETTER: Naßkalt

Wetterlage: Nach einem vorübergehenden und nur schwachen Zwischenhoch ein greifes von Westen her erneut Tiefausläufer auf Deutschland über.



Temperatur am Dienstag, 19. Dez.: Berlin 4°, Köln 3°, Bonn 3°, Dresden 3°, Essen 3°, Frankfurt 3°, Hamburg 3°, Leipzig 3°, München 3°, Stuttgart 3°, Alster 3°, Amsterdam 3°, Athen 3°, Barcelona 3°, Brüssel 3°, Budapest 3°, Bukarest 3°, Helsinki 3°, Istanbul 3°.

Vorhersage für Mittwoch: Anfangs in der Mitte und im Süden wolkig, vereinzelt Schnee- oder Regenschauer, zum Teil auch aufgeföhrt. Am Vormittag schon im Westen und Norden, nachmittags auch im Süden Eintrübung mit Niederschlägen, die auch im Flachland als Schnee fallen. Temperaturen um 4 Grad. Im Norden und Westen mäßiger bis frischer Wind aus Südwest bis West, im Süden schwachwindig.

Weitere Aussichten: Unbeständig, verhältnismäßig mild.

Temperatur am Dienstag, 19. Dez.: Berlin 4°, Köln 3°, Bonn 3°, Dresden 3°, Essen 3°, Frankfurt 3°, Hamburg 3°, Leipzig 3°, München 3°, Stuttgart 3°, Alster 3°, Amsterdam 3°, Athen 3°, Barcelona 3°, Brüssel 3°, Budapest 3°, Bukarest 3°, Helsinki 3°, Istanbul 3°.

Ein Riese macht staunen

Ein ebenso seltener wie trauriger Anblick bot sich Montagabend am Strand von Husum, wo ein verendete 19 Meter langer Fintwal mit viel Hydraulik an Land gezogen wurde, wie das AP-Bild zeigt. Der Wal war Sonntag im nordfriesischen Wattmeer gestrandet und von seinem eigenen Gewicht von rund 40 Tonnen erdrückt worden. Durchaus denkbar, daß der Meeressäuger sich hier – auf seinem Weg von der Arktis ins „Winterquartier“ weiter im Süden – auf ein ruhiges Plätzchen zurückziehen wollte, um sich dort wegen Krankheit oder Altersschwäche auszuruhen. Das vom Polizeiboot „Sylt“ abgeschleppte Tier wird zerlegt und in ein Kiehl Institut überführt.

Das Phänomen der Walstrandung, so alt wie die Tiergattung selbst, gibt der Wissenschaft immer noch Rätsel auf. Während solche Mißgeschicke bei Zahnwalen häufig durch Außerkräftsetzen der Echolotation in seichtem Wasser passieren und bei Arten mit eingeknüpften Sozialgefüge, wie Grindwalen, zu Massenstrandungen ganzer Verbände führen, kommt bei Bartenwalen wie dem Fintwal oder dem vor kurzem gestrandeten Zwergwal eine solche „Panne“ nicht in Frage. Diese Arten fuhren nicht im Ultraschallbereich. Über den Zustand dieses jüngsten Opfers an der deutschen Nordseeküste kann erst eine Obduktion Auskunft geben. Dabei läßt sich das Alter anhand von „Jahresringen“ an den Barten beziehungsweise am Gehörzäpfchen bestimmen. 80 Jahre kann so ein Fintwal – nach dem bis zu 30 Meter langen Blauwal die zweitgrößte Gattung – schon werden. Als Schwimmer ist er mit glatten 40 km/h sogar schneller als der „Branchienfischer“. Der Weltbestand der Fintwale wird auf ganze 110 000 geschätzt. Gleichwohl machen Isländer und Spanier immer noch Jagd auf sie.

Verwirrspiel um Wagner

Münchner Polizei weiß nicht mehr, was gespielt wird

PETER SCHMALZ, München
In München spielt sich zur Zeit ein Fahndungsspiel hart an der Grenze zur Groteske ab: Weder kann die Polizei dabei ihre eigene Rolle einstudieren noch die desjenigen Mannes, der im Mittelpunkt einer Entführung steht; dabei weiß man nicht einmal, ob als Drahtzieher, wie man an der Isar schon gemutmaßt hatte, oder aber als Opfer, wie man inzwischen auch schon angenommen hat. Es handelt sich um die mysteriöse Verschleppung des 52-jährigen Führerunternehmers Erwin Wagner.

Wagner verschwindet am Abend des 22. November. Die Einrichtung seines Büros wird mit einem Beil verwüstet, Spuren von Tränengas werden festgestellt, das künstliche Gebiß des Mannes liegt im Hof. Tage später ruft ein Unbekannter bei Wagner getrennt lebender Ehefrau an und verlangt 500 000 Mark. Lösegeld. Freunde bringen die Summe zusammen. Bei der vereinbarten Geldübergabe am Münchner Hauptbahnhof werden in einem Zug nach Italien zwei Täter überrascht, ein 22-jähriger Südtiroler und der in Würzburg lebende Italiener Boris Tertian (28), der Wagners Versteck ausplaudert: das Haus seiner Schwägerin bei Neapel. Das Haus wird gestürmt; ein zweiter Südtiroler als wahrscheinlich dritter Täter festgenommen. Wagner liegt ungefesselt und wohlbehalten auf einer Liege.

Nun beginnt das Verwirrspiel: Tertian sprudelt im Verhör munter drauflos. Wagner habe den Coup geplant; die beiden Südtiroler habe man auf der Autobahn aufgelesen und als Helfer engagiert. Mit dem Lösegeld wollte Wagner im Kasino von Monte Carlo

durch ein „todsicheres“ System zum Millionär werden. Version eins war geboren und schien der Polizei glaubhaft, hatte sich doch inzwischen herausgestellt, daß Wagner der Spielgeldschmeichelei frönte. Zudem kannten sich Wagner und Tertian beruflich. Wagner selber sah das freilich ganz anders und stellte seine Entführung als ernsthaftes Unternehmen dar. Tertian habe mit ihm in gebrochenem Englisch gesprochen und sei deshalb von ihm nicht als der frühere Geschäftspartner erkannt worden. Das war Version zwei, die Tertian sofort um eine dritte Variante bereicherte:

Nachdem Wagner nunmehr tatsächlich ernsthaft entführt worden, weil er ihm, Tertian, aus früheren Geschäften eine sechsstellige Summe schulde. Die beiden Helfer will Tertian unterwegs an der Autobahn aufgegriffen haben. Der Entführer hätte eine kleine Flasche Cognac trinken müssen, um so schlafend leichter über die Grenze gebracht werden zu können.

Diese Folge von Geständnissen und die schwankende Haltung der Münchner Polizei haben nun lebhaft Kritik ausgelöst. „Eine Blamage, die sich am Rande des Skandals bewegt“, urteilte eine Münchner Lokalzeitung, und der SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Warncke forderte den Innenminister auf, eine Untersuchung im Polizeipräsidium zu veranlassen. Die „öffentliche Vorverurteilung“ Wagners stelle eine unbegründete Fehlleistung der Polizei dar.

Nun warten die Ermittler auf Wagner, der noch von den italienischen Kollegen vernommen wird. Weitere Versionen werden indessen nicht mehr ausgeschlossen.



Erwin Wagner – Drahtzieher oder Entführungsopfer? FOTO: DPA

Heitere, malakere und kriminelle Friedhofsgeschichten



222 S., geb., illust., DM 34.80

Reich bebilderte alte und neue Märchen von Träumen aus Mallorca, Menorca, Ibiza und Formentera



163 S., gebunden, DM 29.80

Bisige Medizincartoons zum Schmunzeln – trotz allem – für Ärzte, Patienten und Gesunde



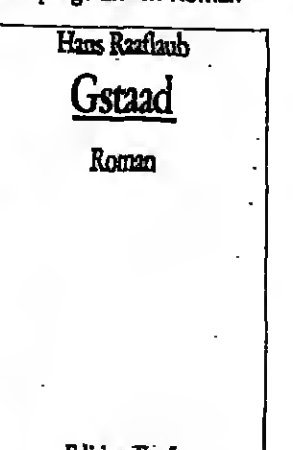
60 S., gebunden, DM 19.80

Eine zauberhafte Mäusegeschichte für groß und klein



218 S., gebunden, DM 24.80

Scharfe, unerbittliche Realistik prägt diesen Roman



194 S., gebunden, DM 29.80

Ein Bekenntnisbuch von grosser Direktheit



276 S., gebunden, DM 34.80

Die Bücher der Edition Erpf erhalten Sie in jeder Buchhandlung, oder sie können durch diese innert kürzester Zeit besorgt werden. Für kostenloses Informations-Material schreiben Sie uns (Postkarte genügt):

EDITION ERPF
CH-3001 Bern

مركز النخيل